

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Arbeitspapier Nr. 15

**Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe,
Bernd Röttger**

**Weltmarkt, Hegemonie und
europäische Integration**

**Kritische Beiträge zur Theorie der
internationalen Beziehungen**



FEG am Institut für Politikwissenschaft des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
und Philosophie der Philipps-Universität Marburg

FEG Arbeitspapiere

- Nr. 1:** Frank Deppe, Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen, (Februar 1990) UKB 10 DM (*vergriffen*)
- Nr. 2:** Hans-Ulrich Deppe/Uwe Lehnhardt, Gesundheitswesen zwischen supranationalen Politikstrukturen und einzelstaatlicher Regelungskompetenz. Zu einigen gesundheitspolitischen Aspekten der westeuropäischen Integration, (Mai 1990) UKB 6 DM (*vergriffen*)
- Nr. 3:** Peter Imbusch, 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten, (Januar 1991) UKB 7 DM (*vergriffen*)
- Nr. 4:** Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, (März 1991) UKB 10 DM
- Nr. 5:** Robin Jacobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, (August 1991) UKB 7 DM (*vergriffen*)
- Nr. 6:** Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik, (März 1992) UKB 12 DM (*vergriffen*)
- Nr. 7:** Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe, Karen Schönwälder, Migration, Arbeitsmarkt, Regulation - unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen, (Januar 1993) UKB 15 DM
- Nr. 8:** Michael Felder, Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI, (Januar 1993) UKB 13 DM
- Nr. 9:** Frank Deppe/Klaus Peter Weiner, The "1992 Single Market" - National Labour Relations and Trade Unions in Western Europe, (Marburg/Lahn 1992)
- Nr. 10:** Frank Deppe/Michael Felder, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), (September 1993) UKB 15 DM
- Nr. 11:** Ho Geun Lee, Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG, (Januar 1994) UKB 13 DM (*vergriffen*)
- Nr. 12:** Gudrun Hentges/Karen Schönwälder (Hrsg.), Zukunftsprojekt Europa: Die abgeschottete Union?, (Januar 1994) UKB 15 DM (*vergriffen*)
- Nr. 13:** Dorothee Bohle, Europäische Integration und Frauenforschung in Deutschland. Eine kommentierte Literaturübersicht, (September 1994) UKB 10 DM (*vergriffen*)
- Nr. 14:** Thorsten Schulten, "European Works Councils" - New Forms of European Labour Relations Regulation?, (März 1996) UKB 10 DM
- Nr. 15:** Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe, Bernd Röttger, Weltmarkt, Hegemonie und europäische Integration - Kritische Beiträge zur Theorie der internationalen Beziehungen, (April 1996) UKB 15 DM

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Arbeitspapiere
der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Nr. 15

Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe, Bernd Röttger

Weltmarkt, Hegemonie und europäische Integration

**Kritische Beiträge zur Theorie der internationalen
Beziehungen**

Marburg 1996

ISBN 3-8185-0201-3

Redaktionelle Bearbeitung: Jochen Steinhilber

FEG am Institut für Politikwissenschaft

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der

Philipps-Universität Marburg

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032 Marburg

Bernd Röttger

Hegemonie und Weltmarktmacht

Kritische Theorie global-kapitalistischer Regulation

"Die Welt wird was sie war, eine Heimat für Herren und Sklaven. Was glotzt ihr. Unsre Firma steht nicht mehr im Handelsregister. ... Die Ware, die wir zu verkaufen haben, zahlbar in der Landeswährung, Tränen, Schweiß, Blut, wird auf dieser Welt nicht mehr gehandelt. Ich entlasse uns aus unserm Auftrag."

Heiner Müller, Der Auftrag

1. Einleitung

1.1. Wissenschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse der Globalisierung

Selbst die Kerkerhaft im italienischen Faschismus konnte seinen Optimismus nicht brechen. In den "*Gefängnisheften*" notierte Antonio Gramsci den Satz, "Marx leite intellektuell eine Geschichtsepoche ein, die vermutlich Jahrhunderte dauern wird, nämlich bis zum Verschwinden der politischen Gesellschaft und dem Aufkommen der regulierten Gesellschaft" (Gramsci 1992: 888). Genau das Gegenteil aber scheint richtig zu sein: mit der Komplettierung kapitalistischer Expansion im Projekt des Neoliberalismus und der Globalisierung zum Ende des 20. Jahrhunderts ist nicht nur deren marxistische Kritik in eine tiefe Krise geraten. Die sich als "historische Struktur der Arbeiterbewegung" infolge sozialer Kämpfe und Kompromisse im fordistischen Sozial- und Wohlfahrtsstaat bildende Linke (Buci-Glucksmann/Therborn 1982: 27) ist bis zur Bedeutungslosigkeit marginalisiert. Nicht nur die Krise des keynesianischen Reformismus, auch der "Postmarxismus" kann verkündet werden (von Beyme 1991: 126) - und beides, indem der Niedergang der politischen und gesellschaftlichen Regulation vollstreckt wird .

Nun mag man darin das Resultat eines ins Werk gesetzten Verrats sehen. In den Texten Heiner Müllers erscheint der Verrat als Grundstruktur im Prozeß des Niedergangs des sozialistischen Projekts. Zunächst bezeichnet er einen Mangel an kritischer Reflexion: "Brecht gebrauchen, ohne ihn zu kritisieren, ist Verrat" (Müller 1982: 149). Er tritt aber auch immer in Form der Versuchung in Erscheinung: "In der Zeit des Verrats / Sind die Landschaften schön" (Müller 1977: 80); "Der Verrat tanzte... Der Verrat zeigte lächelnd seine Brüste, spreizte schweigend die Schenkel, seine Schönheit traf Debuissou wie ein Beil. Er vergaß den Sturm auf die Bastille... Dann warf der Verrat sich auf ihn wie ein Himmel, das Glück der Schamlippen ein Morgenrot" (Müller 1983: 70). Übertragen: der Niedergang der historischen Linken und die Krise neomarxistischer Kritik muß auf der einen Seite als Teil jener gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse begriffen werden, die in der Lage sind, Bedingungen des Verrats durch Zurverfügungstellung von Versuchung zu ermöglichen - m.a.W.: sie müssen in der Lage sein, gesellschaftliche Kompromisse zu organisieren. Auf der anderen Seite jedoch sind es auch das Festhalten an überkommenen theoretischen Vexierbildern und der Mangel einer kritischen Reflexion über die neuen Realitäten der Globalisierung, die den Niedergang der Linken verstetigen. Beide Faktoren zusammen bilden den Kern des Problems, mit dem die Linke heute zu kämpfen hat: die umschlingende Macht des scheinbar unlösbaren Verbunds von Globalisierung und Neoliberalismus, die Existenz des Neoliberalismus als gesellschaftlichem Kompromiß und transnationaler Herrschaftssynthese, die nicht begriffen werden kann und der keine linken Ant-

worten entgegengesetzt werden. Die "postmodernen" Gesellschaften der neoliberal-neokonservativen Regression und der Globalisierung werden zum Brechtschen "Mahagonny": zum Ort der Verführung und der Niederlage genauso, wie zum Antipoden der Kritik.

Szenenwechsel: Der Zusammenhang von Globalisierung auf der einen und Niedergang der Linken auf der anderen Seite findet nicht nur in den gesellschaftlichen sondern auch in den wissenschaftlichen Verhältnissen seinen Ausdruck - und hier, kaum erstaunlich, vor allem in der Erforschung der globalen Beziehungen, in der der Marxismus besonders erfolgreich ausgetrieben wurde. 1986 konnte Ernst-Otto Czempiel in einer Bestandsaufnahme der Disziplin das sich bereits durchsetzende Selbstverständnis der bundesdeutschen Politikwissenschaft nachhaltig prägen: "Man muß sich immer wieder fragen, warum ein 'kritisches' Verständnis der Disziplin lediglich gesamtsystemare, holistische Ansätze verlangen soll, wobei es sich notwendig inhaltlich wie methodisch überstrapaziert und deswegen mehr vorwissenschaftliche Weltanschauungen als strenge wissenschaftliche Analysen der Welt produziert. Holistische Ansätze müßten seit Popper eigentlich als endgültig überholt gelten" (Czempiel 1986: 253). Damit wird nicht nur ein Verdikt gegen die Kritische Theorie der Frankfurter Schule vollstreckt und so der "Positivismusstreit" der Soziologie in der Politikwissenschaft entschieden, sondern gleichzeitig eine Stoßrichtung gegen eine politökonomische Analyse globaler Beziehungen eingeschlagen, die, Ekkehart Krippendorff (1984: 398) zufolge, "zunächst und vor allem eine historisch orientierte, gesamtgesellschaftliche Theorie" ist. Die Austreibung der Kritik konnte ihren Gang nehmen. Fast zehn Jahre später wird in einschlägigen Lehrbüchern der Disziplin der Internationalen Beziehungen die politikwissenschaftliche Analyse *weltwirtschaftlicher Herrschaftsbeziehungen* als "Überforderung" der Disziplin gebrandmarkt, um schließlich einer "autonomen" Sphäre des Politischen das Wort reden zu können (List et al. 1995: 23).

Gesamtgesellschaftliche Analysen, die die Verhältnisse von Ökonomie und Gesellschaft und von Ökonomie und Staat als durch antagonistische Klasseninteressen bestimmte und aufgrund asymmetrischer Klassenverhältnisse als vermachtete Beziehungen begreifen, verflüchtigen sich aus den Analysen der Weltpolitik zunehmend komplett. Dabei ist es gerade der Weltmarkt, auf dem die gesamtgesellschaftliche Totalität ins Werk gesetzt wird, "worin die Produktion als Totalität gesetzt ist; worin aber zugleich alle Widersprüche zum Prozeß kommen (Marx 1974: 139). Indem Marx lakonisch vermerkt, "endlich der Weltmarkt: Übergreifen der bürgerlichen Gesellschaft über den Staat" (ebd.: 175), umreißt er das zentrale Erkenntnisinteresse an den *weltgesellschaftlichen* Verhältnissen kritischer Analysen, das gerade in den herrschenden wissenschaftlichen Verhältnissen ausgetrieben wurde. Globale Beziehungen werden nicht (mehr) als gesellschaftliche Machtbeziehungen thematisiert. In der herrschenden Perspektive fungiert der Marxismus (zu recht) als letzte Ausgeburt einer verpönten holistischen, d.h. gesamtgesellschaftlichen Analyseperspektive.

"Während (also) die bürgerliche Gelehrsamkeit mit Karl Marx längst 'fertig' ist und jeder strebsame Privatdozent seine hoffnungsvolle Karriere damit beginnt, auf irgendeinem dünnen Sandfleck, den er als Marxens Grab zu titulieren beliebt, einen schwungvollem Indianertanz aufzuführen", so ist man verleitet, Franz Mehrings Eingangssatz seiner Rezension des "Kapitals" aus dem Jahr 1905 zu zitieren (Mehring 1980: 24), sind aber Anstrengungen am Werk, die Kritik der Politischen Ökonomie gerade als Kritik der gesellschaftlichen Totalität des globalisierten Kapitalismus wiederzubeleben. Mit der regulationstheoretisch-orientierten und der neogramscianischen *Globalen Politischen Ökonomie* liegen immerhin zwei theoretische Konzeptionen vor, die beanspruchen, sowohl gesellschaftliche Hegemonialbeziehungen wie den Prozeß kapitalistischer Verallgemeinerung auf den Begriff zu bringen - die erste für die Epoche fordistischer Welt-Vergesellschaftung, letztere für die Prozesse neoliberaler Verallgemeinerung in der aktuellen Epoche des historischen Kapitalismus. Sie beanspruchen also, zur Klärung dessen beizutragen, was sich in der aktuellen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung als

theoretische Herausforderung manifestiert: die gesamtgesellschaftliche Dimension der Globalisierungsprozesse.

Beide verbindet so ein gesellschaftstheoretischer Anspruch. Beiden ist so das Potential immanent, gerade indem sie Weltmarktanalysen als Gesellschaftsanalysen vorantreiben, einen Beitrag zur Überwindung der Krise der Linken zu leisten. Beide formulieren den Anspruch, "capitalist accumulation as a force for change" (Robles 1994: 2) zu begreifen und diesen Wandel als Umbruch gesellschaftlicher Hegemonialstrukturen und -verhältnisse zu identifizieren. Beide thematisieren die sich entfaltende Dialektik aus absterbendem Alten und aufkeimendem Neuen, aus den geronnenen und in die Krise geratenen Strukturen der Gesellschaftsformationen auf der einen und der sich im Prozeß kapitalistischer Globalisierung bildenden Neukonstitution von Gesellschaft auf der anderen Seite. Im mainstream der Disziplin der Internationalen Beziehungen aber setzt sich die Paarung aus empirischer Gründlichkeit und theoretischer Dürftigkeit fort. Mittels etablierter (und aus einschlägigen Nachbardisziplinen ausgeliehener) Begrifflichkeiten und analytischer Perspektiven wird versucht, den weltgesellschaftlichen Umbruch durch "Globalisierung" als "nicht-inkrementalistischen Wandel" lediglich zu beschreiben - für Theodor W. Adorno (1976a: 90) nichts anderes als ein "szientifischer Ersatz der Dialektik". Auf jeden Fall aber bleibt die gesellschaftliche Qualität des Umbruchs in dieser szientifischen Ausrichtung der Forschung unbegriffen.

Dabei bezeichnet die Marx'sche Vorstellung vom Weltmarkt als einem Prozeß des Übergreifens der bürgerlichen Gesellschaft über den Staat exakt das, was gemeinhin als "Globalisierung" gehandelt wird: die Krise der Steuerungsfunktionen der nationalen Staaten infolge einer "neuen Qualität" weltwirtschaftlicher Beziehungen und die Konstitution von transnationalen Kapital- und Finanzverflechtungen zu politischen "Gewalten". Die immensen gesellschaftspolitischen Dimensionen dieses Prozesses werden aber in der "herrschenden Sicht der Dinge" lediglich als "Pluralisierung der Akteure" in der internationalen Politik verklärt. "Globalisierung" wird also nicht als gesellschaftliche Totalität verhandelt; sie wird das, was Max Horkheimer den "Inbegriff von Faktizität" nennt: "Sie ist da und muß hingenommen werden" (Horkheimer 1980a: 255). Mehr noch: Die zukunfts mächtige "Globalisierung" wird zum Mythos, sofern sie eine lineare Entwicklung der Ökonomie zur Weltökonomie, der Gesellschaft zur "Gesellschaftswelt" und der Politik zur Weltinnenpolitik vorgaukelt und ihre Verschränkung zu einer neuen Ordnung betont. Die herrschende Rede von der "Globalisierung" wird zur Ideologie, sofern sie dazu dient, Akzeptanz für die Unterjochung der Gesellschaften unter die Weltmarkt"zwänge" zu organisieren und mit Wir-Rhetoriken versucht, weltkapitalistische Konkurrenzverhältnisse für die Neukonstruktion gesellschaftlicher Ab- und Ausschließung auf nationaler Ebene zu instrumentalisieren. In jedem Fall aber ist die Rede von der "Globalisierung" im traditionellen Sinn "bürgerlich", weil in ihr "die kapitalistische Ordnung statt als geschichtlich vorübergehende Entwicklungsstufe, umgekehrt als absolute und letzte Gestalt der gesellschaftlichen Produktion" begriffen wird (MEW 23: 18f.). Wie man es auch dreht und wendet: Im Projekt der "Globalisierung" scheint sich der historische "Sieg des Kapitalismus" infolge der Implosion des sozialistischen Weltsystems zu verstetigen; nicht zuletzt auch deshalb, weil die gesellschaftliche Totalität der Weltmarktbeziehungen, die das Wissen über ihren widersprüchlichen Charakter und die ihr immanenten Machtbeziehungen einschließt, nun außerhalb eines sich durchsetzenden "historischen Wissens" siedelt. Indem nämlich die holistische Qualität des Weltmarkts unbegriffen bleibt, werden die aus ihm entspringenden Machtbeziehungen allenfalls durch die herrschenden politischen und gesellschaftlichen Strategien verdoppelt.

1.2. Fragestellung und Forschungsperspektive

Es drängt sich zunächst also die Frage auf, wieso ein "Feld des Wissens", das originär einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Totalität verhaftet scheint, von diesem losgelöst und eine neue "Politik des Wahren" (Foucault 1978: 189) herausgebildet werden konnte, in dem sich "die Wissenschaft (oder was sich als solche ausgibt) lokalisiert und ... darin eine Rolle (spielt)" (Foucault 1981: 262). Zu fragen ist also nach der Durchsetzung eines neuen herrschenden Diskurses, der, Michel Foucault (1991) folgend, immer auch durch Ausschließungssysteme konstituiert wird. Der sich durchsetzende positivistische "Globalisierungs"-Diskurs ist also im Sinne der Foucaultschen "Genealogie" als Frage nach den historischen Praxisformen zu verstehen, die die Wirksamkeit und Dominanz bestimmter Diskurse hervorbringen und sichern, andere dagegen außer Kraft setzen.

Weiter stellt sich die Frage, wieso das, was kritische Theorie ebenso auszeichnet, die Fähigkeit (und Bereitschaft), die "Gesellschaft als eine andere (zu) denken ... denn die existierende" (Adorno 1976b: 142), um sie zum Problem zu machen und zukunfts mächtige Alternativen, womit die gegenwärtige Gesellschaft schwanger ist, in Freiheit zu setzen" (Bloch 1980: 70f.), unter der Definitionsmacht der "Globalisierung" sich verflüchtigt. Max Horkheimer formulierte in einem Diskussionsbeitrag auf dem XI. Internationalen Soziologenkongreß 1933 die Einsicht, daß "die jeweils mögliche Bestimmung der Zukunft ... von der Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse (abhängt)" (Horkheimer 1980b: 407f.); intellektuelle Praxisformen und gesellschaftliche Strukturen seien weder real noch analytisch zu trennen, sondern nur in ihrer Totalität zu denken. Einen Kern der kritischen Theorie bildet daher immer die Untersuchung der sozialen Bedingtheit sowohl von sogenannten Tatsachen wie von Theorien.

Die gesellschaftstheoretisch relevante Frage Horkheimers, "wie das im sechzehnten Jahrhundert kaum erwähnte kopernikanische System dazu kam, zu einer revolutionären Macht zu werden" (Horkheimer 1980a: 251), stellt sich heute als Frage nach den gesamtgesellschaftlichen Prozessen, die der "Globalisierung" die beschriebene Wirkungsmacht verleihen. Es stellt sich die Frage nach den treibenden Kräften, die unterhalb von Oberflächenerscheinungen der Gesellschaft walten, und den "historischen Block" (Gramsci) aus Ökonomie, Gesellschaft und Ideologie zimmern. Es geht also um die Kernfrage jeder kritischen Theorie: aufzudecken, "was insgeheim das Getriebe zusammenhält" (Adorno 1976a: 81).

Das Problem der Globalisierung stellt sich so auch als ontologische Frage nach der Konstruktionsweise der Symbiose aus Globalisierung und Neoliberalismus, mithin also als Frage nach den Mechanismen *kapitalistischer Verallgemeinerung*. Die traditionellen Strukturen, durch die die kapitalistische Expansion durchgesetzt wurde, scheinen dabei klar: Die Geschichte der Herausbildung und Expansion des kapitalistischen Weltsystems seit dem "langen 16. Jahrhundert" (Wallerstein 1979) ließe sich dabei durchaus als Geschichte seiner sukzessiven nationalen Verstaatlichung und Vergesellschaftung beschreiben. Mit der Ökonomisierung der internationalen Beziehungen infolge der Krise und Erosion der US-Hegemonie und der Prozesse der Globalisierung jedoch steht diese Gesamtheit der geronnenen sozialen und politischen Existenzformen der kapitalistischen Weltgesellschaft zur Disposition: die traditionsgestützten Arrangements des Verhältnisses von Ökonomie, Gesellschaft und Politik treten in die Krise und laufen weltweit aus dem Ruder; mithin also auch die gesellschaftlichen Strukturen des Weltmarkts, durch die die kapitalistische Verallgemeinerung vollzogen wird. Historisch-konkret geht die Erosion des keynesianischen Staates mit einer grundlegenden Krise eines gesellschaftlichen und politischen Vermittlungssystems einher, das auf nationalstaatlichen Verhältnissen der gesellschaftlichen Klassen aufbaute.

Eingefahrene ontologische Sachverhalte und epistemologische Zugriffe einschlägiger Theorien internationaler Beziehungen müssen re-thematisiert werden. Ein originär politökonomischer Ansatz zur Erforschung global-kapitalistischer Verhältnisse drängt sich auf: "Endlich der

Weltmarkt..."! Ein neuer Konsens scheint sich durchzusetzen: Der politökonomische Umbruch erzwingt, ein Verständnis von Globalisierung zu entwickeln, das "weit über eine reine 'Internationalisierung des Kapitals' hinausgeht" und den Prozeß "intensivierter globaler Vergesellschaftung" in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses rückt (Hein 1994: 22). Die vielbeschriebene Ökonomisierung globaler Beziehungen sei nicht in einem politischen Vakuum zu modellieren (Strange 1991: 36), sondern im Gegenteil: die globale Kapitalakkumulation sei bezüglich ihrer gesellschaftlichen und politischen Struktur zu thematisieren. Die im Prozeß der Globalisierung aufbrechende Kluft zwischen Ökonomie und Gesellschaft ist nicht mehr zu leugnen: Prozesse der Desintegration von Gesellschaften infolge massiver sozialer Polarisierungen gehen einher mit mächtigen Angleichungstendenzen ökonomisch dominanter Kräfte. Die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Welt-Vergesellschaftung in Gestalt der Einheit aus Kräften kapitalistischer Vereinheitlichung und Tendenzen sozialer Fraktionierung, die oft beklagte "Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeiten", sei darüberhinaus nur mittels einer dialektisch-historischen Methode auf den Begriff zu bringen (Meyers 1994: 127).

Schießlich erfordert der politökonomische Umbruch neue Vorstellungen von (globaler) Hegemonie zu entwickeln, die geeignet sind, Fragen der Reorganisation globaler Machtverhältnisse genauso zu thematisieren, wie die Frage der Herausbildung, Veränderung und Reproduktion von Kräften kapitalistischer Verallgemeinerung und Stabilisierung zu stellen. Konkret wird das Problem aufgeworfen, wie sich die hegemonialen Funktionen der Bourgeoisie herauskristallisieren und durchsetzen, wenn der Nationalstaat durch die Integration der Weltwirtschaft zunehmend in seiner Funktion als "erweiterter" bzw. "integraler Staat" (Gramsci) nach innen und als hegemonialer Staat nach außen ausgehöhlt wird. Die französische Regulationstheorie, wie sie von Michel Aglietta oder Alain Lipietz entwickelt wurde, scheint sich für ein solches Erkenntnisprojekt, das auf die gesellschaftliche Totalität weltökonomischer Beziehungen zielt, förmlich aufzudrängen. Ihr Anspruch, "Ökonomie, Sozialstruktur, Politik und Hegemonie integral - und zudem ... auch noch noch im Weltmaßstab - zu analysieren" (Becker 1989: 251), läßt sie gegenüber konkurrierenden, auf dem Theorienmarkt zirkulierenden Konzeptualisierungen geeignet erscheinen, die Komplexität des weltgesellschaftlichen Umbruchs überhaupt einer Analyse zugänglich zu machen und letztlich so seine Qualität auf den Begriff zu bringen.

Die Regulationstheorie befindet sich jedoch nicht nur in jener schweren Krise, in die alle neo-marxistischen Theorien mit der "Globalisierung" getreten sind; sie gilt weitgehend bereits als beerdigt. Von vielen "Regulationisten" ist inzwischen das Scheitern des regulationstheoretischen Forschungsprogramms eingestanden worden (Aglietta et al. 1994), weil es untrennbar mit dem Projekt eines sozialistisch-reformistischen Etatismus verbunden war. Wie die neoklassische Politische Ökonomie mit der Durchsetzung und Verallgemeinerung kapitalistischer Entwicklung und der Verstaatlichung internationaler Beziehungen als "Regierungsdiskurs der modernen Welt" ihren Aufstieg feierte (Meuret 1994), wie die Blüte des politischen (Neo-) Realismus nicht von der historischen Herausbildung und Praxis der US-Hegemonie zu trennen war (Ashley 1984), wie schließlich der "neoliberale Institutionalismus" als Ausdruck der Erneuerung politischer Strukturen im sog. post-hegemonialen Weltsystem figuriert (Röttger 1996a), so ist auch der französische Regulationsansatz nicht unabhängig von der politökonomischen Realität zu denken, die er einerseits versucht auf den Begriff zu bringen, festzunageln, die er aber zugleich versucht als Effekt zu erzeugen, indem er sie ontologisch als existierend beschreibt. Theorien und Analysen der Gesellschaft fungieren immer auch als solche in der Gesellschaft (Therborn 1980). Daher sind zunächst Theorien internationaler Beziehungen, wie alle sozialwissenschaftlichen Theorien, R.B.J. Walker folgend, "more interesting as aspects of contemporary world politics that need to be explained than as explanations of contemporary world politics" (Walker 1993: 6). Die grundsätzliche soziale Bedingtheit von Theoriebildung erweist sich dabei auch als Problem der Rekonstruktion einer kritischen Theorie kapitalistischer Regulation unter den Bedingungen der Globalisierung. Zugespitzt: Kann es ein emanzipatorisches Erkenntnisinteresse in Gestalt einer Kritischen Theorie kapitalistischer Globalisierung

ohne die Rückkopplung mit einer geschichtsmächtigen *weltgesellschaftlichen Reformbewegung* überhaupt geben?

Ich beginne meine Ausführungen also grundsätzlicher (Röttger 1995b; ders. 1996a). Mit der Frage nämlich nach dem Verhältnis von gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen (Punkt 2), um die gesamtgesellschaftlichen Bedingungen für den Aufstieg (und Fall) politökonomischer Theoriebildungen auszuloten. Handelt es sich also bei der Regulationstheorie um ein historisch gebundenes Erkenntnisprojekt, das mit dem Verschwinden "ihrer" Realität und dem (unaufhaltsamen) Aufstieg neu konstruierter Entitäten kapitalistischer Globalisierung historisch abgedankt hat? Zunächst ist dabei das Erkenntnisinteresse der traditionellen Regulationstheorie zu rekonstruieren und die entwickelten Analyseketten darzustellen. Die Vitalität regulationstheoretischer Analysen kann jedoch nicht vorausgesetzt sondern muß in ihren zentralen Analyseketten rekonstruiert und reformuliert werden. Darin droht allerdings das "Projekt" zu scheitern (Punkt 3). Ansätze einer kritischen Theorie global-kapitalistischer Regulation aber ließen sich im Rahmen eines integralen Ansatzes der Globalen Politischen Ökonomie durchaus entwickeln. Im Kern geht es dabei um die Verkettung von gesellschaftlichen Hegemonialbeziehungen mit den strukturellen Formen von Weltmarktmacht. Ausgehend von Anregungen der neubegründeten neogramscianischen Globalen Politischen Ökonomie und der Kritik ihrer Analyseketten werden abschließend die theoretischen Fundamente eines solchen Erkenntnisprojekts skizziert (Punkt 4).

2. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft

2.1. Gesellschaftliche Verhältnisse politökonomischer Theorien

Politische Ökonomie eilt der Ruf voraus, eine originär "linke" Wissenschaftsdisziplin zu sein. Tatsächlich aber etabliert sich Politische Ökonomie erstens immer dann, wenn ihre Untersuchungsgegenstände, die politischen Existenzbedingungen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, in die Krise geraten und zweitens immer in einer herrschenden und in einer kritischen Variante. So verhielt es sich mit der traditionellen Politischen Ökonomie, die mit der Herausbildung kapitalistischer Herrschaft, konkreter: im Übergang vom Merkantilismus zum liberalen Kapitalismus entstand und die schließlich eine Kritik der Politischen Ökonomie bewirkte. So verhält es sich aber auch in den neubegründeten politökonomischen Ansätzen globaler Beziehungen, die im Zuge der aktuellen Umbruchkrise von Weltökonomie und Weltpolitik entwickelt werden: als orthodoxe "Internationale Politische Ökonomie" und als deren kritischer Antipode in Gestalt der "Globalen Politischen Ökonomie".

Was also bleibt ist allenfalls eine "linke" Konnotation Politischer Ökonomie. Tatsächlich aber ist Politische Ökonomie integraler Bestandteil einer Genealogie kapitalistischer Herrschaft. Sie entfaltet sich im Zuge nationaler Verstaatlichung ökonomischer Prozesse. Die bürgerliche Politische Ökonomie ist von ihrer Kritik zu unterscheiden, die mit "kontrafaktischer Antizipation" (Habermas 1968) gepaart, nach Überwindung jener Verhältnisse strebte, die von der Politischen Ökonomie erst durchgesetzt und in ihren Analysen verdoppelt wurden. Beide konnten ihren Aufstieg feiern, beide befinden sich infolge neuer politischer und gesellschaftlicher Strukturen global-kapitalistischer Akkumulation im Niedergang und in einem Prozeß ihrer Reformulierung.

Ihren Durchbruch feierte die Politische Ökonomie im 18. Jahrhundert in Gestalt des klassischen Liberalismus durch ihre wissenschaftlichen Protagonisten Adam Smith und David Ricardo. Politische Ökonomie figuriert als Forschungsperspektive, die die wechselseitige Durchdringung von Ökonomie und Politik hervorhebt. Die von ihr ausgearbeiteten Theorien des Wohlstands

der Nationen reflektierten die Notwendigkeit der (national-)staatlichen Fundierung und Absicherung struktureller Arbeitsteilung in der sich herausbildenden kapitalistischen Weltwirtschaft. Die in der Krise der Weltwirtschaft im 17. Jahrhundert dominierenden Strategien zur Errichtung und des Schutzes von Monopolen im Handel, die durch gesicherten Zugang zu Rohstoffen und durch Kolonialbesiedelung abgesichert werden sollten, fanden ihre Legitimation zunächst in den politökonomischen Positionen William Pettys und James Stuarts. Dieser merkantilistischen Synthese aus "Siedlerkolonialismus, kapitalistischer Sklaverei und wirtschaftlichem Nationalismus" (Arrighi 1993: 167) wurde in der Politischen Ökonomie Adam Smiths eine Alternative entgegengesetzt, die zu einer neuen Symbiose aus Kapitalismus und Staat tendierte, aus liberal-kapitalistischem Weltmarkt und "Nachtwächterstaat". Diese Politische Ökonomie klassisch-liberaler Provenience ist nicht von ungefähr englischen Ursprungs: sie ist sowohl Instrument wie Ausdruck der epochalen Durchsetzung und Verallgemeinerung industriekapitalistischer Produktionsverhältnisse und der Etablierung bürgerlicher Herrschaft im "modernen Staat"; ihr Aufstieg zur herrschenden "Sicht der Dinge" korrespondiert mit dem Aufstieg Englands zur "Werkstatt der Welt" und zur Weltführungsmacht im 18. Jahrhundert. Wie Karl Polanyi ausführte, handelte es sich bei der klassischen Nationalökonomie um "das eindrucksvollste Begriffsinstrumentarium, das je zur Zerstörung einer überholten Ordnung ersonnen wurde" (Polanyi 1995: 298).

Sukzessive konnten mit ihrer Durchsetzung auch die theoretischen Grundpfeiler einer herrschenden "Sicht der Dinge" verankert werden. Ontologisch, also in der Frage nach den gesellschaftlichen Realitäten, als eine Orientierung auf nationale Einheiten und ihren Staat; methodologisch in Fortführung des utilitaristischen Standpunkts der Bourgeoisie in der englischen Revolution (Thomas Hobbes) als ökonomischer Rationalismus (methodologischer Individualismus), nach dem der Mensch als "homo economicus" sowie letztlich auch der Staat als rationaler Akteur in konsequenter Befolgung von Eigeninteressen als Prozeßresultat den Wohlstand aller mehren könnte; epistemologisch schließlich, also in der Frage, wie der Realität theoretisch-begrifflich beizukommen sei, als positivistischer Zugriff auf die beobachtbaren Phänomene der politökonomischen Realität bürgerlicher Gesellschaftsformationen, der strikten Trennung von "Subjekt" und "Objekt" und so vermeintlich zu erzeugender "objektiver Erkenntnis" als einem reinen intellektuellen Prozeß.

Die (spätere) Geburt der Sozialwissenschaften war ein "nach-revolutionärer Körper des Denkens" (Therborn 1980: 117), sie wurde zum "Vollstrecker der Revolution" (ebd.: 416). Die Wissenschaft von der Gesellschaft entstand als Interesse an der Selbstthematization der bürgerlichen Gesellschaft, deren Entfaltung, nicht deren revolutionäre Durchsetzung, zum Ziel gereichte: der "moderne" Intellektuelle betrat die historische Bühne in einer "bereits konstituierten intellektuellen Welt" (Bourdieu 1989: 22).

Mit der Etablierung der bürgerlichen Gesellschaft aber vollzog sich ein Funktionswandel der "bürgerlichen Wissenschaft". Die Ursache hierfür liegt in der vollzogenen Durchsetzung und Verallgemeinerung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, die zunächst eine grundsätzliche Abschwächung traditioneller ideologischer Formen bewirkte, in denen sich auch die Wissenschaft bewegte. Die Zustimmung der Beherrschten zur Herrschaft wurde mehr durch die ökonomischen Strukturen selbst hergestellt als durch ideologische Praxisformen. Marx nannte diese Funktionsweise der Ökonomie den "dumpfen Zwang des Ökonomischen", der dem Kapitalismus, konkret: dem Fetischcharakter der Ware und der Äquivalenz von Tauschbeziehungen, entspringt. Jürgen Habermas brachte es auf folgende Formel: "Er (der Kapitalismus) bietet eine Legitimation der Herrschaft an, die nicht mehr vom Himmel kultureller Überlieferung herabgeholt, sondern von der Basis der gesellschaftlichen Arbeit heraufgeholt werden kann" (Habermas 1969: 69). Die Rationalisierung der Herrschaft im etablierten modernen Nationalstaat schließlich bewirkte eine zweite Transformation der Ideologien, die Theodor W. Adorno und das Institut für Sozialforschung so auf den Begriff brachten: "Zur Ideologie im eigentli-

chen Sinn bedarf es *sich selbst* undurchsichtiger, vermittelter und insofern auch gemilderter Machtverhältnisse. Heute ist die zu Unrecht wegen ihrer Kompliziertheit gescholtene Gesellschaft dafür zu durchsichtig geworden" (Adorno et al. 1956: 170). Max Horkheimer (1980a: 287) stellt schlicht fest, daß die Verhältnisse im Spätkapitalismus "vulgärmaterialistischer" geworden seien. Im Fordismus schließlich beruhte die hauptsächliche Legitimationskraft kapitalistischer Herrschaft auf einem sozialen Kompromiß zwischen Kapital und Arbeit, der nach oft heftigen Kämpfen durchgesetzt werden konnte. Der so hergestellte Mechanismus der "Systemintegration" ersetzte die traditionellen ideologischen Muster und veränderte schließlich die institutionellen Formen der westlichen Gesellschaften grundlegend: als "Keynesianisierung der Gesellschaft" (Buci-Glucksmann/Therborn 1982) ist dieser soziale Prozeß fordistischer Reproduktion treffend analysiert worden.

Derweil aber konnte die positivistische Verwissenschaftlichung der (bürgerlichen) Sozialwissenschaften ihren Lauf nehmen. Mit der neopositivistischen Durchsetzung und Zelebrierung deduktiv-normlogischer Methoden etablierte sich eine ahistorische Sozialwissenschaft, die mittels ihrer Methodik das Einmalige und Historisch-Spezifische verallgemeinert. Theodor W. Adorno charakterisierte den herrschenden Positivismus als "eingeborenes Bestreben, Tatbestände festzunageln", welches bewirkt, daß die wissenschaftliche Spiegelung bloße Verdoppelung wird, die sie weitgehend "vor der Erkenntnis schützt" (Adorno 1976a: 94). Innerhalb der Politischen Ökonomie vollzog sich der Umbruch von einem bürgerlich-emanzipatorischen Erkenntnisinteresse der Neoklassik à la Smith und Ricardo hin zur Durchsetzung der Politischen Ökonomie als Kraft der Affirmation nun bürgerlich dominierter Produktionsverhältnisse. Marx hatte diese Transformation der "wissenschaftlichen bürgerlichen Ökonomie" auf die nicht sehr schmeichelhafte Formel gebracht: "An die Stelle uneigennütziger Forschung trat bezahlte Klopffechtere, an die Stelle unbefangener wissenschaftlicher Untersuchung das böse Gewissen und die schlechte Absicht der Apologetik" (MEW 23: 21). Heute tritt dieses wissenschaftliche Bewußtsein der Abstraktion von den historisch-konkreten Bedingungen der Gesellschaftsformationen vor allem in Gestalt einer Rede von der "OECD-Welt" zutage, der als fordistisch-sozialstaatlicher Formation eine Lebensdauer eingehaucht wird, die von den treibenden Kräften kapitalistischer Globalisierung schon längst ausgeblasen wurde. Derweil feierte die Neoklassik als Monetarismus fröhliche Urständ. Als neoliberale Konterrevolution konzipiert, ging es ihr darum, die Hegemonie des Keynesianismus im Fordismus zu brechen und den Weg für die Entfesselung der Marktkräfte zu ebnen.

Mit dem Aufstieg des modernen Industriekapitalismus und der Durchkapitalisierung der modernen Gesellschaften im 18. Jahrhundert entstanden aber auf der Basis antagonistischer Klassenverhältnisse neue emanzipatorische Interessen, die im Marxismus zu qualitativ neuen Zugriffen auf die politökonomischen Realitäten des Kapitalismus gelangten. Ins Zentrum der Kritik gerieten die *Formen* des gesellschaftlichen Reichtums in der bürgerlichen Klassengesellschaft. Erst durch die Wertformanalyse gelang es, die gesellschaftliche Totalität der Ökonomie zu begreifen. "Der entscheidende Vorteil der Werttheorie liegt also gerade darin, daß sie die Abstraktionen, die die ökonomischen Kategorien der Nationalökonomie beinhalten, als soziale Prozesse verstehbar macht" (Görg 1995: 634). Folglich konnte der Gegenstand der Ökonomie neu bestimmt werden: "Die Ökonomie handelt nicht von Dingen, sondern von Verhältnissen zwischen Personen und in letzter Instanz zwischen Klassen" (MEW 13: 476). Die Kritik der Politischen Ökonomie konstituierte sich als eine doppelte Kritik: als epistemologische Kritik am positivistischen Mythos, der die Politische Ökonomie als außerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse stehenden intellektuellen Prozeß begreift, und als ontologische Kritik, weil die treibenden Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft, die sich hinter der gesellschaftlichen Erscheinungsform verbergen, nicht enthüllt werden und das ökonomisch strukturierte *gesellschaftliche Ganze* aus dem Blickfeld geriet; denn: "hat die Methode es statt dessen einmal zum factum brutum zugerichtet, so ist ihm auch nachträglich kein Licht einzublasen" (Adorno 1976a: 90).

Die theoretische Kritik in allen Ehren - aber die Kritik der Politischen Ökonomie erwies sich, einmal in Gang gesetzt, als eine Kritik der Formen, von denen sie selbst in Fesseln geschlagen wurde. Die kritisierten Formen der als transitorisch begriffenen Gesellschaftsverhältnisse des Kapitalismus fraßen sich als für immer festgelegte gesellschaftliche Formen in die theoretischen Fundamente der Kritik ein: als analytische Orientierung auf den Nationalstaat und als Fixierung auf rationalistische Handlungsmuster.

So fraß sich die Form des Nationalstaats in den Marx'schen Analysen dadurch ein, daß er meinte, das "Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft" dadurch zu enthüllen, indem er England, konkreter: die englische "Fabrikgesetzgebung", zum Maßstab der Geschichte erhob. Hier waltete eine fortgeschrittene Bourgeoisie im Bündnis mit "ihrem" Staat, die den anderen kapitalistischen Nationen den Spiegel ihrer eigenen Zukunft vorhielt. In der politökonomischen Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins (1984; 1986) und den angewandten Theorien alternierender Hegemoniezyklen auf die "Pax Americana" wurde schließlich England durch die USA ersetzt. Der theoretische Referenzrahmen blieb identisch: eine entwickelte "Nation" bildet den Maßstab der Geschichte. In den Imperialismustheorien Rudolf Hilferdings (1968) oder Rosa Luxemburgs (1980) gelangte der Zusammenhang von ökonomisch-gesellschaftlichen Interessen und nationalstaatlicher Außenpolitik zum Forschungsgegenstand. Im Fordismus schließlich sollten jene Analysen bestätigt werden, die die Entwicklung von Gesellschaftsformationen als Resultat nationaler Klassenauseinandersetzungen begriffen. In jedem Fall aber blieben die Analysen in den traditionellen Analyseeinheiten nationaler Ökonomien und nationaler Staatsapparate verhaftet, nicht zuletzt deshalb, weil die politökonomische Realität bürgerlicher Gesellschaftsformationen zumindest bis in die Phase der US-Hegemonie diesen Zusammenhang von kapitalistischer (Welt-)Ökonomie und bürgerlichem (National-)Staat beständig reproduzierte.

Die Enthüllung der bürgerlichen Gesellschaft als transitorisch gelang schließlich nur auf der Grundlage einer rationalistischen Handlungstheorie, durch die der objektiven Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus eine subjektive Kraft zur Seite gestellt werden konnte und eine geschichtsmächtige Kraft wie das "objektivierte Bewußtsein" des Proletariats entstehen sollte, das die kapitalistische Dynamik durchbrechen könnte. Mit anderen Worten: Die ins Werk gesetzte Kritik der Politischen Ökonomie setzte zwar am Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit an, blieb aber doch in den Fesseln bürgerlicher Verhältnisse gefangen, die theoretisch verselbständigt und so stilisiert wurden.

Es war die Transformation der politischen Ökonomie bürgerlicher Gesellschaftsformationen hin zu einer neuen Qualität, der man den Namen "Globalisierung" gab, und die sich als Auflösung tradiertter Strukturen und Formen und der Neuformierung politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse und Kämpfe manifestierte, die die Krise dieser politökonomischen Theorien offenbarte. Analysen der Zusammenhänge von Ökonomie und Politik mußten sich unter den Bedingungen weltökonomischer Integration genuin mit den strukturbildenden Kräften auf globaler, sprich: weltökonomischer Ebene auseinandersetzen. Die Weltökonomie und die in ihr waltenden Kräfte definierten die gesellschaftlichen und politischen Strukturen neu.

Zunächst rekonstruierte sich die bürgerliche Tradition als orthodoxe Internationale Politische Ökonomie. Sie ist dabei nichts anderes als ein Versuch, die Kategoriensysteme und Methodologie der Neoklassik auf die Ebene einer Analyse globaler Beziehungen zu transportieren und innerhalb herrschender Theorietraditionen Internationaler Beziehungen (vor allem) der USA zu verankern. In der Terminologie einer ihrer führenden Vertreter liest sich das so: Internationale Politische Ökonomie sei bestimmt "by Americans for Americans as Americans" (Cohen 1990). Sie entsteht aus dem Geist eines (dominanten) Neorealismus und versteht sich als integraler Bestandteil der Theorien Internationaler Beziehungen, als deren "new subfield", das sich vor allem in Analysen zum "Niedergang der US-Hegemonie", besser: Hymnen auf die verbliebene Macht der USA, abarbeitet.

Die Bestimmung ihres Forschungsgegenstandes verdeutlicht die krude Übertragung überkommener ontologischer und epistemologischer Grundprobleme neoklassischer Politischer Ökonomie auf das Terrain der Erforschung globaler Beziehungen. Für die Vertreter der Internationalen Politischen Ökonomie bleibt der Nationalstaat zentraler Akteur einer anarchischen Staatenwelt und somit zentraler Forschungsgegenstand. Er wird lediglich erweitert um die Analyse von "System-Management", das aufgrund weltwirtschaftlicher Interdependenz erforderlich geworden ist. Die sukzessive Verstaatlichung der globalen Beziehungen seit der Herausbildung des sog. Westfälischen Systems von 1648 aber scheint im Ausklang des 20. Jahrhunderts so einem neuen Höhepunkt zuzusteuern, indem ein rationaler Staat als entscheidende Handlungseinheit globaler Beziehungen zu neuen Ehren gelangt: dieser rationale Staat tendiert je nach Forschungsschwerpunkt der Internationalen Politischen Ökonomie entweder dazu, verschärfte inner-kapitalistische Konflikte zu bewirken (in der neorealistischen Tradition Gilpins (1984)) oder (in den Analysen des "neoliberalen Institutionalismus") "internationale Regime" herauszubilden (Keohane 1993).

Letztlich aber ist die Renaissance einer traditionellen Politischen Ökonomie *internationaler* Beziehungen eine neorealistisch-machtpolitisch verwendbare Lehre von der nationalen Rivalität (Meyers 1989). Politische Ökonomie bezeichnet für sie die Lehre von den Beziehungen zwischen und in den Staaten bzw. nationalen Volkswirtschaften. Ihr Forschungsgegenstand sind die traditionellen internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die sich in einem staatlich etablierten und regulierten Rahmen entfalten. Neuere Veröffentlichungen tendieren dabei immer mehr zu einer militärischen, bellizistischen Sprache: verschärfte kapitalistische Konkurrenzverhältnisse erscheinen in dieser verengten Perspektive unweigerlich als "Wirtschaftskriege" zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten wie zwischen diesen und den Staaten der Dritten Welt. Perspektivisch kommt es also zu einem (macht-)politischen Zerfall der kapitalistischen Weltökonomie in Blöcke und konkurrierende nationale Interessen, der allenfalls durch zwischenstaatliche Kompromisse innerhalb der internationalen Regime aufgefangen wird. Aufgrund ihrer theoretischen Dürftigkeit, nämlich keine qualitative Bestimmung des Verhältnisses von Konflikt und Kooperation vornehmen zu können, treibt die politökonomisch orientierte Politologienlehre unfreiwillige Stilblüten. Da eine gesellschaftstheoretische Verortung der Kräfte von Konflikt und Kooperation tunlichst unterbleibt, bleibt nur die Schlußfolgerung möglich, daß "entweder ... die Turbulenzen der weltpolitischen Transformationen zu einer konzertierten Führung der trilateralen Mächte in der Weltpolitik (führen), oder die ganz unterschiedlich motivierten Konflikte ... in zunehmend gewaltgeladenen Auseinandersetzungen um die Struktur der internationalen Beziehungen münden (werden)" (von Bredow/Jäger 1992: 236). Die neuen sozialen und politischen Existenzbedingung der kapitalistischen (Welt-)Ökonomie bleiben dabei unbegriffen. Den weltgesellschaftlichen Verhältnissen ist so kein Licht einzublases. Was bleibt, ist das, was Robert W. Cox (1981: 128) als "problem-solving-theory" bezeichnet hat; eine Theorie, "die die Welt nimmt, wie sie ist, samt ihrer vorherrschenden sozialen Machtbeziehungen und den Institutionen, durch die diese organisiert werden".

Statt solcher ideologischen Verdoppelungen herrschender Realitäten von Vereinheitlichung *und* Fraktionierung des globalen Kapitalismus im Max Weber'schen "vorausgehendem Gehorsam" verpflichtet zu sein, rekonstruiert sich die Kritik der Politischen Ökonomie als eine Theorie, die versucht, den originären Herrschaftscharakter kapitalistischer Globalisierung auf den Begriff zu bringen. Etienne Balibar formulierte deren Notwendigkeit aus dem Mangel, der der Vorstellung von "internationalen" Produktions- und Kommunikationsverhältnissen entspringt: "Wir brauchen einen Begriff, der den originär transnationalen Charakter der ökonomisch-politischen Prozesse besser zum Ausdruck bringt, von denen die Konfigurationen des Klassenkampfes abhängig sind" (Balibar/Wallerstein 1990: 213).

2.2. Was heißt kritische Theorie kapitalistischer Globalisierung?

Eine kritische Theorie kapitalistischer Globalisierung ist also zunächst eine mit emanzipatorischem Erkenntnisinteresse gepaarte wirklichkeitswissenschaftliche Analyse. Die Rekonstruktion der Kritik geht gleichwohl davon aus, daß das intellektuelle Treiben nicht allein von einem wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse getragen wird, das auf den Intellektuellen als "freischwebender Intelligenz" abzielt. Das Gegenteil ist richtig: wie Immanuel Wallerstein (1995: 32) hervorhebt, kristallisiert sich im Streit um die Art und Weise des Umbruchs, ähnlich der Kontroverse zwischen Liberalismus und Sozialismus im 19. Jahrhundert, die "politische Hauptdebatte der Gegenwart" heraus. Affirmative und kritische Politische Ökonomie rekonstruieren sich in Theorien des Umbruchs.

Die Thematik des globalen Umbruchs verdichtet sich dabei zunehmend auf den Begriff der "Globalisierung". Gemeint ist in dieser Rede zunächst immer die Dynamik ökonomischer Globalisierung (UN 1991ff.), in der die Gesamtumsätze ausländischer Tochtergesellschaften Transnationaler Konzerne den Gesamtwert der weltweiten Exporte übersteigen, in der eine transnational integrierte Produktionsstruktur entstand, transnationale Wertschöpfungsketten in modernen Industrie- und Dienstleistungssektoren so neu herausgebildet wurden und ein aufgeblähter Casino-Kapitalismus für weltweit frei zirkulierendes Geld errichtet wurde, neben dem sich die realökonomische Internalisierung und Globalisierung (Handel und Direktinvestitionen) mit 2,4% der Devisenmarktumsätze geradezu lächerlich ausmaßt. Mit anderen Worten: Die kapitalistische Weltökonomie entwickelte sich zum eigenständigen Verwertungsraum, von dem aus die gesellschaftlichen Machtverhältnisse restrukturiert werden: "capitalist accumulation as a force for change"!

Die Erkenntnis, daß so vor allem die Durchsetzung eines neuen Verhältnisses von (globalem) Markt und (nationalem) Staat und neue Verhältnisse zwischen den Staaten, mithin also ein essentiell politischer Umbruch auf den Weg gebracht wurde, indem sowohl die Orte wie die Inhalte von Politik neu bestimmt werden, setzt sich schleichend durch. Etienne Balibar fordert sogar, die "nebulöse Frage neuer politischer Formen ..., die aus der Tatsache erwachsen könnten, daß die formelle Homogenität der Nationalstaaten ... in Wirklichkeit eine völlige Divergenz von Funktion und Ursprüngen überdeckt hat" (Balibar 1993: 129), ins Zentrum der "theoretischen Tagesordnung" zu rücken. Auf den Begriff gebracht kann der globale Umbruch aber nur werden, wenn begriffen wird, daß kapitalistische Globalisierung ein *widersprüchliches gesellschaftliches Verhältnis* bezeichnet. Das bedeutet, die Ungleichheiten zwischen Kapital und Arbeit im kapitalistischen Globalisierungsprozeß genauso zum Ausgangspunkt der Theoriebildung zu machen, wie die sich entfaltende Dialektik von Kräften der Vereinheitlichung und Tendenzen der Fraktionierung. Konzepte linearer Globalisierung sind zu verwerfen. So bewirkt die Einbindung der nationalstaatlich verfaßten Ökonomien in den ökonomischen Globalisierungszusammenhang zunächst "nur" das Schwinden von sektoralen Kohärenzen in den Metropolen und den Ausbau von "Brückenköpfen" in der Peripherie (Galtung 1972) und bedeutet letztlich, daß die traditionellen Gesellschaften "lediglich" aufgelöst werden, indem sie sich differenzieren und spalten (und gleichzeitig neonationalistische Tendenzen gesellschaftlicher "Wiedervereinigung" und neuer Ausschließung hervorbringen). Kapitalistische Globalisierung produziert also zunächst *nicht* (wie oft unterstellt) eine transnationale Zivilgesellschaft sondern zerstört erstmal das, was an (nationalstaatlichen) zivilgesellschaftlichen Strukturen aufgebaut werden konnte. Globalisierung bezeichnet daher auch keinen linearen Prozeß der Entnationalisierung und Globalisierung von Politik (und "Gesellschaft") sondern zunächst vor allem einen Prozeß der Transformation und Anpassung der Nationalstaaten, in dem sie ihre Form und Funktion verändern.

Die herrschende Rede von der "Globalisierung" kann also durchaus mehr verdecken, als sie an treibenden Kräften unterhalb der Oberflächenerscheinungen deutlich machen kann. Trotzdem

ist am Globalisierungsbegriff festzuhalten (auch wenn er nicht der Adorno'sche "Begriff von der Sache" ist); er reflektiert politökonomische Realitäten und bildet einen unabdingbaren Ausgangspunkt für die Rekonstruktion von Kritik. Dies letztlich aus drei Gründen: Erstens weil mit der historisch-konkreten Form kapitalistischer Globalisierung ein tatsächlich globaler Zusammenhalt dadurch konstituiert wird, daß die marginalisierten Regionen, Sektoren und sozialen Einheiten keinen autonomen Status erlangen, sondern im Gegenteil: in ihrer Entwicklung (der Marginalität) vielmehr von der dominierenden Form kapitalistischer Globalisierung bestimmt werden; zweitens, weil Globalisierung als Kraft kapitalistischer Vereinheitlichung fungiert (was noch nie Harmonisierung hieß!), indem Handlungsspielräume machtvoll gesetzt werden und ein neuer mit der ökonomischen Globalisierung eng verzahnter Herrschaftszusammenhang installiert wird; drittens schließlich, weil die Logik kapitalistischer Globalisierung nicht durch eine fragmentierte Strategie der unterdrückten (erniedrigten, geknechteten) sozialen Kräfte, sondern nur durch die globale Verschränkung oppositioneller Strategieebenen durchbrochen werden kann.

Diese Erkenntnisperspektive allerdings setzt voraus, Globalisierung im Rahmen kapitalistischer Produktions- und Reproduktionsverhältnisse begrifflich zu entwickeln, keineswegs aber sie positivistisch vorauszusetzen. Tatsächlich ist die vielzitierte "neue Qualität" der Weltwirtschaft, die den weltgesellschaftlichen Umbruch verantwortet, weniger ökonomisch-quantitativ auflistbar, wie der Verweis auf das "globalisiertere" Verhältnis von Auslands- und Inlandsproduktion in England im späten 19. Jahrhundert belegt. Wenn aber die treibende Kraft der Globalisierung ökonomischer Natur ist, zugleich aber die neue Qualität weltökonomischer Beziehungen weniger ökonomisch-empirisch erfaßt werden kann, muß der Weltmarkt als gesellschaftliche Totalität thematisiert werden. Hinter die Oberfläche der "neuen Qualität" gelangt man also erst durch eine doppelte Bestimmung: erstens als Abgrenzung der globalisierten Gesellschaftsformation von ihrer vorhergehenden Epoche, die eine *Theorie der Historisierung des Kapitalismus* voraussetzt; zweitens als qualitativ neuer Rahmen der gesellschaftlichen und politischen Existenzformen und des Verhältnisses von staatlichen und ökonomischen Vergesellschaftungsmustern innerhalb des Weltmarkts, die ohne eine Theorie der Gesellschaft nicht zu haben ist. Mit anderen Worten: Ein tiefergehendes Verständnis des Umbruchs bedarf einer *Theorie global-kapitalistischer Vergesellschaftung in historischer Perspektive*, die ermöglicht, gesamtgesellschaftliche Prozesse in ihrer "Verkettung" zu analysieren; Verkettungen, die sich zwischen den Prozessen ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Formierung sowie "inneren" und "äußeren" Faktoren einstellen, Verkettungen, die schon Marx in seiner Kritik an Proudhon so schmerzlich vermißte (MEW 27: 451). Eine kritische Theorie des Umbruchs hat dabei einer gramscianischen Forschungsperspektive nachzugehen, indem sie die dominierenden Formen kapitalistischer Vergesellschaftung als Mechanismen der Stabilität kapitalistischer Herrschaft (Hegemonie) ergründet, genauso aber indem sie die Bedingungen ihrer Überwindung zu formulieren versucht.

Eine Gesellschaftstheorie des globalen (neoliberalen) Kapitalismus ist gefordert. Daran aber mangelt es an allen Ecken und Enden. Immanuel Wallerstein (1995: 87, 218) sieht vielmehr einen "liberal-marxistischen Konsens" am Werke, der sich im Diskurs über "Volkswirtschaften" und "moderne Nationalstaaten" ergießt. Eine kritische Theorie kapitalistischer Globalisierung muß aber in diesem Rahmen unweigerlich auf der Strecke bleiben, weil die entscheidenden Fragen des global-kapitalistischen Vergesellschaftungszusammenhangs nicht berührt werden (können).

Allein die Formulierung der Fragen aber geht unmittelbar an die Fassung; eine Lösung für die Herausforderungen kritischer Theoriebildung ist auf dem ursprünglichen Terrain nicht zu haben. Die Rekonstruktion der Kritik politökonomischer Realitäten des globalen Kapitalismus kommt nicht umhin, sich aus den Fesseln zu befreien, in die sie sich schlagen ließ: der Vorstellung der Geschichte des Kapitalismus als Geschichte seiner nationalen Verstaatlichung und

"Erweiterung" dieses Staates infolge sozialer Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit. Eine kritische Theorie kapitalistischer Globalisierung kommt nicht umhin, vom Neoliberalismus als einem *hegemonialen Klassenverhältnis* zu sprechen, das sich innerhalb der kapitalistischen *Weltgesellschaft* entfaltet. "Endlich der Weltmarkt!..."

Dies wird aber auch der Maßstab sein, an dem sich die Rekonstruktion einer kritischen Theorie der Regulation wird messen lassen. Infolge der Tatsache aber, daß die politökonomischen Realitäten des globalen Kapitalismus, ökonomische Globalisierung und regulative Fraktionierung in Nationalstaaten, die Ungleichgewichte zwischen globalem Kapital und nationalstaatlich organisierter Arbeit allenfalls verschärfen, sind die Chancen für die Rekonstruktion einer genuin transnationalen Reformulierung kritischer Perspektiven kapitalistischer Regulation eher gering - nutzen wir sie!

3. Regulationstheorie: Aufstieg und Fall eines Erkenntnisprojekts

3.1. Zur stupenden Rezeptionsgeschichte der französischen Regulationstheorie

In der Rezeption und Verbreitung der französischen Regulationstheorie auf den Binnen- und Weltmärkten für Theorien fällt zunächst eine denkwürdige Koinzidenz aus Adaption ihrer zentralen Begrifflichkeiten und weitgehender Marginalisierung ihres theoretischen Konzepts auf: vom "Fordismus" redet sogar die *Neue Zürcher Zeitung*, die gesellschaftliche Totalität des Fordismus jedoch wird unter den geläufigen Beschreibungen dessen, was da "Fordismus" sein soll, verschüttet. Beide Tendenzen jedoch bedingen einander: erst die Abkopplung des theoretischen Fundaments schuf die Voraussetzungen für die ungebrochene Karriere des regulationstheoretischen Begriffs "Fordismus", der zur Deskription standardisierter Massenproduktion degradiert wurde. In das stimmige Bild aus theoretischer Enthauptung und populistischer Rezeption paßt, daß die Regulationstheorie im herrschenden akademischen Betrieb der Politikwissenschaft lange Zeit kaum Fuß fassen konnte. Der neue Grundkonsens, der sich in den 80er Jahren nach der "Desintegration der Politischen Wissenschaft" (Blanke/Jürgens/Kastendiek 1975) durchsetzen konnte, war theoretisch aufgeladen: als Verdikt gegen gesamtgesellschaftliche Theorien (siehe 1.1.).

Innerhalb der Marginalität politökonomischer Theorien kritischer Provenience allerdings errang die französische Regulationstheorie sehr schnell eine gewisse Verbreitung: ausgehend von der Rezeption regulationstheoretisch inspirierter Weltmarkttheorien und -analysen im Ausklang der 70er Jahre (Deubner et al. 1979) verlagerte sich die Rezeption in den 80er Jahren aber zunehmend auf grundsätzliche Fragen der Gesellschafts- und Staatstheorie (Hirsch/Roth 1986; Demirovic et al. 1992; Esser/Görg/Hirsch 1994).

Erst in den 90er Jahren wird verstärkt wieder versucht, regulationstheoretische Ansätze für die Erforschung des globalen Umbruchs (Hirsch 1993; ders. 1995) oder die europäische Integration (Hans-Jürgen Bieling und Frank Deppe in diesem Arbeitspapier) fruchtbar zu machen. Mehr noch: im Rahmen einer verkündeten Krise des "neoliberalen Institutionalismus", daß er nämlich "voraussetzt, was erst zu begründen wäre" (Müller 1994: 19), die Existenz und Funktionsfähigkeit globaler Kooperationen nämlich, findet die Regulationstheorie verstärkt Eingang in die herrschende (anglo-amerikanische) Diskussion Internationaler Beziehungen (Noel 1987; Robles 1994). Diese vermeintliche Aktualität der Regulationstheorie unter den Bedingungen der Globalisierung und Europäisierung allerdings ist um so erstaunlicher, als die Regulationstheorie in ihrer Rezeption nun als Theorie des Umbruchs Erklärungsmodelle liefern soll, dessen Gegenteil sie erklären wollte: nicht den Umbruch, sondern die stabilen Bedingungen kapi-

talistischer Reproduktion, konkret: die politökonomischen Strukturen der sog. Nachkriegsordnung - nicht deren Ende.

3.2. Das traditionelle regulationstheoretische Erkenntnisinteresse

Die Regulationstheorie fungiert zunächst als Programm, mit dem sowohl eine Kritik der im Rahmen der neoliberalen Konterrevolution der 70er Jahre (Altvater 1981) (wieder) hegemonial gewordenen neoklassischen Politischen Ökonomie als auch eine Wiederbelebung und Weiterentwicklung totgelaufener neomarxistischer Theoriebildungen auf den Weg gebracht werden sollte. In Abgrenzung und Kritik des neoklassischen Gleichgewichtstheorems wurden die sozialen Beziehungen des Kapitalismus als strukturell instabil begriffen und die Relevanz sozialer und politischer Regulationsmechanismen für die Existenz stabiler Bedingungen der Reproduktion hervorgehoben. Alternativ zum methodologischen Individualismus wurde mittels einer "holistischen Methode" (Boyer 1986: 22) versucht, der Kohärenz einer Gesellschaftsformation auf die Spur zu kommen. Das zentrale Erkenntnisinteresse richtete sich auf den Prozeß der Kapitalakkumulation und die ihm immanenten Kräfte, die sich in den gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen als Kräfte der Reproduktion einfräßen. Das kapitalistische Lohnverhältnis bildete Ausgangs- und Endpunkt regulationstheoretischer Analysen: es wurde als zentrales Strukturprinzip kapitalistischer Vergesellschaftung und damit als konstitutiv für die Herausbildung von Regulation begriffen, wie es zugleich durch die Regulationen reproduziert werden sollte, also Ziel- und Endpunkt der Regulation markiert. Die zentrale Fragestellung des Regulationsansatzes richtete sich also auf das kapitalistische Lohnverhältnis, konkret: auf die "Art und Weise, in der sich dieses Verhältnis trotz und wegen seines konfliktorischen und widersprüchlichen Charakters reproduziert" (Lipietz 1985: 109), letztlich so auf die Frage, "wie die Akkumulation gelingen kann" (ebd.: 119).

Vor dem Hintergrund sich durchsetzender sozial- und wohlfahrtsstaatlicher sozialer Integration in den fordistischen Gesellschaften der Nachkriegsordnung traten die nationalstaatlichen Arrangements von Ökonomie und Politik ins Zentrum des Erkenntnisinteresses, denen eine grundlegende Bedeutung für die gesellschaftliche Reproduktion zugemessen wurden. Eine von der Produktion von Massenkonsumgütern dominierte Akkumulationsweise bedurfe zu ihrer eigenen Reproduktion der Organisation einer effektiven Nachfrage. Fordismus bezeichnet eine Gesellschaftsformation, in der die Artikulation zwischen Produktions- und Konsumweise gelingt. Vor allem in der in allen fordistischen Gesellschaften durchgesetzten Kopplung von Lohn- und Produktivitätsfortschritten im Rahmen eines Klassenkompromisses und in den Strategien der sozialdemokratisch-keynesianischen "Erweiterung des Staates" wurden die Regulationsweisen "gefunden", in denen die fordistische Produktion zu einer hegemonialen Form fand. Die zentralen Begrifflichkeiten der Regulationstheorie, ja die theoretische Konstruktion und Verortung von Regulation überhaupt als "Gesamtheit institutioneller Formen, Netze und expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern" (ebd.: 121), wurden im Kontext der Reproduktion des historischen Kapitalismus entwickelt und verhandelt: "To speak of the regulation of a mode of production is to try to formulate in general laws the way in which the determinant structure of a society is reproduced" (Aglietta 1979a: 13).

Die Durchsetzung stabiler Reproduktionsbedingungen kapitalistischer Akkumulation à la longue durée wurde dabei als Resultat hegemonialer Verhältnisse begriffen; sie setzen diese voraus. Vulgärmaterialistische Verhältnisse im Sinne Max Horkheimers (siehe 2.1.) oder anderer neomarxistischer Traditionslinien, in denen die Stabilität kapitalistischer Herrschaft unmittelbar aus dem "Reich der Ökonomie" entspringt, stellen keine hinreichende Bedingung für stabile Reproduktion dar. Nicht unähnlich der politökonomischen Theorie Karl Polanyis wird die "Idee eines selbstregulierenden Marktes (als) krasse Utopie" verworfen (Polanyi 1995: 19).

Ökonomische Beziehungen werden als gesellschaftliche Verhältnisse begriffen, die als hegemonialer Klassenkompromiß zu einer institutionellen Form finden müssen, soll die Stabilität kapitalistischer Gesellschaften garantiert werden. Hegemonie erscheint dabei zunächst als Klassenhegemonie und -kompromiß innerhalb nationalstaatlich verfaßter Gesellschaften: "L'hégémonie est la capacité pour un groupe dirigeant, de présenter ses intérêts propres comme ceux de la communauté tout entière. Un bloc hégémonique est une alliance de fractions de classes, assurant sa domination sur les classes populaires, non seulement par la force, mais par une idéologie, un ensemble de valeurs, véhiculées par un certain nombre de couches relais, et trouvant des appuis jusqu'au sein de peuple" (Lipietz 1980: 2216, Anm. 7). Gleichzeitig aber setzen stabile Reproduktionsstrukturen die Existenz einer hegemonialen Macht als globale Regulationsinstanz in den zwischen-staatlichen Beziehungen voraus, durch die erst kohärente Strukturen eines global-kapitalistischen Entwicklungsmusters durchsetzbar und abzusichern sind: "Hegemony is ... the principal form of cohesion within a system of nations; and hierarchy, dynamically understood is considered to strengthen the stability of a complex, open system" (Aglietta 1982: 6). Mehr noch: "Nur eine umfassende Hegemonie der dominanten kapitalistischen Macht kann eine internationale Ordnung durchsetzen" (Aglietta 1979b: 106).

Damit offenbart sich der Kern des Erkenntnisinteresses der traditionellen Regulationstheorie: Er liegt in den *gesellschaftlich-hegemonialen* Voraussetzungen stabiler Bedingungen kapitalistischer Reproduktion. Am Beispiel der Stabilisierung des Übergangs zur intensiven Mehrwertproduktion im fordistischen Regulationsmodell werden diese Voraussetzung als innergesellschaftlicher Kompromiß zwischen Kapital und Arbeit (keynesianisch-sozialdemokratischer Klassenkompromiß) und als umfassende Macht der weltmarktdominierenden USA analysiert. Die Krise dieses Regulationsmodells mußte aufbrechen, als infolge der durch die Internationalisierung des dominierenden US-Kapitals bewirkten Verallgemeinerung weltwirtschaftlich gültiger Produktions- und Tauschnormen die Hegemonie der USA erodierte (Aglietta 1979b) und die nun intensiviertere internationale Konkurrenz keinen Handlungsspielraum mehr für die nationalen Klassenkompromisse ließ (Lipietz 1985). Kapitalistische Krisenlösung aber setzt in dieser regulationstheoretischen Perspektive so nicht nur die Neustrukturierung eines kohärenten Verhältnisses von Akkumulation und Regulation auf nationalstaatlicher Ebene voraus, die Klassenhegemonie impliziert, sondern bleibt auch an die Neuformierung hegemonialer Verhältnisse und somit die Neustrukturierung globaler Beziehungen gebunden.

Ein grundlegender Widerspruch der Regulationstheorie mußte aufbrechen: Mitte der 70er Jahre als Kritik der Neoklassik und als Anspruch der Weiterentwicklung neomarxistischer Gesellschaftsformationsanalysen entstanden, indem sie ein neues Erklärungsmodell für die Phase stabiler Reproduktionsbedingungen des Kapitalismus formulierte, war sie sogleich gezwungen, ihre Analysekatoren auf die Auflösung der gesamtgesellschaftlichen Bedingungen zu richten, die sie eigentlich zu verstehen beanspruchte.

3.3. Die Leitidee: weltwirtschaftliche Verallgemeinerung und Endogenisierung

Die Erneuerung regulationstheoretischer Analysen kam nicht umhin, ein kritisches Verhältnis zur "Globalisierung" zu entwickeln, da ihre gesellschaftlichen und politischen Prozesse es waren, die die Auflösung der fordistischen Formation verantworteten. Die den Regulationsansatz konstituierende Studie Michel Agliettas, "*A Theory of Capitalist Regulation*" (1979a), kann dabei als das theoretische Essential eines langfristigen Forschungsinteresses an den Kräften kapitalistischer Globalisierung verstanden werden. Sie versucht, mittels der Analyse der weltwirtschaftlich dominierenden US-amerikanischen Gesellschaftsformation, die strukturellen Formen einer Epoche kapitalistischer Entwicklung aufzudecken. Nur im Rahmen eines solchen Erkenntnisinteresses war die Analyse von Ökonomie, Gesellschaft und Politik der USA relevant. Die USA wurden zum Objekt des Erkenntnisinteresses, weil die hier durchgesetzten

Strukturen von Akkumulation und Regulation als weltwirtschaftlich dominierende Strukturen begriffen wurden. Sie waren nur insofern von Interesse, weil sie in eine übergeordnete Fragestellung nach der Verallgemeinerung und Internationalisierung dominanter ökonomischer Strukturen im Kapitalismus eingebunden waren. Diese Strukturen wurden in den USA herausgebildet und konnten sich nach dem Zweiten Weltkrieg über den rekonstruierten kapitalistischen Weltmarkt verallgemeinern. Die "*Theory of Capitalist Regulation*" knüpft somit an eine vorhergehende Analyse über die Internationalisierung dominanter ökonomischer Strukturen im Kapitalismus an (Aglietta 1975; dt. Übersetzung: Aglietta 1979b), in der der Zusammenhang von kapitalistischer Verallgemeinerung und internationalen Beziehungen entwickelt wurde. Die USA traten ins Zentrum des Erkenntnisinteresses, erstens, weil sich die globale Hegemonie der USA "letztlich auf den Produktionsverhältnissen in den Vereinigten Staaten selbst" begründete (Aglietta 1979b: 72), auf ihrem historischen Vorsprung im Übergang von den extensiven zur intensiven Mehrwertproduktion, und zweitens, weil gerade diese Produktionsverhältnisse in der Phase ihrer Internationalisierung "tendenziell zu einer Angleichung der gesellschaftlichen Produktions- und Austauschbedingungen in den beteiligten Wirtschaftsräumen" führten (ebd.: 104).

Michel Aglietta betont dabei den essentiellen Charakter, dem das Verhältnis von "innen" und "außen", die Frage der gesellschaftlichen Endogenisierung weltkapitalistischer Verhältnisse zukam: "L'un des contenus constitutifs de l'approche en termes de régulation, dans ma vision, consistait à intégrer un 'moteur' endogène à l'expansion du capitalisme capable d'expliquer en même temps la diversité des trajectoires nationales et les raisons pour lesquelles les taux de croissance pouvaient diverger sur des périodes assez longues. A partir de cette première source d'insatisfaction par rapport aux néo-classiques, la voie pour analyser l'endogénéisation a été trouvée dans le rapport salarial conçu à fois dans ses aspects offre et ses aspects demande, comme les deux faces d'une même logique d'interaction dynamique entre la formation des revenus et les progrès de productivité" (Aglietta 1994: 48). Nicht von ungefähr verstanden sich die zahlreichen Analysen, die die Vertreter der Regulationstheorie zum Verständnis der französischen Nachkriegsentwicklung vorlegten, nicht als Analysen der Übertragung eines "Modells", sondern als Analysen weltwirtschaftlich vermittelter Anpassungen der nationalstaatlichen Gesellschaftsformationen an die neuen herrschenden Formen kapitalistischer Entwicklung: als Prozeß fordistischer Industrialisierung und Transformation nationalstaatlich-spezifischer Lohnverhältnisse - als Analysen fordistischer Verallgemeinerung also. Das regulationstheoretische Forschungsinteresse genügte sich also nicht darin, die Grundstrukturen des "golden age" kapitalistischer Expansion unter der US-Hegemonie (Glyn et al. 1990) in der fordistischen US-Gesellschaft zu verorten und zu analysieren; Schwerpunkt des Forschungsprogramms wurde vielmehr die Frage der Endogenisierung weltwirtschaftlich dominanter Produktions- und Tauschnormen in Westeuropa (vor allem in Frankreich), konkreter: die Erforschung der fordistischen Industrialisierung und Transformation, die als Phase der konflikthaften Durchsetzung neuer (fordistischer) Akkumulations- und Regulationsmodi auf der Basis je unterschiedlicher innergesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und spezifischer Stellungen in der Hierarchie internationaler Arbeitsteilung begriffen wurde (Lipietz 1984a; Mazier et al. 1982; Nezeys 1982).

Eine kritische Rekonstruktion der Regulationstheorie konnte auf diese beiden zentralen Momente der Analyse aufbauen: den Verallgemeinerungs- und Endogenisierungsprozessen (welt)kapitalistischer Expansion. Es zeigte sich aber, daß das starre Festhalten an den traditionellen Kategorien den tatsächlichen Herausforderungen der Begründung eines neuen regulationstheoretischen Erklärungsmodells und Erkenntnisprojekts nicht gerecht werden sollte...

3.4. Historisierung des Kapitalismus: "Ende der Geschichte"?

Indem sich die regulationstheoretische Analyse auch als historisch orientierte Theorie der Periodisierung des Kapitalismus verstand, bewegte sie sich zum einen im Kontext der neomarxistischen Weltsystemtheorie, die die Weltgeschichte als Abfolge von Hegemoniezyklen begreift, zum anderen im Rahmen der Marx'schen Geschichtsteleologie. Mehr noch: Die regulationstheoretischen Analysen der fordistischen Formationen fungierten als Analysen des gesellschaftlich-institutionellen Übergangs von den Formen extensiver zur intensiven Mehrwertproduktion als einem "vorwiegend intensiven Akkumulationsregime", den Marx lediglich abstrakt im "*Kapital*" analysierte. Im Rahmen der Weltsystemtheorie unterstellt die regulationstheoretische Variante dabei jedem Hegemoniezyklus erstens spezifische Artikulationsverhältnisse von Akkumulation und Regulation, die sich, vermittelt über die Internationalisierung des dominierenden Kapitals der Hegemonialmacht, verallgemeinern, sowie zweitens, daß diese Verallgemeinerung über spezifische Muster globaler Vergesellschaftung, einer spezifischen Struktur der internationalen Beziehungen also, durchgesetzt wird.

In jedem Fall aber bewegte sie sich zunächst in einem "Modell", das die entwickelteste kapitalistische Nation zum Maßstab der Gesellschaftsgeschichte erhebt. Verallgemeinerungsprozesse werden als Resultat global-kapitalistischer Konkurrenzverhältnisse begriffen, in der "die Konkurrenz ... jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf(herrscht)" (MEW 23, 618), in der aber gleichzeitig die Vorsprünge der Konkurrenz (zunächst) als nationalstaatlich "monopolisiert" begriffen werden. Das regulationstheoretische Forschungsprogramm ging aber gleichzeitig über dieses "Modell" hinaus. In der traditionellen Regulationstheorie erscheint der Fordismus als Epoche des historischen Kapitalismus, in der eine spezifische Form des sozialen Kompromisses zwischen Kapital, Arbeit und Staat organisiert wird. In Anlehnung an die von Antonio Gramsci vorangetriebene Analyse des amerikanischen Kapitalismus der 20er und 30er Jahre wurde diese Epoche nicht nur "fordistisch" benannt sondern auch als erfolgreiche "passive Revolution des Kapitalismus" verstanden. Gramsci verstand darunter die Fähigkeit des historischen Kapitalismus, die ihm immanenten Tendenzen zur Überwindung der Produktionsweise durch Absorption antagonistischer Kräfte im "erweiterten Staat" und durch Transformation seiner sozio-ökonomischen Reproduktionsstrukturen zu überwinden (Telò 1979: 182). In diese zentrale Fragestellung der gramscianischen Staatstheorie, der Frage des Scheiterns sozialistischer Umgestaltung im "Westen" und die Frage der Anpassungsfähigkeit der "entwickelten Staaten" an veränderte Bedingungen der Kapitalakkumulation, ordnen sich seine Konzepte der "passiven Revolution" und des "Fordismus" ein. Entscheidend ist, daß im Rahmen einer solchen gramscianischen Analyse die Anpassungsfähigkeit des historischen Kapitalismus nicht beliebig sein kann, sondern sich in Richtung innergesellschaftlicher Verstaatlichung und verstärkter Vergesellschaftung ökonomischer und sozialer Beziehungen bewegt (Gramsci 1994: 1243). M.a.W.: "Es handelt sich um einen strukturellen Reformismus der passiven Revolution, der Ausweitung des Staates und der verschiedenen Formen von 'historischem Kompromiß', den eine herrschende Klasse unter Umständen zwischen Staat und Arbeiterklasse schließen möchte" (Buci-Glucksmann/Therborn 1982: 134).

Die Regulationstheorie folgte diesem Interpretationsmuster, indem die Notwendigkeit der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus hervorgehoben wurde. Die Widersprüche der Akkumulation "can only form a complex whole, able to reproduce itself and evolve in an orderly manner, by their hybrid location, both within economic relations and outside these relations - in other words within the state. It is in the state, and there alone, that the cohesion of these structural forms can be assured, permanently jeopardized and as permanently reproduced by the fluctuating compromises of economic policy. State monopoly capitalism is the mode of articulation of the structural forms engendered by Fordism" (Aglietta 1979a: 383).

Die historische Tendenz nationaler "Erweiterung des Staates" innerhalb des kapitalistischen Weltsystems sollte mit der Erosion seiner fordistischen Grundstrukturen jedoch durchbrochen werden. An ihre Stelle treten nicht die von der neoliberalen Ideologie angestrebten Formen des "schlanken Staates", sondern qualitativ neue Verschränkungen von repressivem Staatsapparat und ziviler Gesellschaft (Telò 1979). Joachim Hirsch (1995: 161) spricht von "einer historisch neuen Form von Totalitarismus, die überhaupt nicht mehr entscheidend vom Staatsapparat ausgeht, sondern in den Strukturen der 'Zivilgesellschaft' wurzelt". Die gramscianische Feststellung aber, die weitgehend auch von der Regulationstheorie übernommen wurde, daß nämlich Hegemonie von der Fabrik ausgehe, tendiert im postfordistisch-posttayloristischen Übergang von einer Produktionsweise zu einer "Informationsweise" (Poster 1984) zu qualitativ neuen politischen Form der Regulation: zu einer Synthese von "Planung" und Ausweitung der "Freiheiten", in der sich das System auf die Subjekte selbst verlassen kann, die die Optimierung des Systems zu ihrer eigenen Sache gemacht haben. Auf jeden Fall sollte sich somit die etatistische Perspektive der traditionellen regulationstheoretischen Analyse zum einschneidenden Hindernis für eine tragfähige Theorie "postfordistischer" Strukturen und ihrer Durchsetzung entwickeln. Alain Lipietz betont zu recht, daß der regulationstheoretische Ansatz eine "Theorie des Fordismus" hervorgebracht habe, keineswegs aber eine Theorie des Übergangs formulieren konnte (Lipietz 1994: 78). Übergang - wohin auch?

Im Gegenteil also: Übergänge scheinen innerhalb des traditionell regulationstheoretischen Erklärungsmustern kaum noch möglich. Eine neue historische Epoche des Kapitalismus jenseits eines vorwiegend intensiven Akkumulationsregimes scheint unerreichbar. Die nun globalisierten Formen intensiver Mehrwertproduktion und die ihr immanenten Verhältnisse der Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion verlangen vielmehr die "Verlängerung" fordistischer Verteilungsverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit in die (unbestimmte) Zukunft. Der gramscianisch "erweiterte Staat" eines historischen Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit wird nicht in seiner historischen Einmaligkeit aus dem fordistischen Vergesellschaftungszusammenhang entwickelt, sondern als historische Tendenz sozialer Beziehungen modelliert und so letztlich zum Maßstab zukünftiger historischer Entwicklungsphasen des Kapitalismus erhoben. In diesem Defizit vereint sich die Regulationstheorie mit verschiedene Interpretationsmodellen der historischen Weltsystemtheorie. Giovanni Arrighi beispielsweise kommt im Anschluß an seine Analyse der drei Hegemonien des historischen Kapitalismus zu dem Ergebnis: "If this progression were to be continued, the next hegemon would have to be less capitalist in its inner structures of representation than the post-Second World War US, and at the same time it would have to make the world-system even more capitalist than it already is" (Arrighi 1993: 185). Ein regulationstheoretisches "Ende der Geschichte" also - zumindest der Geschichte des historischen Kapitalismus?

3.5. "Was sich nicht organisch fügen will, soll wenigstens anschaulich klaffen"

Kein Wunder daher, daß die Regulationstheorie nach ihren Ursprüngen vor allem als Krisentheorie und -analyse vorangetrieben wurde: "*La Mondialisation de la crise générale du Fordisme*" (Lipietz 1984b) avancierte zum Lieblingsthema der regulationstheoretisch inspirierten Gehirne. Die durch die Weltwirtschaftskrise 1974/75 infolge der Verallgemeinerung fordistischer Produktions- und Tauschnormen im "atlantischen Fordismus" (Davis 1986) bewirkte grundlegende Krise des westlich-kapitalistischen Reproduktionsmodells und der ihm immanenten Hegemonialstrukturen wurde regulationstheoretisch als "große Krise" begriffen, in der eine Krisenlösung innerhalb der herrschenden Regulationsweise nicht zu erreichen war (Lipietz 1985: 113; Altvater 1983). Der Kern dieser Krise wird in einem grundlegenden Auseinanderfallen von Akkumulation und Regulation verortet. Die Krise erscheint als Doppelkrise: als eine allgemeine Erschöpfung der fordistisch-tayloristischen Produktivitätsreserven und des Übergangs zu neuen Strategien der Kapitalakkumulation auf der einen und als Krise

der Nachfragepolitik auf der anderen Seite, die sich unter den Bedingungen intensivierter Weltmarktkonkurrenz als dysfunktional erweist: "Cette crise a deux composantes essentielles: une baisse d'efficacité des modes tayloriens d'organisation du travail et une inadaptation des modes de régulation existant au plan national face à une économie de plus en plus internationalisée" (Lipietz 1993: 87).

Die institutionelle Vermittlung von Ökonomie Gesellschaft und Politik, die die Kohärenz fordristischer Gesellschaftsformationen sicherte, gelang nicht mehr. An ihre Stelle trat eine territoriale Inkongruenz zwischen (nun) globaler Akkumulation und (nach wie vor) prärogativ nationalstaatlicher Regulation. Sie erscheint in nahezu allen traditionell regulationstheoretisch inspirierten Analysen als Grundübel der sog. postfordistischen Epoche. Sie ist auch der Grund dafür, daß der Übergang zu einer postfordistischen Formation des historischen Kapitalismus als hochgradig problematisch betrachtet wird, bedarf die Stabilisierung in dieser Perspektive doch zunächst einer Neubestimmung der Geographie des Kreislaufes Produktion (Akkumulation) und Konsumtion (Regulation) (Lipietz 1993: 88). Genau diese setzt sich aber aufgrund verbleibender nationalstaatlicher Dekomposition der kapitalistischen Weltökonomie und der innerhalb dieser Konfiguration wirkenden Einschränkungen der Handlungsspielräume für keynesianische Nachfragepolitik (Scharpf 1987) nicht durch. Im Gegenteil: die hier waltenden Kräfte bewirken eine Verallgemeinerung neoliberaler Angebotspolitik und so (in regulationstheoretischer Perspektive) auch eine Perpetuierung der Krise, weil keine neuen Kohärenzen von Akkumulation und Regulation insbesondere an der Schnittstelle Produktion-Konsum hergestellt werden. Die "internationale Regulation der Konkurrenz" mündet zwangsläufig in einer allgemeinen Rezession (Lipietz 1985: 128).

Global zerfällt das von den USA dominierte "régime international" in ein "non-régime" (Mistral 1986: 197); innergesellschaftlich zerfällt der "hegemoniale Block" des keynesianischen Klassenkompromisses in ein Feld sozialer Konflikte. Neoliberale und neonationalistische Populismen treten an die Stelle von stabilen sozialen Kompromissen. Das neoliberale Staatsprojekt jedoch bewirkt weder eine ökonomische Krisenbewältigung noch kann es ein neues kohärentes Gesellschaftsprojekt hervorbringen und somit auch nicht als neues Regulations- und Herrschaftsprojekt begrifflich faßbar werden. Für eine solche Analyse der neoliberalen Restrukturierung hätte Marx wohl nur Hohn und Spott: Die Geschichte, hier: eine enthistorisierte fordristische Gesellschaftsstruktur, "lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden" (MEW 8: 115). Erstens nämlich wird die fordristische Erfahrung der "Erweiterung des Binnenmarktes" (Lipietz 1991: 81) in den regulationstheoretischen "Glaubenssatz" umgewandelt, daß die Geschichte des Kapitalismus die Geschichte abnehmender Bedeutung des Außenhandels sei (Lipietz 1986: 53), mit der der vermeintlich historischen Tendenz zur Intensivierung staatlicher Regulation Nachdruck verliehen werden kann. Zweitens wird die Vorstellung entwickelt, relativ stabile Herrschaftsbeziehungen ließen sich nur auf der Grundlage holistischer Gesellschaftsprojekte (gleichsam als alt-sozialdemokratisches Vollbeschäftigungsprojekt) realisieren. Der Fordismus bleibt Maßstab der Geschichte, und dies obwohl die fordristische Produktionsweise selbst Geschichte geworden ist. Marx hätte die Kritik an solchen Vorstellungen selbst formulieren können: "Der Maßstab der Gesellschaftlichkeit muß aus der Natur der jeder Produktionsweise eigentümlichen Verhältnisse, nicht aus ihr fremden Vorstellungen entlehnt werden" (Marx, Kapital, Neudruck der ersten Auflage 1867, 32; zit. n. Siegelberg 1994: 187).

Das bedeutet für die Analyse, daß die sozio-ökonomischen und politischen Umbrüche allein als Erosionserscheinungen der fordristischen Epoche analysiert und auf den Begriff gebracht werden können. Nicht unähnlich dem Dichter Peter Rühmkorf, der infolge des verlegerischen Drucks auf Manuskriptabgabe seinen Gedanken, ein unvollendetes Titelgedicht als Fragment zu Ende zu komponieren, selbst mit den Worten kommentiert: "Was sich nicht organisch fügen will, soll wenigstens anschaulich klaffen" (Rühmkorf 1995: 74), erhält die regulationstheoretische Analyse des Umbruchs den Charakter eines Fragments: die den Globalisierungsprozessen

entspringende Dialektik von absterbendem Alten und sich konstituierendem Neuen an Gesellschaftlichkeit wird auf die Auflösung des Alten reduziert. Unfreiwillig kommt es zu einer Verklärung der fordistischen Epoche des historischen Kapitalismus als einer Formation, in der das Verhältnis von Akkumulation und Regulation scheinbar einem gesellschaftspolitischen Primat der Politik unterstellt war. Auf jeden Fall aber können die Prozeßresultate der sich "postfordistisch" formierenden Kräfte und herausbildenden Strukturen nur als strukturelle Instabilitäten begriffen werden (Vercellone 1994: 40), nicht aber als Elemente einer im Entstehen begriffenen neuen Epoche des historischen Kapitalismus verhandelt werden (Röttger 1995a). Letztlich aber verweist diese beschränkte Analyseperspektive auf eine Sackgasse der Theoriebildung, die darin begründet ist, daß kein adäquater Begriff von Hegemonie zur Verfügung steht, der Prozesse kapitalistischer Verallgemeinerung und "Kohärenz-Produktion" unter den Bedingungen der sog. "post-hegemonialen Weltära" bzw. der Auflösung klassenübergreifender Bündnisse auf der Ebene des Nationalstaates begrifflich zu fassen vermag. Zugespißt: Da Hegemonie im Fordismus mehr funktional aus den Reproduktionserfordernissen der Ökonomie abgeleitet als aus den tatsächlichen Klassenverhältnissen entwickelt wurde, rächt sich dieser "Standpunkt der Reproduktion" in einer weitgehenden Bedeutungslosigkeit für die Erforschung von Neuformierungsprozessen der gesellschaftlichen und politischen Struktur der Akkumulation.

3.6. Genealogie der traditionellen Regulationstheorie

Eine Genealogie der französischen Regulationstheorie im Sinne Michel Foucaults als Frage nach der "Verbindung zwischen gelehrten Kenntnissen und lokalen Erinnerungen, die die Konstituierung eines historischen Wissens der Kämpfe ermöglicht," (Foucault 1978: 62) muß ihr doppeltes Ableben konstatieren: als Erklärungsmodell, das tragfähige Analysekatoren zur Verfügung stellt, und als "Erkenntnisprojekt", als Theorie *in der Gesellschaft*, die über das Wissen um die geschichtsmächtige Konstruktion der gesellschaftlichen Kämpfe verfügt.

Das traditionell regulationstheoretische Erklärungsmodell scheiterte, da mit der Krise der US-Hegemonie und der Erosion fordistisch-keynesianischer Hegemonie auf nationalstaatlicher Ebene die politökonomischen Fundamente, auf denen es aufgebaut war und die das "Material" der Regulationstheorie zur Verfügung stellten, bröckelten. Die traditionellen Analysekatoren erwiesen sich als zunehmend untauglich: die kapitalistische Weltökonomie und die in ihr entfalteten handelsbedingten Interdependenzen fungierten nicht mehr als Kräfte der Absicherung sich je nationalstaatlich durchzusetzender gesellschaftlicher und politischer Arrangements fordistischer Umgestaltung und Industrialisierung, denen mit einer Analyse nationalstaatlicher und internationaler Hegemonialstrukturen beizukommen war. Die weltwirtschaftliche Restrukturierung infolge der Weltwirtschaftskrise ab 1974/75 entfaltete qualitativ neue Interferenzen von Weltökonomie und Nationalstaat, in denen sich die global-kapitalistischen Käfte originär als Kräfte der Umgestaltung nationalstaatlicher Entwicklung einfraßen. Die analytische Trennung von nationaler (Klassen-)Hegemonie und globaler Hegemonie eines weltwirtschaftlich dominierenden Staates wurde zunehmend obsolet und untauglich, die Prozesse kapitalistischer Verallgemeinerung und die hegemoniale Vermittlung von Ökonomie, Gesellschaft und Politik auf den Begriff zu bringen. Erforderlich wurden neue Vorstellungen von Hegemonie sowohl auf globaler wie auf nationaler Ebene.

Das regulationstheoretische "Erkenntnisprojekt" verdankte seine Blüte vor allem der erfolgreichen Keynesianisierung der Gesellschaften infolge des sozialdemokratischen Klassenkompromisses. Erst in dieser historischen Epoche des "strukturellen Reformismus" konnte die regulationstheoretische Problemformulierung der Relevanz sozialer und politischer Regulationen gelingen. Mehr noch: Das regulationstheoretische Erkenntnisprojekt war untrennbar mit dem reformistischen Etatismus des französischen Sozialismus verwoben (Negri 1994: 365), der sich

in der fordistischen Epoche kapitalistischer Entwicklung herausbilden konnte. Die Regulationstheorie versuchte nicht nur die hinter der Oberflächenerscheinung waltenden treibenden Kräfte und Strukturen des historischen Kapitalismus "auszugraben", sondern zugleich in einer Dialektik des Widerstands, Handlungsoptionen für alternative Entwicklungspfade zu eröffnen, die sie weitgehend als lineare Fortsetzungen im Fordismus begonnener staatlich-regulativer Binnensteuerungen konzeptualisierte. Dieses "historische Wissen der Kämpfe" aber erodierte in dem Maße, wie die Voraussetzungen staatlicher Binnensteuerung mit der Durchsetzung neoliberaler Entwicklungsmuster schwanden. Die Existenz eines Steuerungszentrums der modernen Gesellschaften in Gestalt des souveränen Staates wurde zunehmend Geschichte (Beck 1986; Scharpf 1992; Willke 1996). Die regulative "Erweiterung" des nationalen Staates infolge nationaler Klassenausinandersetzungen gelang nicht (siehe 3.4.). Die "regulierte Gesellschaft" (Gramsci) konnte unter den Bedingungen der Globalisierung nicht mehr als Projekt der Erweiterung des nationalen Staates auf den Weg gebracht werden.

Im Gegenteil: Mit der Durchsetzung der "désinflation compétitive" in Frankreich nämlich und der mit ihr verbundenen Transformation des französischen Etatismus hin zur (bedingungslosen) Konstruktion "internationaler Wettbewerbsfähigkeit" ist das regulationstheoretische "Projekt" eines "autonomen und autozentrierten" Wachstumsmodells endgültig verworfen worden (Aglietta 1994: 53; Gauron et al. 1993). Es kam wie es kommen mußte: Die (traditionelle) Regulationstheorie starb den langen Tod der Obsoleszenz; sie mußte zum toten Hund der Theoriebildung erklärt werden. Der etatistische Reformismus nationalstaatlich vermittelter (alternativer) Klassenbündnisse wurde als historisch gescheitert begriffen; der nationalstaatlich fixierte Zugriff auf die sozio-ökonomischen und politischen Prozesse der kapitalistischen Weltgesellschaft wurde zum "Konstruktionsfehler" der Theorie (Altvater 1988: 152).

Der Umbruch der kapitalistischen Weltgesellschaft und die Transformation nationalstaatlicher Entwicklungsmuster bildet nun Anlaß für einen Disput, der sich über die Frage der Funktion und Erneuerung regulationstheoretischer Analysen erhebt. Der Vertreter der traditionellen Regulationstheorie, Alain Lipietz (1994a: 39f.), versteht die Regulationstheorie allein als Kritik des Regionalismus (als Mythos adäquater Regulation) und des Globalismus (als Ort dominierender Akkumulation), wobei das Zusammenspiel von Globalisierung und Regionalisierung den traditionellen Ort der politischen Regulation, den Nationalstaat, weiter aushebelt. In der Lipietz'schen Perspektive bleibt der Nationalstaat der einzige Ort, auf dem ein Wachstumsregime sozial verankert werden kann, so letztlich Stabilität erfahren kann, aber auch als Ort sozialistischer Transformation fungieren kann. Dagegen mehren sich die Stimmen, die einer grundlegenden Erneuerung des regulationstheoretischen Forschungsprogramms das Wort reden. "Globalisierung" setze voraus, die regulationstheoretischen Kriterien neu zu fundieren. Vor dem Hintergrund einer sich entfaltenden "internationalisierten Zivilgesellschaft" (Köbler/Melber 1993) entstehen zunehmend Konzeptionen einer alternativen Ordnung und sozialen Regulation auf globaler Ebene, die den Versuchen einer weltgesellschaftlich zu fundierenden Regulationstheorie als einem geschichtsmächtigen "Erkenntnisprojekt" Auftrieb geben können (Deppe 1991) - die transnationale Zivilgesellschaft und die sich in ihr artikulierenden gesellschaftlichen Kräfte erscheinen zum einen als "Zipfel alternativer Veränderung" (Ziebur 1996), zum anderen aber auch als "zivilgesellschaftlicher Totalitarismus", der folglich als "Herrschaftsform des vollen und zu sich selbst gekommenen Kapitalismus begriffen werden" muß (Hirsch 1995: 167).

3.7. Regulationstheorie als Regimetheorie?

Aufgrund des unaufhaltsamen Falls der traditionellen Regulationstheorie und ihrer (ontologischen) Nähe zum "neoliberalen Institutionalismus" infolge ihrer Fragestellung nach den institutionellen Bedingungen ökonomischer und gesellschaftlicher Stabilisierung wird zu-

nehmend eine letzte "Ehrenrettung" der Regulationstheorie dadurch versucht, sie in den herrschenden Diskurs einzubinden. Von vielen Autoren wird gerade in der Verbindung von Regulations- und Regimetheorie ein entscheidender Fortschritt in der Formulierung eines theoretischen und analytischen Rahmens für die Institutionalisierungsprozesse der Weltgesellschaft im aktuellen Umbruch erwartet (Noel 1987: 331; Robles 1994: 118ff.). Von einer "Hochzeit von Marxismus und Institutionalismus" ist sogar die Rede (Mark Elam, zit. n. Görg 1995: 635).

Ihre Beziehung resultiere aus der beiden Theorien immanenten Zentralität der Frage nach den Konsequenzen internationaler Vergesellschaftung (Jessop 1990a: 62). Tatsächlich aber handelt es sich wohl eher um eine Vereinigung im Defizit: Indem sowohl die vorherrschende Bestimmung internationaler Regime als zwischen-staatliche Kooperationen (Rittberger 1995: 8ff.; abwägend: Kreile 1989: 96ff.) als auch die regulationstheoretische Bestimmung von Hegemonie hochgradig auf den Nationalstaat und so die "internationale Staatenwelt" fixiert bleiben, gerät das außer Blickfeld, was eigentlich in den Analysen des kapitalistischen Globalisierungsprozesses das zentrale Erkenntnisinteresse ausmachen sollte: die originären globalen Vergesellschaftungsprozesse, die Marxsche Vorstellung des Weltmarkts als Prozeß des Übergreifens der bürgerlichen Gesellschaft über den Staat.

Das Interesse des mainstream an der neomarxistischen Theoriebildung kann indes als aufkeimendes Ergebnis kaum mehr zu kaschierender Defizite der Theoriebildung und analytischer Leerstellen der Regimetheorie begriffen werden. Im Kern geht es um die Frage, wie die Institutionen des globalen Systems ("Regime") zu erklären sind. Der neomarxistischen Theoriebildung kommt dabei die Funktion zu, "weitere Konfliktlinien" einzuführen, die bislang eine "untergeordnete Rolle gespielt haben" (Zürn 1994a: 103). In der Tat kann dabei durch Berücksichtigung politökonomischer Analysen "Licht in das Dunkel" der materiellen Bedingungen globaler Kooperation gebracht werden. Auch die eingeforderten Analysen "über die innenpolitischen Rückwirkungen von internationalen Institutionen, von Globalisierungsprozessen und der Ausbildung transnationaler Netzwerke" (ebd.: 109) können sich auf originär neomarxistische Arbeiten zum Verhältnis von endogenen und exogenen Faktoren stützen. In der Tat ist es gerade die französische Regulationstheorie, die die Frage der Endogenisierung von strukturellen Formen global-kapitalistischer Expansion thematisierte. Nicos Poulantzas jedoch formulierte in seiner Theorie des "internationalen imperialistischen Zusammenhangs", quasi als "Vordenker" der Regulationstheorie, mit der These vom "Primat der internen Faktoren" schon das entscheidende Problem, daß es nämlich "strenggenommen, nicht auf der einen Seite die externen Faktoren (gibt), die lediglich von außen wirken, und auf der anderen Seite die in ihrem eigenen 'Raum' 'isolierten' internen Faktoren. Das Postulat von Primat der internen Faktoren bedeutet, daß die in jedem Land von 'außen' gesetzten Koordinaten der imperialistischen Kette... auf diese Länder nur kraft ihrer Interiorisierung wirken, durch Verknüpfung mit deren jeweiligen Widersprüchen..." (Poulantzas 1977: 20).

Kann also tatsächlich von einer neuen Einbindung gesamtgesellschaftlicher Analysen in den herrschenden Diskurs ausgegangen werden? Grundsätzliche Zweifel sind zu formulieren: Zum einen nämlich konstituieren sich herrschende Diskurse immer auch durch Mechanismen der Ausschließung, wie Michel Foucault (1991) eindringlich zeigen konnte. Kein Wunder, daß sich also infolge der "Hilferufe" des akademischen mainstream Stimmen erheben, die die deutschsprachige "Dritte Theoriedebatte" per Definition auf eine Debatte beschränken wollen, die "innerhalb des institutionalistischen Lagers", innerhalb der "dominanten theoretischen Orientierungen" (Risse-Kappen 1995: 173) stattfindet. Zum anderen aber droht die "neue Integration der Wissenschaften" daran zu scheitern, daß sie grundlegenden Differenzen in den theoretischen Orientierungen leugnet: die *Erkenntnisprojekte* nämlich des "neoliberalen Institutionalismus" und der regulationstheoretischen Kritik der Politischen Ökonomie schließen sich weitgehend aus.

Dies vor allem deshalb, weil die inzwischen von der Regimetheorie erblickten transnationalen Regime, die in bestimmten Politikfeldern (sog. "issue-areas") von den gesellschaftlichen Kräften selbst oder in einer Art korporativen Managements zwischen Staat und Gesellschaft eine Verregelung globaler Beziehungen bewirken, in ein Projekt des "komplexen Regierens" eingebunden sind. In der Regimetheorie wird die Auflösung der "Verdopplung der Gesellschaft in Gesellschaft und Staat" infolge von Globalisierung als Prozeß konzipiert, in dem inter- und transnationale Regime die althergebrachten, nationalstaatlichen Arrangements institutionell überwölben und tendenziell sogar die traditionellen Staatsfunktionen ersetzen (Zürn 1992). Institutionen erscheinen in dieser Perspektive als Kräfte, die die gesellschaftlichen Widersprüche des globalen Kapitalismus außer Kraft setzen. In der politökonomischen und regulationstheoretischen Perspektive aber sind Institutionen nichts anderes als "Erscheinungsformen des Widerspruchs" (Görg 1994: 72), die zwar zwischen den Widersprüche und den Interessengegensätzen von Kapital und Arbeit vermitteln, sie aber nicht aufheben (können).

Dem regimetheoretischen Optimismus hinsichtlich der Aufhebung der (antagonistischen) Widersprüche und Konflikte des Kapitalismus sind dagegen keine Grenzen gesetzt. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts infolge der Implosion der realsozialistischen Staaten seien auch die antagonistischen Interessengegensätze, die als nicht-verregelbar gelten, verschwunden (Rittberger/Zürn 1991). Der "Sieg" des kapitalistischen Weltsystems als Sieg des Kapitals über die Arbeit?

Als dernier cri zirkulieren inzwischen Vorstellungen, die, wie von Dieter Senghaas exekutiert, im zunehmenden Drift der Welt zur Herausbildung von Regimen den Baustein für eine sich abzeichnende "Weltinnenpolitik" bereits gelegt sehen: Regime nämlich seien in der Lage, "Problembereiche mit tendenziell oder tatsächlich schon existierenden weltweiten Bezügen" adäquat zu bearbeiten (Senghaas 1992: 643) und so antagonistische Interessengegensätze zu überwinden. Krisen und Konflikte innerhalb dieser "neuen Weltordnung" werden in ihrem Kern als Resultat von Nicht-Verregelung bzw. einer demokratisch-defizitären "ungleichzeitigen Denationalisierung" interpretiert, die irrationale, nationalstaatliche Protestformen hervorbringt. Die Perspektive des kapitalistischen Weltsystems liegt aber in der Perfektionierung der "global bzw. complex governance"; die "vornehme Aufgabe der Politikwissenschaft" liege darin, hierfür Vorschläge und Beiträge zu liefern (Zürn 1992: 512, Anm. 66; ders. 1994b): "In der Mehrzahl der Arbeiten ... dokumentiert sich ein politisch motiviertes Erkenntnisinteresse, das die Frage nach einer optimalen Gestaltung internationaler Politik unter Interdependenzbedingungen in den Mittelpunkt rückt und konkret nach den Bestandsbedingungen der von den USA und ihren Verbündeten errichteten Nachkriegsordnung fragt" (Kohler-Koch 1989: 17).

Entscheidend für das regimetheoretische Erkenntnisprojekt ist also, daß in der "neoinstitutionalistischen Theorie" die Vorstellung vertreten wird, Gesellschaften lassen sich mittels eines Systems von politischen Institutionen integrieren und zu global kooperierenden Regimes verdichten - ohne in der Analyse die gesellschaftlichen Strukturen und Kräfteverhältnisse zu thematisieren, die in den Institutionen ihren Ausdruck finden. Das allerdings kann auch gar nicht geschehen. Ein Begriff von Gesellschaft nämlich als Vorstellung asymmetrischer, hierarchischer und vermachteter gesellschaftlicher Verhältnisse hat sich zusehens verflüchtigt. Die verbreitete Vorstellung, den "Konstitutionswandel" der internationalen Politik darin zu verorten, daß nun ein Netzwerk von politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entscheidungsverflechtungen die traditionelle Staatenwelt überwölbt und in Richtung einer "Gesellschaftswelt" transformiert, korrespondiert mit verschrobene und formalisierten Vorstellungen einer "internationalisierten Zivilgesellschaft" als autonomer und herrschaftsfreier Sphäre. So, theoretisch die Klassen- und Machtverhältnisse negierend, kann die globale Aktivität eines Dritte-Welt-Ladens oder einer Selbstorganisation sozialer Kräfte der Peripherie gleichgewichtig neben der Aktivität eines Transnationalen Konzerns verhandelt werden. Das

"historische Wissen" um die gesellschaftlichen Konflikte verschwindet; das Wissen orientiert sich auf die institutionalisierte Herrschaft.

Regulationstheoretische und politökonomische Analysen kapitalistischer Globalisierung dagegen gehen nicht von den Institutionen aus, deren Funktionsweisen zu vervollkommen sind, sondern von der holistischen Qualität des Weltmarkts, der politischen und gesellschaftlichen Struktur globaler Kapitalakkumulation also, in der sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse neu formieren. Institutionen sind in der politökonomischen und regulationstheoretischen Tradition als Ergebnis gesellschaftlicher Machtkämpfe zu begreifen, sobald diese zu einer (vorübergehenden) Stabilisierung ihres Kräfteverhältnisses gefunden haben (Bonder/Röttger/Ziebura 1993). Hegemoniale Gesellschaftsverhältnisse bilden das zentrale Erkenntnisinteresse dieser Theorien. Mehr noch: Ihre Erkenntnisse zielen auf die Begründung einer "Dialektik des Widerstands", der Konstituierung eines historischen Wissens der gesellschaftlichen Konflikte und Kämpfe also, mit dem die komplexen Herrschaftsstrukturen aufgebrochen und gesellschaftliche Machtverhältnisse überwunden werden können.

4. Hegemonie, Weltmarktmacht und Regulation

4.1. Regulationstheorie als Globale Politische Ökonomie

Von einer harmonischen Einbindung der Regulationstheorie in das neue "Wahrheitsregime" (Foucault) kann also keine Rede sein. Schlimmer noch: Eine Revitalisierung der Regulationstheorie ist von ihrer Dienstbarmachung für die Erkenntnisziele des "neoliberalen Institutionalismus" nicht zu erwarten. Die Regulationstheorie kommt nicht umhin, sich als Kritik politökonomischer Realitäten des globalen Kapitalismus zu rekonstruieren. Mit dem Begriff der Regulation verfügt die französische Regulationstheorie dabei über ein Potential, sich nicht nur aus dem neomarxistischen Gehäuse funktionalistischer Interpretationen der Reproduktion (und des Überbaus) sowie geschichtsteleologischer Deutungsmuster zu lösen, sondern gleichsam die Voraussetzungen zu schaffen, den gesamtgesellschaftlichen Prozeß des Weltmarkts zu thematisieren. Michel Aglietta (1979a) analysierte den US-amerikanischen Fordismus als Prozeß der Konstitution spezifischer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und sozialer Existenzformen infolge der (fordistisch-tayloristischen) Neuorganisation der Arbeit, auf deren Grundlage innergesellschaftliche Hegemonie erkämpft wurde. Nicht die Arbeit der "Ableitung" oder "funktionalistischen Zuordnung" bzw. die Feststellung eines "Auseinanderfallens" bzw. einer "Dysfunktionalität" von Akkumulation und Regulation stehen somit im Zentrum (erneuerter) regulationstheoretischer Analysen, sondern der gesellschaftliche und politische Prozeß kapitalistischer Akkumulation. Die historisch-konkreten Formen der Herausbildung von Akkumulation und Regulation wurden dabei übrigens im Rahmen regulationstheoretischer Interpretation schon immer als über gesellschaftliche Prozesse und politische Projekte vermittelte Strukturen verstanden.

Die aktuelle theoretische Herausforderung besteht nun darin, die originär über den Prozeß der Globalisierung vorangetriebenen Konflikte und Kompromisse der sozialen Akteure zu thematisieren und als gesellschaftlichen und politischen Prozeß verstehbar zu machen. Der Tod der traditionellen Regulationstheorie markierte nichts anderes als das Ende traditioneller Formen der dominanten sozialen Konflikte und Kompromisse. Infolge von Globalisierungsprozessen verlaufen nun die gesellschaftlichen Spaltungs- und Kompromißlinien komplexer. Eine neue Qualität des historischen Wissens dieser Kämpfe steht auf der politischen und theoretischen Tagesordnung - auch einer neu zu formulierenden kritischen Theorie global-kapitalistischer Regulation.

Indem die Regulationstheorie gleichzeitig immer auch nach der Hegemonie fragt, kann sie nicht handlungstheoretisch auf die Klassenpraxen reduziert werden. *Hegemoniale gesellschaftliche Verhältnisse* und hegemoniale *Strukturen* des Weltsystems bilden zwei Seiten einer Medaille. "Hegemoniale Projekte" (Jessop 1990b: 207ff.) müssen eine Struktur des historischen Kapitalismus herausbilden, die dazu taugt, Akkumulation und Regulation zu einem "historischen Block" zu zementieren. Antonio Gramsci, dessen Analysen weitgehend auf den (italienischen) Nationalstaat begrenzt geblieben sind, verstand Hegemonie zunächst als kompromißgefütterte und konsensuale Beziehung gesellschaftlicher Klassen, in der Partikularinteressen als universelle Interessen dargestellt und akzeptiert werden. Es handelt sich um eine Form der Herrschaft, die auf der Ebene der Zivilgesellschaft immer wieder gewonnen und errungen werden muß. Hegemonie bezeichnet somit ein "bewegliches Gleichgewicht", das die gesellschaftlichen Kräftebeziehungen erhält. Hegemonie bezeichnet somit zunächst eine spezifische Form der *sozialen Beziehungen*. Hegemonie muß "als Bestandteil des Kapitalkreislaufes aufgefaßt werden, weil sie bestimmte Strategien der Kapitalakkumulation durch die Organisation einer spezifischen Koalition sozialer Kollektive (und subalternen Klassen und Gruppen) verallgemeinert und damit eine spezifische Form des Kapitalkreislaufs permanent macht. Hegemonie ... ist also nicht nur die Fähigkeit einer Klasse (oder eines Bündnisses), ihre Interessen als Interessen des ganzen Volkes darzustellen, sondern ein realer Prozeß der Verallgemeinerung von Interessen in einem instabilen Kompromißgleichgewicht" (Demirovic 1992: 153f.). Hegemonie muß aber auch als *Struktur* begriffen werden, indem das "hegemoniale Projekt" *Zwangsverhältnisse* für seine Durchsetzung organisiert. Nur auf dieser strukturellen Grundlage kann das "hegemoniale Projekt" die verschiedenen funktionalen Subsysteme, Organisationen und Identitäten der Gesamtgesellschaft penetrieren, die Grenzen ihrer Handlungsspielräume definieren und ihren Reproduktionsinteressen unterjochen. "In a hegemonic order each functional sub-system would, for example, retain its own 'code'; but its 'programme' would take account of wider social goals" (Jessop 1990b: 335f.).

Eine solche regulationstheoretische Perspektive steht in krassem Gegensatz zu ihrer Depravation zur (materialistischen) Institutionen-Lehre: "Critical perspectives upon international hegemony thus make central reference to a complex set of interconnections amongst a number of dimensions of human experience that are often viewed separately by more empiricist 'social science'. These interconnections do not entail vulgar conspiracies, or even require continuous recognition by their participants. The world of such 'hegemonies' is a holistic world in constant evolution" (Jones 1995: 193). Sie versteht sich als *Gesellschafts- und Machttheorie* des globalen Kapitalismus. Sie versucht die aufgrund von Globalisierungsprozessen eingeleitete neue Phase des historischen Kapitalismus als Gesellschaftsformation der Analyse zugänglich zu machen. "Eine *Gesellschaftsformation* ist das komplexe Ganze, das die ökonomischen, politischen und ideologischen Praxisformen an einem bestimmten Ort und in einem bestimmten Entwicklungsstadium umfaßt. Der historische Materialismus ist die Wissenschaft von den Gesellschaftsformationen", wie Nicos Poulantzas (1975: 360) glossarisch lapidar vermerkt.

Im Gegensatz nämlich zum Konzept der Produktionsweise, dessen "Bewegungsgesetze" im Marx'schen "*Kapital*" den Gegenstand bildete, setzt das Konzept der Gesellschaftsformation daran an, daß die historisch-konkrete Realität immer durch ein Zusammenspiel unterschiedlicher Entwicklungsstufen der Produktionsweisen und durch die Einbindung außerökonomischer Momente der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion "strukturiert" ist (ebd.: 9ff.) - durch Formen gesellschaftlicher und politischer Regulation also genauso wie durch die Verbindung unterschiedlicher Produktionsverhältnisse in den Weltmarktbeziehungen. Gesamtgesellschaftliche Realität wird so als "bestimmte und bestimmbare Totalität verstanden, die, wie Marx (1974: 21) in den "*Grundrissen zur Kritik der Politischen Ökonomie*" formulierte, der Analyse die Funktion zuweist, von einer "chaotischen Vorstellung eines Ganzen" zu einer "reichen Totalität von vielen Beziehungen und Bestimmungen" zu gelangen. Die Formierung der Gesellschaft, die Konstitution von Klassen und Klassenfraktionen, die sich letztlich in den politischen

Formen institutionell verdichten, wird dabei als Prozeß verstanden, indem die auf dem Weltmarkt vorherrschende Produktionsweise in Gestalt einer dominierenden Akkumulationsstrategie zu einer gesellschaftlichen und politischen Existenz findet und letztlich hegemoniale Verhältnisse und Strukturen hervorbringt. "Erst die Bestimmung vorherrschender hegemonialer Akkumulations- und dominierender Regulierungsweisen im historischen Kontext und in dynamischer Perspektive ... erlaubt es, einen systematischen Rahmen für eine angemessene Realanalyse der strukturellen und prozessualen, institutionellen und prozeduralen Veränderungen" des Weltsystems abzugeben (Schlupp 1992: 364).

4.2. Machtverhältnisse im globalen Kapitalismus: Forschungsorientierungen

Es gehörte zunächst zu den Gemeinplätzen neomarxistisch-orientierter Analysen globaler Beziehungen, daß Machtverhältnisse immer als doppelt zu begreifen und zu analysieren sind: als Klassenbeziehungen in der "Weltgesellschaft" und als hierarchische Verhältnisse im internationalen Staatensystem. Konflikte zwischen den Staaten werden im Anschluß an die Marx'sche Analyse des "*Bürgerkriegs in Frankreich*" (MEW 17: 313ff.) in letzter Konsequenz als Klassenkonflikte zwischen Kapital und Arbeit verstanden, die den Charakter nationaler Kontrolle des Kapitals über die Arbeit angenommen haben (Burnham 1994: 229). Dies impliziert die Vorstellung, die lange Zeit neomarxistische Analysen des globalen Systems getragen haben, daß die "internationale Hierarchisierung durchwoben (wird) von einer Klassenstruktur, sozusagen von der internationalisierten Verlängerung je nationaler Klassenstrukturen" (Gantzel 1975: 11).

Durch die Prozesse der Ökonomisierung der internationalen Beziehungen seit der Erosion der US-Hegemonie ist sowohl die Aktualität einer solchen Forschungsperspektive bestätigt worden, wie neue Anforderungen an die theoretischen Konzeptualisierungen und analytischen Programme gestellt wurden. Allgemein wird unter der Ökonomisierung der internationalen Beziehungen ein Prozeß der Intensivierung ökonomischer Austauschbeziehungen verstanden, der eine Dynamik der Einbeziehung bisher versperrter ökonomischer Räume und der Substitution vor allem militärischer Zwangsgewalt als Ressource staatlicher Machtpolitik durch ökonomische Zwangsmechanismen entfaltet (Gantzel 1991: 299). Die kritische Analyse globaler Machtverhältnisse mußte sich zunehmend weg von der relationalen (auf staatliche Einheiten und "Zwangsapparate" bezogenen und durch sie vollzogenen) Macht bewegen und die Analyse struktureller Formen der Macht in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses rücken.

Der Machtdiffusion im globalen System ist dabei zunächst insbesondere durch das Konzept der "*strukturellen Macht*" von Susan Strange (1988) Rechnung getragen worden. Strukturelle Macht verweist auf die Fähigkeit, Rahmenbedingungen vorzugeben und so, die Art und Weise des Handelns anderer zu bestimmen, indem strukturelle Margen gesetzt werden, "to change the range of choices open to others, without apparently putting pressure directly to take one decision or to make one choice rather than the other" (ebd.: 31). In der Strange'schen Perspektive gibt es vier Quellen dieser strukturellen Macht: "control over security; control over production; control over credit; and control over knowledge, beliefs and ideas" (ebd., 26). Jede für sich begründet eine eigene Machtstruktur innerhalb der Globalen Politischen Ökonomie. In den neomarxistischen Ausrichtungen der Erforschung struktureller Macht rückte dagegen die ökonomische Sphäre in das Zentrum des Erkenntnisinteresses. Das Grundproblem bestehe darin, "to theorize the complementary and contradictory relations between the power of states and the power of transnational capital" (Gill/Law 1989: 476). Indem sich der Weltmarkt zu einem eigenständigen Verwertungs- und Vergesellschaftungsraum entwickelt hat und traditionelle Strukturen *internationaler* Arbeitsteilung hinter sich läßt, stellt sich die Tatsache, daß er immer auch als "Kampffeld ungleicher Gruppen und Staaten, auf dem der Stärkere dem Schwächeren sein Gesetz auferlegt," (Ziebura 1973: 297) fungiert, grundlegend neu. Die Herausforderung

der Theoriebildung, "die Weltgesellschaft herrschaftssoziologisch aufzuschlüsseln" (Gantzel 1975: 12) muß das Verhältnis von hegemonialer Klasse und Staatensystem neu denken.

Die sich zunehmend transnational organisierenden gesellschaftlichen Kräfte schufen die Voraussetzung dafür, *weltgesellschaftliche* Beziehungen verstärkt ins Zentrum des Erkenntnisinteresses zu stellen. Mehr noch: sie ermöglichen, Analysekatgorien, die bislang der Erforschung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen auf nationalstaatlicher Ebene vorbehalten waren, auf die globale Ebene zu transportieren und traditionelle Vorstellungen globaler Hegemonie als staatsgebundener hinter sich zu lassen: "Wenn die rivalisierenden gesellschaftlichen Gruppen in zunehmendem Maße transnational organisiert sind, dann ist es eher eine transnationale Allianz, die eine andere dominiert, nicht so sehr ein Staat, der eine hegemoniale Position einnimmt" (Junne 1990: 366f.).

Dieser Umbruch globaler Hegemonie und die Erforschung des Neoliberalismus als einem neuen "hegemonialen Projekt" stehen im Zentrum neuerer Versuche, das gramscianische Hegemoniekonzept für die Erforschung globaler Beziehungen fruchtbar zu machen (Cox 1983; Gill 1993; Murphy/Tooze 1991; Overbeek 1993). Es handelt sich hierbei um Neubegründungen und Konzeptualisierungen politökonomischer Analysen globaler Beziehungen, die darauf abzielen, einen "offenen Marxismus" (Mandel/Agnoli 1980) als Überwindung geschichtsteologischer Deutungsmuster und einen transnationalen Historischen Materialismus (Gill 1991) zu begründen. Ihr zentrales Erkenntnisinteresse zielt auf die globalen Machtverhältnisse, auf die Frage, inwieweit mit der neoliberalen Restrukturierung neue Hegemonien herausgebildet werden konnten (Drainville 1994), also genau auf jene Fragenkomplexe, denen innerhalb der traditionellen Regulationstheorie nicht beizukommen war.

Zugestanden wird dabei, daß unter den Bedingungen der Nicht-Existenz eines Weltstaats und der nur rudimentär und darüberhinaus hochgradig fraktionierten transnationalen Zivilgesellschaft das Erreichen globaler Hegemonie ungleich schwieriger ist als auf nationaler Ebene (Gill 1991: 70). Ungeachtet dieser Schwierigkeiten aber richtet sich das zentrale Forschungsinteresse auf die gesellschaftlichen Verhältnisse der kapitalistischen Globalisierung. Die Gesellschaftsanalyse wird also aus ihrer traditionellen (nationalen) Verankerung, wie sie bei Marx, Gramsci oder innerhalb der Regulationstheorie noch bestand, gelöst und auf die Frage nach den Bedingungen, Restriktionen aber auch den Durchsetzungspotentialen hegemonialer Verhältnisse in der Weltgesellschaft zugespitzt. Ins Zentrum der Analysen treten auf der einen Seite die gesellschaftlichen Krisenprozesse, aber auch die Vergesellschaftungswirkungen kapitalistischer Akkumulation im Weltmaßstab.

Werden die von Gramsci analysierten komplexen Interaktionen der Teilsysteme einer Gesellschaftsformation zu einem "historischen Block" auf die Analyse globale Hegemonie übertragen, so bezeichnet Hegemonie das kohärente Zusammenwirken von ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen auf weltwirtschaftlicher Ebene. Robert W. Cox formulierte das zentrale Erkenntnisinteresse der neogramscianischen Globalen Politischen Ökonomie, indem er die gesellschaftliche Totalität von Hegemonie betonte: "Hegemony at the international level is thus not merely an order among states. It is an order within a world economy with a dominant mode of production which penetrates into all countries and links into other subordinate modes of production. It is also a complex of international social relationships which connect the social classes of the different countries. World hegemony is describable as a social structure, an economic structure, and a political structure; and it cannot be simply one of these things but must be all three" (Cox 1983: 172f.).

4.3. Hegemonie in der neogramscianischen Globalen Politischen Ökonomie

Die Theorie der Konstruktion globaler Hegemonie in der neogramscianischen Globalen Politischen Ökonomie unterliegt allerdings zunächst ähnlich der Regulationstheorie einem Strukturdefekt: sie ist aus der Analyse der US-Hegemonie entwickelt worden und konnte sich aus den Strukturen dieser historischen Epoche nicht lösen.

Robert W. Cox bestimmt zunächst globale Hegemonie als kompromiß- und konsensfundierte Kraft: "It means dominance of a particular kind where the dominant state creates an order based ideologically on a broad measure of consent, functioning according to general principles that in fact ensure the continuing supremacy of the leading state or states and leading social classes but at the same time offer same measure or prospects of satisfaction to the less powerful" (Cox 1987: 7). Durch weltwirtschaftliche Austauschbeziehungen werden dabei die sozialen Klassen der nationalstaatlich-verfaßten Gesellschaftsformationen in Beziehung gesetzt und hegemoniale Bündnisse geschlossen: "The social classes of the dominant country find allies in classes within other countries. The historic blocs underpinning particular states become connected through the mutual interests and ideological perspectives of social classes in different countries, and global classes begin to form" (ebd.). Mit der Konstruktion transnationaler Klassenbeziehungen schließlich wird staatliche Politik als Ausdruck (inner)gesellschaftlicher Beziehungen zum integralen Bestandteil einer grundlegenden *weltgesellschaftlichen* Dynamik: "An incipient world society grows up around the interstate system, and states themselves became internationalized in that their mechanisms and politics become adjusted to the rhythms of the world order" (ebd.).

Die Konstruktion einer kohärenten Beziehung von Ökonomie, Gesellschaft und Politik im Weltzusammenhang, mithin also der Herausbildung einer globalen Hegemonie, erfolgt so *ausgehend* von einem hegemonialen Staat. Globale Hegemonie setze seine Existenz voraus. Seine Herausbildung wird zur notwendigen, keineswegs aber hinreichenden Bedingung der Konstruktion globaler (Klassen-)Hegemonie (Cox 1981: 139). Globale Hegemonie sei aber immer "in its beginnings an outward expansion of the internal (national) hegemony established by a dominant social class" (Cox 1983, 171).

Diese aus der Analyse der fordistischen Epoche kapitalistischer Verallgemeinerung unter der US-Hegemonie gewonnenen Erkenntnisse, in der der Durchbruch zum (nationalen) fordistischen Wachstumsmodell in den USA bereits in den 30er Jahren gelang und von hier aus nach dem Zweiten Weltkrieg verallgemeinert werden konnte, führen, aus ihrem historischen Kontext gelöst, in die gleiche forschungsstrategische Sackgasse, in die auch die traditionelle Regulationstheorie geleitet wurde: die Analyse der global-kapitalistischen Restrukturierung kann allein als Auflösungs- und Krisenprozeß von Hegemonie analysiert werden, sofern kein Nationalstaat mehr in die Lage versetzt wird, auf der Grundlage einer dominanten sozialen Beziehung, gleich dem Fordismus in den USA, zu einer global zu realisierenden hegemonialen Position zu gelangen.

Um einen Weg aus dieser Sackgasse zu finden, wird zunehmend nach alternativen heuristischen Konzepten von globaler Hegemonie gesucht. Die an Gramsci angelehnte Kopplung der sozialen Kräfte an eine territoriale Einheit, allen voran den Nationalstaat, erweise sich unter den neuen Bedingungen globaler Integration der Märkte und neuer Formen globaler Machtentfaltung als "unbefriedigende Definition" (Gill 1991: 70). Die weltökonomische Restrukturierung "has created an new force-field of constraints, opportunities, and dangers, i.e., new conditions of existence für all states, groups, and classes in the system, as well as extending, albeit in still limited and contradictory ways, a growing structural power of internationally mobile capital" (ebd.: 62; Gill/Law 1989).

4.4. Neoliberale Verallgemeinerung: die Suche nach den Gründen

Letztlich lassen sich drei Positionen, die sich im Rahmen der Bemühungen um eine theoretisch-begriffliche Fassung des Problems der globalen Hegemonie unter den Bedingungen von "Globalisierung" und des sozialen Problems der Verallgemeinerung des Neoliberalismus herauskristallisieren, unterscheiden (ähnlich: Zieburra 1996):

Eine erste Position, die die Verallgemeinerung des Neoliberalismus darauf zurückführt, daß sich die Weltökonomie, indem sie sich zu einem eigenständigen Verwertungsraum und zur strukturalen Macht entwickelte, als vorherrschende "Definitionsmacht" etablieren kann (Narr/Schubert 1994). Der Weltmarkt wird zur wirkungsmächtigen Bezugsgröße der Entwicklung von Gesellschaft und Politik. Stephen Gill und David Law argumentieren in ihrer Konzeption strukturaler Macht des (transnationalen) Kapitals, daß es die Weltmarktbevægung des Kapitals selbst ist, die infolge einer grundlegenden Abschwächung der politischen Regulationen in der kapitalistischen Weltgesellschaft, die Macht erlangt hat, Rahmenbedingungen der gesellschaftlichen und politischen Existenzformen der Weltgesellschaft zu bestimmen. Sie thematisieren diesen Zusammenhang zwischen der grundlegenden Abschwächung politischer Regulationen und der Entwicklung strukturaler Macht des Kapitals, indem sie darauf hinweisen, daß "the bargaining power of transnational corporations would be reduced if most national governments were able to coordinate their regulations and financial concessions" (Gill/Law 1989: 485). Die für die Theoriebildung aber relevante Frage ist, welches gerade die Mechanismen und Strukturen des kapitalistischen Weltsystems sind, die dies verhindern und mittels kompetitiver Regulationsmodi die Durchsetzung der Symbiose aus Globalisierung und Neoliberalismus "besorgen". Innerhalb der Konzeptionen strukturaler Macht des transnationalen Kapitals bzw. des Weltmarkts aber sucht man nach Antworten hierauf vergeblich. Die Feststellung strukturaler Macht des Kapitals, so evident sie unter den herrschenden Bedingungen kapitalistischer Globalisierung auch ist, bildet also keine hinreichende theoretische Erklärung für den Prozeß neoliberaler Verallgemeinerung. Die Weltökonomie wird als fröhliche "black box" gehandelt, in die kein Licht gebracht werden kann. "Globalisierung" wird zum factum brutum. Erst die Klärung der Frage, durch welche Prozesse und Strukturen die strukturale Macht des Kapitals (der "Sachzwang Weltmarkt", Altvater 1987) auf allen Ebenen der Weltgesellschaft endogenisiert, durchgesetzt und durch welche Mechanismen sie abgesichert wird, kann hier zu einer tragfähigen Theorie des Weltmarkt(macht)zusammenhangs führen.

Eine zweite Position sieht die Verallgemeinerung des Neoliberalismus als Produkt einer in Gang gesetzten Weltvergesellschaftung. Die neoliberale Verallgemeinerung in der kapitalistischen Weltgesellschaft kann auf dieser Grundlage als neues hegemoniales Projekt identifiziert und als Ausdruck des Standpunkts des transnational zirkulierenden Kapitals (Overbeek/van der Pijl 1993: 15), konkreter: des verselbständigten Geldkapitals, strategischer Kapitalfraktionen der Investitionsgüterindustrie und des Finanzkapitals (van der Pijl 1979: 5) begriffen werden. Diesem Klassenbündnis einer "transnational managerial class" (Cox 1993: 261) gelingt es staatliche Repräsentanten und internationale Organisationen in das gemeinsame Interesse an der Globalisierung der Produktion einzubinden. Die Konstruktion dieser hegemonialen "Welt-Bourgeoisie" bleibt jedoch These. Ihre Konstitution kann theoretisch nicht befriedigend erörtert werden. Die Tatsache, daß aufgrund unterschiedlicher Klassenstrukturen, ökonomischer Ausgangslagen und gesellschaftlich-politischer Kräfteverhältnisse der globale Kapitalismus in mehrere "Kapitalismen" zerfällt, in denen spezifische soziale und politische Ausprägungen des auf den Weltmarkt gerichteten Akkumulationsprozesses vorherrschen (Albert 1992), impliziert nämlich auch unterschiedliche Interessen der als homogen unterstellten, auf Globalisierung drängenden "Welt-Bourgeoisie". Ihre Hegemonie wird letztlich so auf einen strukturellen Ausdruck einer Kapitalstrategie reduziert. Kapitalfraktionen werden zu Trägern von Strukturen, zu den eigentlichen Agenten der globalen Vergesellschaftung, schließlich zu "Strukturträgern der Vergesellschaftung" (Overbeek/van der Pijl 1993: 2).

Eine dritte Position schließlich insistiert auf die Notwendigkeit der Rückbindung von globaler Klassenhegemonie an die Nationalstaaten. Robert W. Cox interpretiert das sich in der europäischen Integration spiegelnde Zusammenwirken von Markt und Euro-Bürokratie als Ausdruck einer wirkenden Dominanz des Großkapitals und metropolitaner Staaten, insbesondere der Bundesrepublik, die von den USA als Kraft weltwirtschaftlicher Liberalisierung Rücken- deckung erhält (Cox 1993: 284). Ein wesentlicher Grund für diese unüberwindliche national- staatliche Struktur des globalen Kapitalismus liege in der Tatsache, daß der Weltmarkt als Kraft gesellschaftlicher Dekomposition fungiere. Anthony Giddens formuliert in seiner Kritik am Historischen Materialismus, daß "'capitalist society' is a 'society' only because it is also a nation-state, having delimited borders, which mark off its sovereignty from that claimed by other nation-states" (Giddens 1985: 141) und kommt damit zu einem gleichen Schluß wie viele neomarxistische Analysen des Internationalisierungsprozesses: "Die Tendenz zur Internationa- lisierung der Produktion unterhöhlt ständig die Struktur des Staatensystems und beruht gleich- zeitig darauf (Hirsch 1995: 34). Die Organisation klassenübergreifender Bündnisse als Aus- drucksformen des sozialen Kompromisses und elementare Bedingung hegemonialer Verhältnisse bleibt den bestehenden Nationalstaaten vorbehalten (Hirsch 1993: 200f.) und könne nicht im Prozeß kapitalistischer Globalisierung erreicht werden.

Tatsächlich spiegeln diese drei Positionen die Komplexität des Prozesses der Konstruktion globaler *Hegemonialverhältnisse und -strukturen* wider. Erst aber durch eine theoretische Be- stimmung dieser Komplexität werden befriedigende Antworten auf die entscheidende Frage zu erhalten sein: die Frage nämlich, wie die Kräfte des Neoliberalismus und der Globalisierung zusammenwirken und sich schließlich zu einem Kompositum verdichten. Dies wird jedoch nur gelingen, wenn ein integraler Ansatz der Globalen Politischen Ökonomie entwickelt wird, der als kritische Theorie global-kapitalistischer Regulation den gesellschaftlichen und politischen *Prozeß* kapitalistischer Globalisierung in seiner Komplexität aus hegemonialen Gesellschafs- verhältnissen und Strukturen, mit denen diese Verhältnisse als "Zwangsmechanismus" abgesi- chert werden, thematisiert.

4.5. Für einen integralen Ansatz der Globalen Politischen Ökonomie

Die analytische Ebene einer kritischen Theorie kapitalistischer Regulation und Globalisierung ist die *Weltgesellschaft*. Weltgesellschaft bezeichnet dabei keine vorfindbare, empirische Realität; Weltgesellschaft als "Begriff von der Sache" (Adorno) bedeutet zunächst nichts anderes als eine gesamtgesellschaftliche Analysekategorie. Eine Theorie kapitalistischer Weltvergesell- schaftung kommt zunächst nicht umhin, die ihr eingeschriebenen Tendenzen nationalstaatlicher und sozialer Fraktionierungen mitzudenken. Theorien kapitalistischer Weltgesellschaft haben sich also damit auseinanderzusetzen, daß ihr "Material", die "Globalität", eine fragmentierte ist. Das *analytische* Konzept der Weltgesellschaft ermöglicht dabei, Weltvergesellschaftung nicht als linearen Prozeß der Bildung einer homogenisierten Weltbourgeoisie zu begreifen, sondern als widersprüchlichen und konfliktgeladenen Prozeß hierarchisierter und fragmentierter Verge- sellschaftung, der aber genau darüber in der Lage ist, einen globalen Herrschaftszusammen- hang festzuzurren.

Analog zur Vorstellung des "integralen Staates" bei Gramsci als "*Hegemonie gepanzert mit Zwang*" und dem Konzept von Hegemonie als spezifischer Verbindung von gesellschaftlichem Verhältnis und strukturellen Komponenten des kapitalistischen Weltsystems (siehe 4.1.) lassen sich mit dem Begriff der "transnationalen Herrschaftssynthese" Elemente eines integralen An- satzes der Globalen Politischen Ökonomie resp. einer kritischen Theorie global-kapitalistischer Regulation formulieren. Unter einer transnationalen Herrschaftssynthese wird "eine relativ stabile Konfiguration von Gruppen mit kompatiblen Interessenlagen einschließlich der Mecha- nismen der internen und externen Stabilisierung solcher Koalitionen" (Zieburá et al. 1974: 27)

verstanden. Es kann also gelingen, (transnationale) Gesellschaftstheorie und strukturelle Analyse des Weltsystems zu verbinden und gleichzeitig so dem klärungsbedürftig gebliebenen Phänomen des Durchsetzungsprozesses neoliberaler Verallgemeinerung (trotz seiner vielfach konstatierten und deklarierten Krisen und seiner tatsächlichen Implementation mit Versatzstücken des Neokonservatismus und des "autoritären Etatismus") auf die Schliche zu kommen. Zu klären ist gleichsam die Frage seiner Stabilität, die angesichts der sich zuspitzenden Krisen sozialer Integration in den Metropolen sowie den Tendenzen sozialer Verelendung in den Peripherien nicht langfristig erschüttert werden konnte - auch der "französische Dezember 1995" als Aufstand einer Gesellschaft gegen die neoliberale "Tyrannei der Globalisierung" (*Le Monde diplomatique*) entschleunigt allenfalls den Prozeß seiner Durchsetzung. Die "herrschaftssoziologische Aufschlüsselung der Weltgesellschaft" (Klaus-Jürgen Gantzel) aus Neoliberalismus und Globalisierung erfolgt, indem Vergesellschaftungsprozesse, die unmittelbar der global-kapitalistischen Produktion Transnationaler Konzerne entspringen und kompatible Interessenlagen im transnationalen Raum produzieren, mit den strukturellen Mechanismen weltökonomischer Abhängigkeit (Hierarchien, Außenbestimmung, Verringerung des Handlungsspielraums), die die neoliberale Herrschaftssynthese absichern, analytisch rückgekoppelt werden.

Die Globalisierungsprozesse des Kapitalismus müssen dabei zunächst in ihrer Dialektik von Kräften der Vereinheitlichung und von Tendenzen der Fraktionierung begriffen werden. Bob Jessop folgend ist die politische Struktur der kapitalistischen Weltgesellschaft durch zwei widerstreitende Tendenzen charakterisiert: "Erstens, daß der Nationalstaat immer noch über einen Großteil seiner nationalen Souveränität verfügt (obgleich als einer zunehmend untauglichen, primär juristischen Fiktion, die durch gegenseitige Anerkennung innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft reproduziert wird); und zweitens, daß die Kapazitäten des Nationalstaats zur Umsetzung seiner Macht selbst innerhalb seiner eigenen Grenzen durch eine komplexe Kräfteverschiebung nach oben, unten und außen immer mehr eingeschränkt werden: Einige staatliche Kapazitäten verlagern sich auf panregionale, plurinationale oder internationale Gremien; andere werden auf lokale oder regionale Ebenen innerhalb des Nationalstaats übertragen; und wieder andere werden von entstehenden horizontalen Netzwerken der Macht - lokaler oder regionaler Art - übernommen, die die zentrale Staatsgewalt umgehen und lokale und regionale Einheiten in verschiedenen Staaten miteinander verbinden" (Jessop 1994: 68). Es sind so letztlich drei Strukturelemente, die den Prozeß kapitalistischer Globalisierung charakterisieren: erstens die Tatsache, daß die Entwicklung des *Weltmarkts zu einem eigenständigen Verwertungsraum* mit intensivierten Beziehungen der ökonomischen Akteure im transnationalen Raum einhergeht, die den Nationalstaat zur "juristischen Fiktion" degradieren und *lokale Akteure* "aufwerten". Zweitens aber die Tatsache, daß der *Nationalstaat* infolge der kapitalistischen Globalisierung nicht verschwindet, sondern Element der Weltmarkttotalität, wenn auch mit veränderten Formen und Funktionen, bleibt. Drittens schließlich die Tatsache, daß mit der *transnationalen Politikverflechtung* neue Formen der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung entstanden sind.

Die Herausbildung einer global integrierten Produktionsstruktur der kapitalistischen Weltökonomie infolge des drastischen Anstiegs ausländischer Direktinvestitionen in den 80er und 90er Jahren ist als grundlegende Transformation der global-arbeitsteiligen Strukturen des Kapitalismus zu verstehen. Zunächst nämlich "erhält die internationale Arbeitsteilung dadurch eine neue Gestalt, daß sie nicht, wie in der Vergangenheit, komplementär oder substitutiv ausfällt, sondern innerhalb der Transnationalen Konzerne oder von TNK-Konglomeraten gestaltet wird" (Ziebura 1996). Indem aber so transnationale Wertschöpfungsketten durch die TNKs neu entstehen, muß die traditionelle Vorstellung von den Funktionsmechanismen weltwirtschaftlicher Dominanz und Abhängigkeit reformuliert werden. Die Setzung weltwirtschaftlich gültiger Produktions- und Tauschnormen erfolgt nicht mehr durch eine nationalstaatlich regulierte Ökonomie, sondern originär durch die transnationale Produktionsstruktur der TNKs. Es ist weniger

"die Produktionsweise der Metropolen, (die) sich unter einer spezifischen Form im Innern der beherrschten und abhängigen Formationen selbst reproduziert" (Poulantzas 1974: 90), sondern eine von den metropolitanen Staaten weitgehend verselbständigte Weltmarktakkumulation, die in allen weltmarktintegrierten Gesellschaftsformationen Klassenallianzen hervorbringt, von denen die "postfordistische" Struktur der Akkumulation ausgeht. Sie bilden sich entlang der global-kapitalistischen Dynamik um die Transnationalen Konzerne. Die vormals über die nationalen Sozialstaaten integrierten Gesellschaften differenzieren sich aus. Lokaler Politik und lokal organisierter sozialer Kräfte gelingt es, "die konkurrenzfähigsten Bereiche der nationalen Wirtschaft von der Last nationaler Regulierung und Umverteilungspolitik zu befreien, um ihnen eine bessere Ausgangsposition auf dem Weltmarkt zu sichern (Junne 1996: 529), also das gesellschaftliche Bündnis weltmarktdominierender Akkumulation zu gestalten.

Indem durch diese Form der Weltmarktintegration die Nationalstaaten zwar ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Steuerungssouveränität enthauptet werden, aber als formal-souveräne Nationalstaaten fortbestehen, gleichzeitig die transnationalen Wertschöpfungsketten nicht über alle formalen Nationalstaaten und -ökonomien gleich verteilt sind, werden *internationale* Hierarchien reproduziert. Die Hierarchie der *internationalen* Arbeitsteilung stellt sich dabei nicht mehr unmittelbar als Hierarchie nationalstaatlich homogenisierter Ökonomien dar, sondern als Hierarchie gesellschaftlicher Spaltungsverhältnisse von Nationalstaaten. Innerhalb eines solchen hierarchisierten Staatensystems aber sind die Handlungsspielräume und Wohlstandsgewinne ungleich verteilt. Während in den metropolitanen Staaten *hegemoniale Bündnisse des Neoliberalismus* geschlossen werden können, bedarf deren Durchsetzung in den weltwirtschaftlichen Peripherien Zwangsmechanismen, die einen *internationalen* Vereinheitlichungszwang herstellen, der auf die politische Durchsetzung liberal-kapitalistischer Entwicklungsmuster abzielt.

Der "Adressat" dieser Zwangsmechanismen ist der nationale Staat. Die neoliberale Herrschaftssynthese wird über die Nationalstaaten exekutiert. Die Nationalstaaten bleiben "transmission belts from the global into the national economic spheres". Die nationalstaatliche Regulation verschwindet nicht; sie verändert ihre Form und Funktion. Ihre Funktion besteht darin, die weltwirtschaftlich hegemoniale Regulation "mit den überkommenen Institutionen des Staates und den bestehenden innergesellschaftlichen Kräfteverhältnissen (zu) vereinbaren" (Ziebura 1992: 484). Das hierarchische Staatensystem bleibt als elementare Voraussetzung kapitalistischer Verallgemeinerung unabdingbar: es ist allein das hierarchisierte System der internationalen Arbeitsteilung (Beaud 1987), in dem über das Diktat der Zahlungsbilanz politische Handlungsspielräume machtvoll gesetzt werden können. Die Machtentfaltung des "Casino-Kapitalismus" setzt die nationalstaatliche (Währungs-)Hierarchisierung ebenfalls voraus. Der Neoliberalismus kann so in Weltregionen durchgesetzt werden, in denen er keinen hegemonialen Gesellschaftskompromiß im Nationalstaat darstellt, sondern sogar soziale Konflikte der Globalisierung verschärft.

Die im Zuge der zunehmend transnationalen Politikverflechtungen ausgebildeten "politischen Arenen" schließlich vermögen der neoliberalen Herrschaftssynthese einen politisch-institutionellen Ausdruck zu verleihen. Allgemein kann unter einer politischen Arena zunächst "derjenige politische Handlungsraum (verstanden werden), in dem bestimmte gesellschaftliche Problemklassen politisch thematisiert werden und der bestimmte Charakteristika und 'constraints' des Problemformulierungs-, Entscheidungs- und Implementationsprozesses aufweist" (Kitschelt 1980: 18). Die Vielzahl von politischen Verhandlungssystemen und Netzwerken, die zwischen den staatlichen Regulationsinstanzen sowie zwischen Staat und Gesellschaft ausgebildet wurden, fungieren als politische Räume, in denen sich auf der einen Seite die globalen Kapital- und Finanzverflechtungen als politische Gewalten konstituieren konnten, auf der anderen Seite aber auch durch Formen gemeinsamer Erarbeitung von Politikzielen, heterogene und konfligierende Interessen gebündelt und "auf eine Linie" gebracht werden konnten.

Insbesondere die im Zuge des doppelten Prozesses von Globalisierung und Lokalisierung herausgebildeten subnationalen Einheiten können politisch thematisiert werden. Die europäische Integration wurde auf diesem Wege zu einem Ort, an dem eine hegemoniale Akkumulation durch die Bündelung konfligierender Triadisierungsinteressen aus den EG-Metropolen (Frankreich, Bundesrepublik) und ihrer Vermittlung mit den Europäisierungsinteressen der südeuropäischen Peripherie (Spanien) hegemonial durchgesetzt und abgesichert wurde. Die europäische Integration fungierte so gleichzeitig als Ort, an dem gesellschaftliche Kompromisse und politische Regulationsweisen verhandelt und hegemoniale Verhältnisse verstetigt (Röttger 1993), also konsensuale Formen der Herrschaft etabliert werden.

Eine kritische Theorie global-kapitalistischer Regulation, die den gesellschaftlichen und politischen Prozeß des Weltmarkts thematisiert, kommt nicht umhin festzustellen, daß die postfordistische Akkumulation des Weltmarkts im Projekt der Symbiose aus "Globalisierung" und Neoliberalismus zu einer neuen Regulation gefunden hat. Die sich aus der fordistischen Krise entfaltende strukturelle Macht des transnationalen Kapitals bewirkt zunächst die Erneuerung und Intensivierung transnationaler Gesellschaftsallianzen, die sich entlang der global-kapitalistischen Dynamik um die Transnationalen Konzerne bilden und in Lokalisierungsprozessen politisch exekutieren; sie sind es, die eine grundlegende Erneuerung des politischen Systems der Weltgesellschaft bewirken. Gleichzeitig werden Mechanismen der inneren und äußeren Stabilisierung der neuen transnationalen Herrschaftssynthese produziert: zum einen nämlich werden in der herausgebildeten transnationalen Politikverflechtung die Modernisierungs- und Weltmarktgewinner gesammelt und vereint, quasi als "gesellschaftliche Problemklassen politisch thematisiert"; zum anderen gelingt es dieser neoliberalen Herrschaftssynthese über die Hierarchisierung des (verbleibenden) Staatensystems eine Unterwerfung der subalternen Kräfte zu erzeugen. Detaillierte Analysen zu den Funktionsmechanismen und vor allem den Widersprüchen der neoliberalen Herrschaftssynthese stehen weitgehend aus. Mit den beschriebenen Elementen eines integralen Ansatzes der Globalen Politischen Ökonomie ist aber meines Erachtens das Feld umrissen, an dem sie ihre Fragestellungen orientieren und ihre Forschungsprogramme abarbeiten können.

5. Schlußbemerkungen

Globaler Politischer Ökonomie kommt das Verdienst zu, die weltgesellschaftlichen Umbrüche infolge von Globalisierungsprozessen nicht als gesellschaftlichen Wandel lediglich zu beschreiben, sondern als Umbrüche in den gesellschaftlichen Machtverhältnissen transparent machen zu können. Eine erneuerte kritische Theorie der Regulation kann darüber hinaus den gesellschaftlichen und politischen Prozeß kapitalistischer Akkumulation "auf den Begriff bringen" und so den Weltmarkt als gesellschaftliche Totalität verhandeln.

Zwar gelang es solchen Analysen bisher, den Blick für die Bildung "herrschender Blöcke" zu schärfen; Bedingungen ihrer Auflösung und der Konstruktion einer "counter-hegemony" allerdings konnten kaum entwickelt werden. Eine Dialektik des Widerstands, die das Ziel einer alternativen Hegemonie und der Befreiung der Gesellschaft von der Herrschaft verfolgt, steht erst am Anfang. Die Prozesse "reeller Subsumtion" (Marx) scheinen gefestigter denn je. Nicht umsonst gereicht der von Herbert Marcuse perhorreszierte "eindimensionale Mensch" zu neuer Aktualität (Hirsch 1995: 161). Eine Dialektik des Widerstands bedarf also zuvorderst des "Kaputtdenkens" (Immanuel Wallerstein) und des "Geistes des Bruchs" (Antonio Gramsci), mithin einer hegemonialen Konfrontation mit dem "Wahrheitsregime" der "Globalisierung". Die (notwendige) Entwicklung von Konzeptionen alternativer Artikulationsverhältnisse von Globalem, Regionalem und Nationalem und ihre Bündelung zu einem alternativen Entwicklungsprojekt setzt den Bruch mit der kapitalistischen Form der Globalisierung voraus, der nur auf der

Grundlage eines Bruchs mit ihren positivistischen Konzeptualisierungen und der in ihr realisierten sozialen Bündnisstruktur möglich wird.

In der traditionellen gramscianischen Genealogie des Kampfes der Arbeiterklasse um die Hegemonie stellt dieser "Geist des Bruchs" einen zwar nur ersten, aber nichtsdestotrotz notwendigen Schritt im gesellschaftlichen Konflikt um die "counter-hegemony" dar. Es bleibt allerdings die Frage, ob die Widersprüche der transnationalen Vergesellschaftung hierfür Handlungsspielräume eröffnen, oder ob nicht die kapitalistische Globalisierung und die sich in ihr entfaltende neoliberale Hegemonie das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit inzwischen so nachhaltig zugunsten einer strukturell unterfütterten Bestimmungsmacht des Kapitals verschoben haben, daß der von Gramsci beschriebene "gewaltige Komplex von Schützengräben und Befestigungsanlagen" der fortgeschrittenen Staaten der 20er Jahre inzwischen eher der Sicherungsanlage eines Kioskes gleicht? So erhält die Bemerkung Theodor W. Adornos, daß der Verzicht auf eine kritische Theorie der Gesellschaft resignativ sei: "man wagt das Ganze nicht mehr zu denken, weil man daran verzeifeln muß, es zu verändern" (Adorno 1976b: 142), eine neue (grausame) Aktualität. Angesichts der (vielleicht privilegierten) Einsichten in die Mesalliance aus sozial desaströsen Kräften und gleichzeitigen Stabilitätsreserven des herrschenden Projekts der Globalisierung als einer "Hegemonie gepanzert mit Zwang" mag Heiner Müllers "Hamletmaschine" denen aus der Seele sprechen, die noch einer kritischen Theorie der Gesellschaft und der kapitalistischen Regulation verpflichtet sind und sich nicht auf den von Adorno gegeißelten "Dienst des Bestehenden" vereidigen lassen: "In der Einsamkeit der Flughäfen / Atme ich auf - Ich bin / Ein Privilegiertes - Mein Ekel / Ist ein Privileg" (Müller 1978: 96).

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1976a: Soziologie und empirische Forschung, in: ders. et al., *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, 5. Auflage, Darmstadt und Neuwied, 81-101.
- Adorno, Theodor W. 1976b: Zur Logik der Sozialwissenschaften, in: ders. et al., *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, 5. Auflage, Darmstadt und Neuwied, 125-143.
- Aglietta, Michel 1975: *Problématique de la valeur*, in: Weiller, Jean / Coussy, Jean (ed.), *Économie internationale. Automatismes et structures (faits, théorie et politiques)*, Paris, 260-285.
- Aglietta, Michel 1979a: *A Theory of Capitalist Regulation, The US Experience*, London.
- Aglietta, Michel 1979b: Die gegenwärtigen Grundzüge der Internationalisierung des Kapitals. Die Wertproblematik, in: Deubner et al. (1979), 70-124.
- Aglietta, Michel 1982: World Capitalism in the Eighties, in: *New Left Review*, Vol. 136, 5-41.
- Aglietta, Michel 1994: De 'Régulation et crises du capitalism' à la 'Violence de la monnaie' et au-delà, in: ders. et al. (1994), 47-70.
- Aglietta, Michel et al. 1994: *École de la régulation et critique de la raison économique*, Paris.
- Albert, Michel 1992: *Kapitalismus contra Kapitalismus*, Frankfurt/M..
- Altwater, Elmar 1981: Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution, in: *Prokla*, H. 44, 5-23.
- Altwater, Elmar 1983: Bruch und Formwandel eines Entwicklungsmodells. Die gegenwärtige Krise ist ein Prozeß gesellschaftlicher Transformation, in: Hoffmann, Jürgen (Hg.), *Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression. Analysen und Kontroversen zur Krisentheorie*, Hamburg, 217-252.
- Altwater, Elmar 1987: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung und ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien, Hamburg.
- Altwater, Elmar 1988: Die Enttäuschung der Nachzügler oder: Der Bankrott "fordistischer" Industrialisierung, in: Mahnkopf, Birgit (Hg.), *Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation*, Münster, 144-181.

- Arrighi, Giovanni 1993: The three hegemonies of historical capitalism, in: Gill (1993), 148-185.
- Arrighi, Giovanni 1994: The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of Our Times, London.
- Ashley, Richard K. 1984: The Poverty of Neorealism, in: International Organizations, Vol. 38, 225-286.
- Balibar, Etienne 1993: Die Grenzen der Demokratie, Hamburg.
- Balibar, Etienne / Wallerstein, Immanuel 1990: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg.
- Beaud, Michel 1987: Le système national/mondial hiérarchisé, Paris.
- Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft, Frankfurt/M..
- Becker, Uwe 1989: Akkumulation, Regulation und Hegemonie. Logische Korrespondenz der historische Konstellation?, in: PVS, H. 2/1989, 230-253.
- Blanke, Bernhard / Jürgens, Ulrich / Kastendiek, Hans 1975: Kritik der Politischen Wissenschaft. Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft, 2 Bde., Frankfurt/M..
- Bloch, Ernst 1980: Abschied von der Utopie? Vorträge, Frankfurt/M..
- Bonder, Michael / Röttger, Bernd / Ziebur, Gilbert 1993: Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft. Kritik des globalen Institutionalismus, in: Prokla, H. 91, 327-441.
- Bourdieu, Pierre 1989: Satz und Gegensatz. Über die Verantwortung des Intellektuellen, Berlin/W..
- Boyer, Robert 1986: La Théorie de la régulation. Une analyse critique, Paris.
- Buci-Glucksmann, Christine / Therborn, Göran 1982: Der sozialdemokratische Staat. Die "Keynesianisierung" der Gesellschaft, Hamburg.
- Burnham, Peter 1994: Open Marxism and vulgar international political economy, in: Review of International Political Economy, Vol. 1, 221-231.
- Cohen, Benjamin J. 1990: The Political Economy of International Trade, in: International Organization, Vol. 44, No. 2, 261-281.
- Cox, Robert W. 1981: Social Forces, States and World Orders: Beyond international relations Theory, in: Millennium. Journal of International Studies. Vol. 10, No. 2, 126-155.
- Cox, Robert W. 1983: Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method, in: Millennium: Journal of International Studies Vol. 12, No. 2, 162-175.
- Cox, Robert W. 1987: Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History, New York.
- Cox, Robert W. 1993: Structural Issues of Global Governance: Implications for Europe, in: Gill (1993), 259-289.
- Czempiel, Ernst-Otto 1986: Der Stand der Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen und der Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: von Beyme, Klaus (Hg.), Politikwissenschaft in der Bundesrepublik, PVS-Sonderheft 17, Opladen, 250-263.
- Davis, Mike 1986: Phoenix im Sturzflug. Zur politischen Ökonomie der Vereinigten Staaten in den 80er Jahren. Berlin/W..
- Demirovic, Alex 1992: Regulation und Hegemonie. Intellektuelle, Wissenspraktiken und Akkumulation, in: ders. et al. (1992), 128-157.
- Demirovic, Alex et al. 1992: (Hg.), Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß, Münster.
- Deppe, Frank 1991: Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung, Marburg.
- Deubner, Christian et al. 1979: Die Internationalisierung des Kapitals. Neue Theorien in der internationalen Diskussion, Frankfurt/M..
- Drainville, André C. 1994: International political economy in the age of open Marxism, in: Review of International Political Economy, Vol. 1, No. 1, 105-132.
- Esser, Josef / Görg, Christoph / Hirsch, Joachim 1994: (Hg.), Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg.
- Foucault, Michel 1978: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin/W..

- Foucault, Michel 1981, *Archäologie des Wissens*, Frankfurt/M..
- Foucault, Michel 1991, *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt/M..
- Galtung, Johan 1972: Eine strukturelle Theorie des Imperialismus, in: Senghaas, Dieter (Hg.), *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*, Frankfurt/M., 29-104.
- Gantzel, Klaus-Jürgen 1975: (Hg.), *Herrschaft und Befreiung in der Weltgesellschaft*, Frankfurt/M..
- Gantzel, Klaus-Jürgen 1991: Thesen und Fragen, in: Calließ, Jörg (Hg.), *Weltsystem und Weltpolitik jenseits der Bipolarität. Loccumer Protokolle 19/1991*, 286-305.
- Gauron, André et al. 1993: *Changer d' Économie*, Paris.
- Gill, Stephen 1991: Historical Materialism, Gramsci, and International Political Economy, in: Murphy/Tooze (1991), 51-75.
- Gill, Stephen 1993: (ed.), *Gramsci, historical materialism and international relations*, Cambridge.
- Gill, Stephen / Law, David 1988: *The Global Political Economy. Perspectives, Problems and Policies*, Baltimore.
- Gill, Stephen / Law, David 1989: Global Hegemonie and the Structural Power of Capital, in: *International Studies Quarterly*, Vol. 33, 475-499.
- Gilpin, Robert G. 1984: The richness of tradition of political realism, in: *International Organization*, Vol. 38, 287-304.
- Giddens, Anthony 1985: *The Nation-state and Violence. A Contemporary Critique of Historical Materialism*, Vol. 2, Oxford.
- Glyn, Andrew et al. 1990: The Rise and Fall of the Golden Age, in: Marglin, Stephen A. / Schor, Juliet B. (eds.), *The Golden Age of Capitalism. Reinterpreting the Postwar Experience*, Oxford, 39-125.
- Görg, Christoph 1994: Der Institutionenbegriff in der "Theorie der Strukturierung", in: Esser/Görg/Hirsch (1994), 31-84.
- Görg, Christoph 1995: Plädoyer für Gesellschaftstheorie. Eine Replik auf Christoph Scherrer, in: *Prokla*, H. 101, 625-643.
- Gramsci, Antonio 1992: *Gefängnishefte*, 6 Bde., Hamburg.
- Habermas, Jürgen 1968: *Erkenntnis und Interesse*, Frankfurt/M..
- Habermas, Jürgen 1969: *Technik und Wissenschaft als "Ideologie"*, Frankfurt/M..
- Hein, Wolfgang 1994: Ungleichzeitige Entwicklung(en): Weltgesellschaftlicher Umbruch und die Schwierigkeiten auf dem Wege zu einer neuen Weltordnung, in: ders. (Hg.), *Umbruch in der Weltgesellschaft. Auf dem Wege zu einer "Neuen Weltordnung"?*, Hamburg, 3-44.
- Hilferding, Rudolf 1968: *Das Finanzkapital (Orig.1910)*, Frankfurt/M..
- Hirsch, Joachim 1993: Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus, in: *Das Argument*, Nr. 198, 195-222.
- Hirsch, Joachim 1995: *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin.
- Hirsch, Joachim / Roth, Roland 1986: *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*, Hamburg.
- Holman, Otto / van der Pijl, Kees 1992: *Restructuring the Ruling Class and the European Unification*. University of Amsterdam. Department of International Relations & Public International Law, working paper No. 28, December.
- Horkheimer, Max 1980a: Traditionelle und kritische Theorie, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, Jg. 6 (1937), 245-294, (Nachdruck: München).
- Horkheimer, Max 1980b: Zum Problem der Voraussage in den Sozialwissenschaften, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, Jg. 2 (1933), 407-412, hier: 407f. (Nachdruck: München).
- Jessop, Bob 1990a: Regulation Theory in Retrospect and Prospect, in: *Economy and Society*, Vol. 19, 153-216.
- Jessop, Bob 1990b: *State Theory. Putting Capitalist States in their Place*, Pennsylvania.

- Jessop, Bob 1994: *Veränderte Staatlichkeit. Veränderungen von Staatlichkeit und Staatsprojekten*, in: Grimm, Dieter (Hg.), *Staatsaufgaben*, Baden-Baden, 43-73.
- Jones, R.J. Barry 1995: *Globalisation and Interdependence in the International Political Economy*, London.
- Junne, Gerd 1990: *Theorien über Konflikte und Kooperation zwischen kapitalistischen Industrieländern*, in: Rittberger, Volker (Hg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven*, PVS-Sonderheft 21, Opladen, 353-371.
- Junne, Gerd 1996: *Integration unter den Bedingungen von Globalisierung und Lokalisierung*, in: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hg.), *Europäische Integration*, Opladen, 513-530.
- Keohane, Robert O. 1993: *The Analysis of International Regimes. Towards a European-American Research Programme*, in: Rittberger, Volker (ed.), *Regime Theory and International Relations*, Oxford, 23-45.
- Kitschelt, Herbert 1980: *Kernenergiepolitik. Arena eines gesellschaftlichen Konflikts*. Frankfurt/M./ New York.
- Kößler, Reinhart / Melber, Henning 1993: *Chancen internationaler Zivilgesellschaft*, Frankfurt/M..
- Kohler-Koch, Beate 1989: *Zur Empirie und Theorie internationaler Regime*, in: dies. (Hg.), *Regime in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden.
- Kreile, Michael 1989: *Regime und Regimewandel in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen*, in: Kohler-Koch, Beate (Hg.), *Regime in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden, 89-103.
- Krippendorff, Ekkehart 1984: *Polit-ökonomische Analyse*, in: *Pipers Wörterbuch zur Politik*. Hrsg. von Dieter Nohlen, Bd. 5: *Internationale Beziehungen. Theorien - Organisationen - Konflikte*. Hrsg. von Andreas Boeck, München, 396-401.
- Lipietz, Alain 1980: *La double complexité de la crise*, in: *Les Temps Modernes*, Juni 1980, 2212-2246.
- Lipietz, Alain 1984a: *L'audace ou l'enlèvement. Sur les politiques économiques de la gauche*, Paris.
- Lipietz, Alain 1984b: *La Mondialisation de la crise générale du Fordisme*, in: *Les Temps Modernes*, No. 459, 696-736.
- Lipietz, Alain 1985: *Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff "Regulation"*, in: *Prokla*, H. 58, 109-137.
- Lipietz, Alain 1986: *Mirages et miracles. Problèmes de l'industrialisation dans le tiers monde*, Paris.
- Lipietz, Alain 1991: *Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit am Vorabend des 21. Jahrhunderts*, in: *Leviathan*, H. 1, 78-101.
- Lipietz, Alain 1993: *Changer d'économie*, in: Gauron et al. (1993), 85-100.
- Lipietz, Alain 1994a: *The National and the Regional: Their Autonomy Vis-à-vis the Capitalist World Crisis*, in: Palan, Ronen P. / Gills, Barry (eds.), *Transcending the State-Global Divide. A Neostructuralist Agenda in International Relations*, London, 23-43.
- Lipietz, Alain 1994b: *De l'approche de la régulation à l'écologie politique: une mise en perspective historique*, in: Aglietta et al. (1994), 71-99.
- List, Martin et al. 1995: *Internationale Politik. Grundprobleme und Grundbegriffe*, Opladen.
- Luxemburg, Rosa 1980: *Die Akkumulation des Kapitals*, GW Bd.5, 5-411.
- Mandel, Ernest / Agnoli, Johannes 1980: *Offener Marxismus. Ein Gespräch über Dogmen, Orthodoxie und die Häresie der Realität*, Frankfurt/M..
- Marx, Karl 1974: *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie*, Berlin/DDR.
- Mazier, J. et al. 1982: *Les deux crises des années 1930 et des années 1970. Une analyse en sections productives dans le cas de l'économie française*, in: *Revue économique*, No. 2, 234-273.
- Mehring, Franz 1980: *Ein neues Werk von Karl Marx*, in: ders., *Gesammelte Schriften Bd. 4*, Berlin/DDR, 24-29.
- Meuret, Denis 1994: *Eine politische Genealogie der Politischen Ökonomie*, in: Jacques Donzelot et al., *Zur Genealogie der Regulation. Anschlüsse an Michel Foucault*, Mainz, 13-53.
- MEW: *Marx-Engels-Werke*, Berlin/DDR.

- Meyers, Reinhard 1989: Wie viele Schwalben machen einen Sommer? (Re-)Naissance der Internationalen Politischen Ökonomie, in: Neue Politische Literatur, Jg. 34, H. 1, 5-40.
- Meyers, Reinhard 1994: Virtuelle Scheingefechte im ontologischen Cyberspace? Nachfragen zum Duktus und zum Gehalt einer Theoriedebatte, in: ZIB, Jg. 1, H.1, 127-137.
- Mistral, Jacques 1986: Regimes international et trajectoires nationales, in: Boyer, Robert (ed.), Capitalism fin de siècle, Paris, 167-202.
- Müller, Harald 1994: Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: ZIB, 1. Jg., H. 1, 15-44.
- Müller, Heiner 1977: Motiv bei A.S., in: ders., Germania Tod in Berlin, Berlin/W..
- Müller, Heiner 1978: Die Hamletmaschine, in: ders., Mauser, Berlin/W. , 89-97.
- Müller, Heiner 1982: Rotwelsch, Berlin/W..
- Müller, Heiner 1983: Der Auftrag. Erinnerung an eine Revolution, in: ders., Herzstück, Berlin/W. 43-70.
- Murphy, Craig. N. / Tooze, Roger 1991: (ed.), The New International Political Economy, Boulder.
- Narr, Wolf-Dieter / Schubert, Alexander 1994: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M..
- Negri, Toni 1994: L'école de la régulation face à de nouveaux problèmes, in: Aglietta et al. (1994), 363-372.
- Nezeys, Bertrand 1982: Les relations économiques extérieures de la France. Commerce, Investissements, politique économique extérieure, Paris.
- Noel, Alain 1987: Accumulation, regulation, and social change: an essay on French political economy, in: International Organization, 41, 2, spring, 303-333.
- Overbeek, Henk 1993: (ed.), Restructuring Hegemony in the Global Political Economy. The rise of transnational liberalism in the 1980s, London.
- Overbeek, Henk / van der Pijl, Kees 1993: Restructuring Capital and Restructuring Hegemony. Neo-liberalism and the unmaking of the post-war order, in: Overbeek (1993), 1-27.
- Polanyi, Karl 1995: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, 3. Aufl., Frankfurt/M..
- Poster, M. 1984: Foucault, Marxism and History. Mode of Production versus Mode of Information, Cambridge.
- Poulantzas, Nicos 1974: Die Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der Nationalstaat, in: Kreye, Otto (Hg.), Multinationale Konzerne. Entwicklungstendenzen im kapitalistischen System, München, 81-129.
- Poulantzas, Nicos 1975: Staat und gesellschaftliche Klassen, 2. überarbeitete Aufl., Frankfurt/M..
- Poulantzas, Nicos 1977: Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland., Spanien, Frankfurt/M..
- Risse-Kappen, Thomas 1995: Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: ZIB, 2. Jg., H. 1, 171-184.
- Rittberger, Volker 1995: Research on International Regimes in Germany. The Adaptive Internalization of an American Social Science Concept, in: ders./Mayer, Peter (eds.), Regime Theory and International Relations, Oxford, 3-22.
- Rittberger, Volker / Zürn, Michael 1991: Transformation der Konflikte in den Ost-West-Beziehungen. Versuch einer institutionellen Bestandsaufnahme, in: PVS, H. 3, 399-424.
- Robles, Alfredo C. 1994: French Theories of Regulation and Conceptions of the International Division of Labour, New York.
- Röttger, Bernd 1993: Akkumulation und Regulation in der EG-metropolitanen Integration. Zur Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung in Europa. Arbeitspapier 022 des Instituts für Internationale Politik, Berlin.
- Röttger, Bernd 1995a: Über die "Krise der Politik" und die Malaisen einer Regulationstheorie des transnationalen Kapitalismus. - Anmerkungen zu Bob Jessop, Josef Esser und Ingeborg Tömmel, in: Bieling, Hans-Jürgen / Deppe, Frank (Hg.), Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven, FEG-Studie Nr. 5, Marburg, 65-79.

- Röttger, Bernd 1995b: Politökonomische Analysen globaler Beziehungen, in: links, Nr. 304/305, 16-19 (auch in: Kurswechsel. Buch: Kritik der Sozialforschung, Wien 1995, 93-101).
- Röttger, Bernd 1996a: "Ausgrabungen der Zukunft"? Archäologie sozialwissenschaftlicher "Globalisierungs"-Analysen, in: Institut für Internationale Politik, Berlin (i.E.).
- Röttger, Bernd 1996b: Welt(ver)gesellschaft(ung). Für eine kritische Theorie kapitalistischer Globalisierung, in: links, Nr. 308/309, 38-40.
- Rühmkorf, Peter 1995: TABU I. Tagebücher 1989-1991, Reinbek bei Hamburg.
- Scharpf, Fritz W. 1987: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa. Das Modell Deutschland im internationalen Vergleich, Frankfurt/M..
- Scharpf, Fritz W. 1992: Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts, in: Kohler-Koch, Beate (Hg.), Staat und Demokratie in Europa, Opladen, 93-115.
- Schlupp, Frieder 1992: Aufbruch in eine neue Weltordnung? Paradigmatische und realanalytische Anmerkungen zur liberalen "Universalisierungs- und Institutionalisierungs"-Konzeption, in: Jenseits der Bipolarität: Aufbruch in eine "Neue Weltordnung", Loccumer-Protokolle 9/92, 359-375.
- Senghaas, Dieter 1992: Weltinnenpolitik - Ansätze für ein Konzept, in: Europa-Archiv, Folge 22/1992.
- Siegelberg, Jens 1994: Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft, Münster/Hamburg.
- Strange, Susan 1988: States and Markets. An Introduction to International Political Economy, London.
- Strange, Susan 1991: An Eclectic Approach, in: Murphy/Tooze (1991), 33-49.
- Telò, Mario 1979: Formen und Widersprüche des erweiterten Staates, in: Altvater, Elmar / Kallscheuer, Otto (Hg.), Den Staat diskutieren. Kontroversen über eine These von Althusser, Berlin/W., 179-193.
- Therborn, Göran 1980: Science, Class & Society. On the Formation of Sociology and Historical Materialism, London.
- UN 1991ff.: World Investment Reports, New York, jährlich.
- van der Pijl, Kees 1979: Class formation at the international level, in: Capital and Class, Vol 9., autumn, 3-21.
- Vercellone, Carlo 1994: L'approche en termes de régulation: richesse et difficultés. Pour une analyse critique des rapports entre économie, histoire et transformation sociale, in: Aglietta et al. (1994), 5-44.
- von Bredow, Wilfried / Jäger, Thomas 1992: Das Ende des Ost-West-Konflikts und die Zukunft der trilateralen Kooperation, in: dies. (Hg.), Japan. Europa. USA. Weltpolitische Konstellationen der neunziger Jahre, Opladen, 229-246.
- von Beyme, Klaus 1991: Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne, Frankfurt/M..
- Walker, R.B.J. 1993: Inside / outside: international relations als political theory, Cambridge.
- Wallerstein, Immanuel 1979: Aufstieg und zukünftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse, in: Senghaas, Dieter (Hg.), Kapitalistische Weltökonomie, Frankfurt/M., 31-67.
- Wallerstein, Immanuel 1984: Der historische Kapitalismus, Berlin/W..
- Wallerstein, Immanuel 1986: Krise als Übergang, in: Amin, Samir et al., Dynamik der globalen Krise, Opladen, 4-35.
- Wallerstein, Immanuel 1995: Die Sozialwissenschaft "kaputtdenken". Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts, Weinheim.
- Willke, Helmut 1996: Ironie des Staates. Grundlinien einer Staatstheorie polyzentrischer Gesellschaft, Frankfurt/M..
- Ziebura, Gilbert 1973: Zusammenfassung: Verflechtungsgrad und Handlungsfähigkeit, in: Regionale Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Analysen und theoretische Probleme. Schriften des Forschungsinstituts für Auswärtige Politik, Bd. 33, München, 293-311.
- Ziebura, Gilbert 1992: Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration: der Fall Frankreich. in: Leviathan, Jg. 20, H. 4, 467-489.

- Zieburá, Gilbert 1996: Globalisierter Kapitalismus: chancenlose Linke, in: Prokla (i.E.).
- Zieburá, Gilbert et al. 1974: (Hg.), Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Forschungsstrategie und -programm eines Sonderforschungsbereichs, Berlin/W..
- Zürn, Michael 1992: Jenseits der Staatlichkeit. Über die Folgen der ungleichzeitigen Denationalisierung, in: Leviathan, H. 4/1992, 490-513.
- Zürn, Michael 1994a: We Can Do Much Better! Aber muß es auf amerikanisch sein? Zum Vergleich der Disziplin 'Internationale Beziehungen' in den USA und in Deutschland, in: ZIB, Jg. 1, H. 1, 91-114.
- Zürn, Michael 1994b: Das Projekt "Komplexes Weltregieren". Wozu Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen, in: Leggewie, Claus (Hg.), Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik, Darmstadt, 77-88.

Internationalisierung, Integration und politische Regulierung¹

1. Einleitung

Integrationsparadigmen gewinnen ihre Erklärungskraft stets in konkret historisch-politischen Kontexten. Die "Leitbilder" und die "Europapolitik" beeinflussen sich nicht allein wechselseitig; sie verändern sich auch mit dem Wandel des Kontextes, in dem sie sich herausgebildet haben (Schneider 1992) - mit anderen Worten: sie verändern sich vor allem mit dem krisenhaften Umbruch der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Konstellationen, die diesen Kontext strukturieren.

In den integrationstheoretischen Debatten der 80er Jahre bestand ein gewisser Konsens über die "Erschöpfung" der klassischen Leitbilder (Schneider/Werle 1989; Bellers/Häckel 1990). Das Forschungsinteresse verlagerte sich - auch vor dem Hintergrund der neuen Integrationsdynamik seit Mitte der 80er Jahre (Stichworte: Binnenmarktprogramm, EEA, Delors-Paket, Maastricht) - auf die Frage nach dem Charakter des politischen Systems der EG als "korporativer Akteur" (Schneider/Werle 1989), als "technokratisches Regime" (Bach 1993), als "Policy Maker" (Tömmel 1992) usw. Die Frage nach der Dynamik des Souveränitätstransfers vom Nationalstaat auf supranationale Institutionen wurde zugunsten der Frage nach der Struktur und Dynamik des politischen Prozesses verschoben, in dem sich - auf der Basis transnationaler Interessenverflechtung - komplexe Netzwerke mit einem - so Keohane und Hoffmann (1990: 227) - "supranationalen Entscheidungsstil" etablieren. Die Verhandlungssysteme und -prozeduren, bei denen die Interessen europäischer und nationaler, staatlicher und nicht-staatlicher Akteure zu Kompromissen ausgeglichen werden, wurde so als das zentrale Feld politikwissenschaftlicher Integrationsforschung anerkannt. Daß der Integrationsprozeß - gerade in der dynamischen Periode der "Delors-Ära" - immer noch viele "Rätsel" aufgegeben hat (Kennedy 1987: 448), bestätigen Keohane und Hoffmann (1990: 295) mit ihrem Hinweis auf die fortbestehenden Paradoxien: "the paradox of integrated economies and separate politics, the paradox of an elaborate process of multinational bargaining coexisting with an obstinately 'national' process of political life and elections, the paradox of the emergence of a European identity on the world scene coexisting with continuing national loyalties".

Das Unbehagen bzw. die Unsicherheit, die derzeit allenthalben in bezug auf die Erklärungskraft und Reichweite der traditionellen "Leitbilder" bzw. Paradigmen (nicht allein in der Integrationsforschung) zu registrieren ist, reflektiert die tiefgreifenden Veränderungen und Umbrüche sowie die daraus resultierenden "Turbulenzen" (J. Rosenau) der internationalen, der europäischen wie der nationalen Politik. Namentlich die europäische Politik ist mit einem "Stau" von neuen Aufgaben und Herausforderungen konfrontiert (u.a. Weidenfeld 1992): der Fortgang der westeuropäischen Integration muß mit der politischen Perspektive einer ökonomischen, sozialen und politischen Reorganisation Gesamteuropas verbunden werden; dabei wird sich die Rolle Europas im Prozeß der Konstruktion neuer internationaler Ordnungen nach dem Ende des "Kalten Krieges" entscheiden und - auf der zwischenstaatlichen wie der europäischen

¹ Dieser Beitrag beruht auf einem Referat, das auf dem DVPW-Kongreß in Potsdam am 26. August 1994 zum Thema "Der Beitrag der Regulationstheorie zur Integrationsforschung" gehalten wurde. Eine stark gekürzte Fassung erschien in Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch 1996: Europäische Integration, Opladen.

Ebene - wird es in hohem Maße von der Politik des "neuen Deutschland" abhängen, ob die EU zum "gesamteuropäischen Treuhänder" (Schneider 1992: 31) bzw. zum "Modell" einer gesamteuropäischen Ordnung (Senghaas 1990) werden kann.

Die Formel vom "Vakuum des Politischen" will einerseits auf die Spannungen zwischen dem geradezu explosiv gesteigerten politischen Handlungsbedarf und den Restriktionen der Handlungskompetenz bzw. der Verfügung über adäquate Ressourcenpotentiale aufmerksam machen. Auf der anderen Seite - sofern sie mit der kritischen Frage "Politik ohne Projekt?" (Unsel'd 1993) verknüpft wird - reflektiert sie die Spezifik des gegenwärtigen epochalen Umbruchs gerade darin, daß diese nicht allein aus den politischen Folgewirkungen des Zusammenbruchs der staatssozialistischen Systeme und dem Ende des "Kalten Krieges" begriffen werden kann. Vielmehr erschließt sich die Spezifik der gegenwärtigen Konstellation aus dem Zusammentreffen dieser Wirkungen mit denen eines tiefgreifenden und langfristigen Strukturwandels in den entwickelten kapitalistischen Metropolen selbst. Dieser Formationswandel hat inzwischen - aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven - viele Namen, die in der Regel mit dem Codewort "Post" (das Schlüsselwort unserer Zeit für Ratlosigkeit, so Ulrich Beck schon 1986: 12) beginnen. Gleichwohl stimmen die Zeitdiagnosen darin überein, daß dieser Wandel systemisch und global ist: er durchdringt die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen (Weltmarkt) und Machtstrukturen ebenso wie die Strukturen der Vergesellschaftung (Individualisierung) und der Alltagskulturen; er wird durch "neue Technologien" angetrieben und beschleunigt die "Entzauberung" des Staates als Steuerungszentrum nationaler Ökonomien und Gesellschaften; er verändert die Handlungsbedingungen politischer Akteure und erzwingt die Reformulierung strategischer Optionen usw. usf. Dazu kommt, daß die Verlaufsformen dieses Wandels widersprüchlich - sowohl evolutionär als auch krisenhaft - sind. Sie vollziehen sich - so U. Beck (1993: 17; ebenso Giddens 1990) - im "Konflikt zwischen Gegenmodernisierung einerseits und Erneuerung und Radikalisierung der Moderne andererseits".

Angesichts der komplexen Problemkonstellation wäre es natürlich ebenso naiv wie anmaßend, sozialwissenschaftliche Theoriekonzepte nach Maßgabe eines exklusiven Begriffs- und Erklärungsanspruches zu diskutieren. Die Klärung offener Fragen wird schließlich ohnehin nicht allein im Kontext der Realgeschichte, sondern auch im Rahmen eines interdisziplinären, vielgestaltigen Diskurses erfolgen - in der Politikwissenschaft selbst (im Austausch zwischen Theorien der internationalen Beziehungen, der internationalen Politischen Ökonomie, der Staatstheorie und der Analyse politischer Systeme) und zwischen den sozialwissenschaftlichen Disziplinen (bis hin zu den Kulturwissenschaften, wenn z.B. die Frage nach der europäischen Identität in einer Periode des Umbruchs thematisiert wird). Solche Grenzüberschreitung halten wir - insbesondere im Blick auf die Integrationsforschung - für geboten, um sowohl die Schwächen eines ökonomischen Reduktionismus zu überwinden, als auch - in der Analyse des Funktionswandels politischer Institutionen (EG-System-Nationalstaaten) - deren gesellschaftliche Konstitutionsbedingungen und die in diesen Prozessen zum Ausdruck kommenden Widersprüche und Konflikte zu erhellen (Hirsch 1993: 204).

Im folgenden soll gefragt werden, welchen Beitrag die Arbeiten der französischen "Regulationsschule", insbesondere ihre staats- und institutionentheoretische Reformulierung aus neogramscianischer Sicht (Hirsch 1990; Jessop 1992) zur Integrationsforschung zu leisten vermögen. Zunächst erfolgt eine knappe Darstellung des Ansatzes selbst. Danach wird diskutiert, ob und wie seine offensichtlichen "Lücken" - vor allem im Hinblick auf die Analyse der europäischen Integration - zu beheben sind. Das Augenmerk richtet sich dabei primär auf die Transformation des westeuropäischen Integrationsprozesses, d.h. auf den Übergang von der komplementären europäischen Absicherung der nationalen wohlfahrtsstaatlichen Regulation zur Durchsetzung europäisierter, stärker selektiver und "kompetitiver" Regulationsmodi seit der Implementierung des Binnenmarktprojektes. Abschließend werden aus regulationstheoreti-

scher Perspektive einige der offenen integrationspolitischen Fragestellungen und Forschungsfelder umrissen.

2. Regulationstheoretische Überlegungen

2.1. Verortung des Ansatzes

Hinter der Regulationstheorie verbirgt sich, anders als es der Begriff nahelegt, keine geschlossene Theorie, sondern eher ein empirisch und methodisch-theoretisch unabgeschlossenes Forschungsprogramm bzw. eine heuristische Konzeption (Jessop 1990: 154; Hübner 1990: 17). Die Fragestellungen, theoretischen Grundannahmen, Untersuchungsfelder und Herangehensweisen sowie die Verwendung der Begrifflichkeiten haben sich im Laufe der Zeit stark differenziert. Gleichwohl entstammen die verschiedenen regulationstheoretischen Arbeiten einer gemeinsamen Forschungstradition, dem marxistischen Strukturalismus. Ihr Anliegen bestand zunächst darin, das Marx'sche Basis-Überbau-Theorem zu reformulieren und damit die relativ eigenständige, für den gesellschaftlichen Akkumulationsprozeß konstitutive Bedeutung der politischen, sozialen, kulturellen und ideologischen Dimensionen theoretisch-konzeptionell zu erfassen (Lipietz 1992; kritisch dazu Mahnkopf 1988: 100f). Um den funktionalistischen, subjektlosen "Standpunkt der Reproduktion" zu überwinden und sich das Feld sozialer Auseinandersetzungen neu zu erschließen, bürsteten sie gleichsam die strukturalistische Interpretation des französischen Marxismus mit Gramsci gegen den Strich. Der Prozeß der Regulation vereint demzufolge sowohl Struktur- als auch Handlungsdimensionen. Während die Pionierarbeit von Aglietta (1979) die Regulation noch vorrangig auf der Ebene der Produktionspreisbildung verortet, kommt bei Lipietz (1985), dessen Regulationskonzept umfassender, gesellschaftstheoretisch angelegt ist, der Einfluß gramscianischer Elemente noch deutlicher zum Ausdruck. In den nachfolgenden Ausführungen bietet es sich an - zumal bislang nur wenige Arbeiten zum Prozeß der westeuropäischen Integration vorliegen -, die regulationstheoretischen Arbeiten im engeren Sinne durch Ansätze zu erweitern, die die gramscianische politische Theorie, insbesondere das Hegemoniekonzept, für die Analyse internationaler Verhältnisse fruchtbar machen (Cox 1987; Drainville 1992; Gill 1993; Gill/Law 1989; Jacobitz 1991; Van der Pijl 1984).

2.2. Zentrale Begriffe und Fragestellungen

Im Zentrum der Regulationstheorie steht die Frage nach den Integrationsbedingungen, Entwicklungsweisen und Brüchen im räumlich und zeitlich diskontinuierlichen Prozeß der kapitalistischen Vergesellschaftung. Den Anlaß hierzu lieferten nicht zuletzt die weltweiten Krisen- und Restrukturierungsprozesse seit den 70er Jahren (Hirsch 1993: 195). Um deren eigentümliche Transformationsdynamik theoretisch-konzeptionell als Abfolge unterschiedlicher gesellschaftlicher Formationen zu fassen, entwickelte die Regulationstheorie ein spezielles Design. Über die Begriffe technologisches Paradigma, Akkumulationsregime, institutionelle Form, Regulationsweise, hegemonialer Block und soziales Paradigma versucht sie, den Prozeß komplexer Vermittlungen und damit auch die Kontinuitäten und Wandlungsprozesse im Verhältnis von Ökonomie, Politik und Gesellschaft einzufangen und zu erklären.

Besondere Aufmerksamkeit widmet die Regulationstheorie der historisch-konkreten Gestalt des Akkumulationsregimes. Dieses bestimmt gewissermaßen den Modus sozialer Transformationen, da es die Nutzung der Arbeitskraft, die Lohnfestlegung sowie die (sozialstaatlich gestützte) Reproduktion der abhängig Beschäftigten umschließt (Aglietta 1979: 69f) und damit grundlegende soziale und ökonomische Regelmäßigkeiten hervorbringt. Nach Lipietz (1985:

120) ist das Akkumulationsregime "ein Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen (dem Volumen des eingesetzten Kapitals, der Distribution zwischen den Branchen und den Produktionsnormen) und den veränderten Bedingungen des Endverbrauches (Konsumnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben, usw. ...) herstellt". Darin eingeschlossen sind zudem das technologische Paradigma - zuweilen auch als Modell des Arbeitsprozesses bezeichnet -, das die allgemeinen Prinzipien der Arbeitsorganisation und Technikanwendung charakterisiert, als auch soziale Kämpfe um die Aufteilung des gesellschaftlichen Wertprodukts.

Im Akkumulationsregime kommt also zum Ausdruck, daß sich die kapitalistische Reproduktion keineswegs gleichförmig und gleichgewichtig vollzieht. Stets gefährdet ihre innere Dynamik, insbesondere in Form ökonomischer und sozialer Widersprüche, die Bestandsfähigkeit des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Dennoch etablieren sich relativ stabile Entwicklungsweisen oder soziale Muster der Reproduktion. Dies wird dadurch möglich, daß an die Seite des Akkumulationsregimes eine Regulationsweise tritt, die die unbeständige warenförmige Vergesellschaftung sozial einbetten und ausbalancieren kann, allerdings ohne von vornherein ihre Fortdauer zu garantieren. Die Regulationsweise ist weder aus den Erfordernissen des Akkumulationsprozesses funktional "ableitbar" noch eine vollkommen kontingente "historische Fundsache", sondern Resultat politisch-ideologischer Auseinandersetzungen und Kompromisse, die innerhalb der kapitalistischen Vergesellschaftung deren strukturellen Gesetzmäßigkeiten unterworfen bleiben. Insofern ist sie "ein emergentes Ensemble von Normen, Institutionen, Organisationsformen, sozialen Netzwerken und Verhaltensmustern" (Jessop 1992: 238), durch die und innerhalb derer sich der Prozeß der sozioökonomischen Regulation realisiert. Dieser bezieht sich in erster Linie auf die Konkurrenz-, Produktions-, Lohn-, Geld-, Kredit- und sonstigen rechtlichen und administrativen Verhältnisse. Aber auch die Dimensionen gesellschaftlicher Reproduktion durch Familie, Schule und Medien sowie die informellen Normen, Werte und Weltbilder sind der Regulationsweise zuzurechnen (Hirsch 1990: 36). Sofern sich das Akkumulationsregime und die Regulationsweise derart artikulieren, daß sie eine relativ kohärente, dauerhafte und dynamische Konstellation kapitalistischer Entwicklung formieren, spricht die Regulationstheorie umfassender von einem Entwicklungsmodell bzw. von einem hegemonial strukturierten historischen Block (Théret 1994: 18ff). In diesem übernehmen diejenigen sozialen Kräfte die Führung, die das Akkumulationsregime und die Regulationsweise strategisch und politisch-ideologisch in ihrem Sinne gestalten und Bündnisse formieren: zum einen durch materielle Konzessionen, durch die sie andere soziale Klassen in ihre Herrschaftsstruktur einbinden. Zum anderen schweißt sich der historische Block dadurch zusammen, daß seine tragenden Kräfte die öffentlichen Diskurse und die Sphäre politischer Repräsentation strukturieren. Die Art und Weise, in der sich damit Ideologien, soziale Identitäten und Interessen formieren und legitimieren, nennt die Regulationstheorie soziales Paradigma (Lipietz 1991: 678f).

Obwohl, oder gerade weil sich die Regulationstheorie insbesondere den gesellschaftlichen Krisenprozessen widmet, sind die von ihr vorgelegten theoretischen Begründungen nach wie vor heterogen. Die verschiedenen Stränge oder "Schulen" orientieren sich theoretisch entweder an der Überakkumulations-, der Profit-squeeze- oder der Überproduktions- bzw. Unterkonsumtionstheorie (Hübner 1988; Hübner 1990: 227ff). Gemeinsam ist ihnen, daß sie sich allesamt weniger auf "kleine" oder "konjunkturelle" konzentrieren, d.h. Krisen innerhalb historischer Formationen, als vielmehr auf "große" bzw. "organische" Krisen, die den Bruch mit der bisherigen Entwicklungsweise markieren. Als Charakteristikum einschneidender Umbruchphasen gilt dabei, daß sich die Kohärenz von Akkumulationsregime und Regulationsweise aufgrund innerer Dynamiken, Widersprüche und Konflikte auflöst. Die Regulationsweise kann die gleichmäßige Reproduktion des alten Akkumulationsregimes nicht mehr gewährleisten, zumal

dieses seinerseits die etablierten institutionellen Formen sozioökonomischer Regulation unter Druck setzt und destabilisiert.

Sind die Merkmale und Erscheinungsformen, in denen sich die Krisen der Regulation präsentieren, innerhalb der Regulationstheorie im großen und ganzen unstrittig, so gilt dies nicht für die Analyse der inneren Bewegungsgesetze, die den gesellschaftlichen Bruch verursachen. Während die Erklärungen, die in erster Linie auf die Dysfunktionalität der institutionellen Bedingungen abheben, überwiegend deskriptiv bleiben (Hübner 1990: 211), sind die Ansätze, die die innere Dynamik der Akkumulation untersuchen, stärker analytisch verankert. Anhand der Fordismuskrise arbeiteten diverse Untersuchungen heraus, daß der alte Modus der Durchkapitalisierung - die fortwährende Erschließung nichtkapitalistischer Sphären, oder die "innere Landnahme" (Lutz 1984) - an seine Grenzen stößt. Hirsch (1990: 85ff), Lipietz (1986) und Aglietta (1979: 353ff) erklären diesen Prozeß mittels einer historisch-konkreten Interpretation des "Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate". Dieses Gesetz realisiert sich in langfristiger Perspektive, da zunächst ökonomische, aber auch soziale und politische Gegentendenzen für den Fortbestand der fordistischen Gesellschaftsformation sorgen. Letztlich fällt jedoch die Profitrate und die Formation gerät an ihre Schranken: Erstens erodierte die weltwirtschaftliche Regulationsweise - d.h. die Ordnung von Bretton-Woods -, da im Zuge der Internationalisierung des Kapitals sich die Absatzmärkte verengten, die USA ihre ökonomische Vormachtstellung einbüßten und nachfolgend die finanziellen Instabilitäten zunahmten (Altvater 1987: 228ff). Zweitens wirkten sich damit auf die keynesianisch inspirierten nationalen Regulationsweisen die "Zwänge" des Weltmarktes direkter aus. Fortan lief die Staatsintervention, mit der die monopolistische Regulation der Nachfragesicherung abgestützt wurde, Gefahr, in eine wachsende Staatsverschuldung abzugleiten und kontraproduktive Effekte - "Stagflation" - hervorzurufen; die haushalts- und geldpolitische Regulation sah sich daher härteren Restriktionen ausgesetzt. Und drittens, dieses Moment bildet gleichsam den inneren Kern der Fordismuskrise, waren die Produktivitätsreserven der tayloristischen Arbeitsorganisation aufgrund des relativ starren Rationalisierungsmusters nahezu aufgezehrt (Hirsch/Roth 1986: 79ff; Lipietz 1985: 125ff).

2.3. Staat und gesellschaftliche Institutionen

Die Integrationstheorie widmet sich vor allem der Bedeutung, Genese und Funktionsweise von transnationalen politischen und gesellschaftlichen Institutionen. Zunächst scheint es, als könne die Regulationstheorie hierzu nur wenig Klärendes beitragen. Da sie den Prozeß der Regulation in erster Linie mit Blick auf das Lohnverhältnis, die kapitalistische Konkurrenz sowie die Unternehmens- und Geldformen untersucht, schenkt sie den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen nur eine begrenzte Aufmerksamkeit. Selbst wenn ihnen wichtige Funktionen zugeschrieben werden, bleibt ihre Betrachtung häufig nur deskriptiv und damit defizitär. Mittlerweile sind aber auch eine Reihe Arbeiten, die den Prozeß der Regulation weiter als Prozeß der gesellschaftlichen Selbstkonstitution fassen, zu entwickelteren staatstheoretischen Konzepten gelangt. Denn erst durch die Beantwortung der Frage, warum Regulation notwendig wird, können reduktionistische und funktionalistische Verkürzungen der Staatsanalyse vermieden werden (Hirsch 1994: 158). Mit anderen Worten: das staatstheoretische "Defizit" kann allein dann behoben werden, wenn der Staat nicht nur als institutionelles Zentrum, sondern formanalytisch auch als Objekt und Resultat der Regulation bestimmt wird (ebd.: 191ff; Jessop 1990: 200).

Zentrale Strukturmerkmale und Widersprüche der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise - der ungehinderte Warentausch, die Konkurrenz der Privatproduzenten und das Lohnarbeitsverhältnis - können von den ökonomisch herrschenden Klassen nicht durch die direkte Verfügung über die physische Zwangsgewalt gesichert werden. Die dauerhafte Pazifizierung und Kanalisierung der Konflikte in und zwischen den Klassen bedarf einer allgemeinen und ver-

bindlichen Regulation, die dem direkten Einfluß partikularer Interessen entzogen ist; permanente, möglicherweise eskalierende und militante Kämpfe innerhalb des Kapitals sowie zwischen Kapital und Arbeit würden ansonsten den ökonomischen Reproduktionsprozeß nachhaltig destabilisieren. Dies wurde dadurch verhindert, daß sich die politischen Voraussetzungen der sozioökonomischen Regulation unter historisch-konkreten Voraussetzungen und Konflikten - die vormals bestehenden politischen Institutionen und deren Akteure arrangierten sich letztlich mit den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen - in von den sozialen Klassen formell getrennten, relativ autonomen Staatsapparaten institutionalisierten: "Der Staat als Ausdruck der politischen Form der kapitalistischen Gesellschaft ist also weder das (bewußt geschaffene) Instrument der herrschenden Klasse(n) noch selbständig handelndes Subjekt, sondern der verobjektivierte Ausdruck eines sozialen Verhältnisses, eine verselbständigte Gestalt der Beziehungen zwischen Individuen, Gruppen, Klassen und Klassen'fraktionen' der kapitalistischen Gesellschaft im Weltmaßstab, das Terrain, auf dem sich diese Beziehungen in spezifischer, nämlich 'formbestimmter' Weise materialisieren und verdichten" (Hirsch 1994: 171f). Nicht zu vernachlässigen ist dabei, daß ein wesentlicher Faktor der nationalen Institutionalisierung klassenübergreifender Kompromißstrukturen in der nach außen gerichteten Abgrenzung gegenüber der übrigen Staatenwelt, d.h. der Wahrnehmung nationaler Macht- und Sicherheitsinteressen besteht.

Wenn Poulantzas (1978: 114ff) vom Staat als materieller Verdichtung und Objektivierung sozialer Verhältnisse spricht, so begreift er ihn weder als Sache noch als Subjekt, sondern als die komplexe Institutionalisierung und Fragmentierung des "Politischen", das seinerseits aktiv die gesellschaftlichen Verhältnisse strukturiert. In diesem Sinne konstituiert der Staat das politische Kampffeld, auf dem soziale Klassen gesellschaftliche Probleme und Widersprüche thematisieren und versuchen, ihre gesellschaftliche Stellung machtstrategisch auszubauen und legitimatorisch abzusichern. Die Regulation des Politischen vermittelt sich dabei über ein weitgefächertes Netz intermediärer Organisationen und Institutionen, durch das sich Staat und Gesellschaft miteinander verflechten und durchdringen. Aufgrund der organischen Vereinigung und funktionalen Ergänzung der politischen und zivilgesellschaftlichen Sphäre sprach Gramsci vom "erweiterten" bzw. "integralen Staat" (Kebir 1991: 58ff), dessen institutionelle Materialität fortwährend dem Einfluß konkurrierender gesellschaftlicher Interessen unterliegt. Dies heißt aber nicht, daß die staatlichen Institutionen beliebig benutzbar sind. Sie operieren vielmehr strategisch und strukturell selektiv (Jessop 1990: 201; Hirsch 1994: 184), indem sie zuvorderst auf die grundlegenden Vorgaben der kapitalistischen Reproduktion und Akkumulationsdynamik ausgerichtet sind und diese zumindest nicht gefährden. Verschiebungen im institutionellen Gefüge der Regulation - d.h. die Gestalt der politisch-administrativen Apparate, die Aufteilung von Kompetenzen sowie die Formen der Repräsentation, Interessenvermittlung und Staatsintervention - unterliegen vorwiegend der Dynamik des Akkumulationsprozesses, einschließlich der dadurch hervorgebrachten sozialen Kräfteverhältnisse. Die formanalytische Bestimmung der Konstitutions- und Funktionsweise von gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen verknüpft somit struktur- und handlungstheoretische Aspekte (Görg 1994; Hirsch 1994: 172ff; Théret 1994: 27ff). Zugleich richtet die Regulationstheorie ihr Augenmerk insbesondere darauf, ob und in welcher Weise die Institutionen und der Staat dazu in der Lage sind, als Faktoren sozialer Kohäsion zu fungieren.

2.4. Defizite des Ansatzes

Die Kritik an der Regulationstheorie erstreckt sich auf mehrere Bereiche. Es wurde bereits angedeutet, daß die unterschiedlichen theoretischen Stränge verschiedenartige Schwachpunkte aufweisen. Übergreifend zielt die Kritik auf die mangelnde Kohärenz und schwindende Schärfe des regulationstheoretischen Forschungsprogramms, den konzeptuellen Holismus und den abstrakten Klassenbegriff (Hirst/Zeitlin 1991: 20ff), die "heimliche Gleichgewichtsorientierung"

(Hübner 1990: 276ff) sowie auf die Unklarheit, was denn eigentlich das Objekt, der Gegenstand der Regulation ist (Becker 1989). Je nach Perspektive rücken desweiteren insbesondere Mängel in der krisen-, gesellschafts-, institutionen- oder staatstheoretischen Fundierung in den Vordergrund. So scheint erstens die Krisenanalyse wenig ausgereift und stringent (Hübner 1988), zweitens wird auf funktionalistische Verengungen und die soziologische Lücke verwiesen (Mahnkopf 1988), und drittens wird die historisch-deskriptive Betrachtung von Staat und Institutionen moniert (Hirsch 1990: 26f).

Obwohl keineswegs zu vernachlässigen, beziehen sich die Kritikpunkte in der Regel nur auf einzelne Stränge, oder können innerhalb der Regulationstheorie zumeist ausgeräumt werden. Grundsätzlichere Probleme treten hingegen - gerade wenn es um die Erklärung des westeuropäischen Integrationsprozesses geht - bei der Analyse internationaler Vergesellschaftungsprozesse auf: So ist die Untersuchung der Akkumulationsregimes zum einen binnenfixiert (Hübner 1990: 161); und zum anderen sind die Formen der Regulation zu stark auf den Akteur Nationalstaat, vor allem auf die hegemonialen Staaten, ausgerichtet: "Die Geschichte des Kapitalismus zeigt, daß die Existenz einer stabilen internationalen Wirtschaftsordnung nur das Ergebnis der Hegemonie einer global dominierenden kapitalistischen Metropole ist. Die Art der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in einem solchen Zeitabschnitt ist bestimmt durch den Rhythmus und die Formen der internationalen Expansion des Kapitals, dessen Verwertung im dominanten Land verwurzelt ist" (Aglietta 1979a: 71). Auch wenn diese Perspektive in der Historie - der Pax Britannica und der Pax Americana - ihre Bestätigung findet, ist doch unverkennbar, daß der enge Blick auf die nationalstaatliche Regulation unter den Bedingungen eines internationalen Hegemons ähnliche Probleme mit sich bringt wie die Machtstaatsfixierung der realistischen Schule. Internationale Regulation an hegemonialen Zyklen festzumachen, wird der Komplexität und Dynamik der derzeitigen Umbrüche nicht gerecht.

Sicherlich vermeidet die Regulationstheorie, indem sie den analytischen Vorrang nationaler Formationen betont und den globalen Kapitalismus als "variables soziales Netzwerk" begreift, anders als die Weltsystem- oder Dependencia-Theorie, raum-zeitlich lineare Hierarchiemodelle. Sie verweist demzufolge nicht allein auf die externen Zwänge, denen sich die nationalen Formationen ausgesetzt sehen, sondern betont stets auch die dort bestehenden internen strategischen Spielräume, die je nach Binnenmarktgröße, Ressourcenreichtum, militärischem Potential, insbesondere je nach inneren politisch-sozialen Kräfteverhältnissen und deren Institutionalisierung unterschiedlich groß ausfallen (Hirsch 1993: 198ff). Defizitär wird die Analyse von Internationalisierungsprozessen jedoch dadurch, daß sie sich nahezu ausschließlich darauf konzentriert, die Formen und Triebkräfte zu untersuchen, die für die Internationalisierung des Waren-, des produktiven und vor allem des Geldkapitals verantwortlich sind (Altvater 1987; Altvater/Mahnkopf 1993). Damit soll keineswegs die grundlegende Bedeutung, die diesen für die Errichtung, den Fortbestand und den Charakter von internationalen Institutionen zukommt, geleugnet werden. Bestritten wird jedoch, daß damit der Konstitutionsprozeß und die Funktionsweise internationaler Institutionen sowie deren Transformation ausreichend erfaßt werden kann. Schließlich reicht es nicht aus, derartige Vorgänge allein durch Weltmarktzwänge, funktionale Erfordernisse der Akkumulationsdynamik, die Verwertungsstrategien des transnationalen Kapitals und die Interessen hegemonialer Nationalstaaten zu bestimmen. Eine weder funktionalistisch noch strukturalistisch verengte Sicht hat vielmehr herauszuarbeiten, daß sich Akkumulationsregimes und Regulationsweisen immer über gesellschaftliche Prozesse vermitteln, d.h. durch spezifische Problemlagen und sich daraus speisende Konflikte und Kompromisse sozialer Akteure mitsamt deren politischen Strategien und Projekten. Heute erfolgt dies mehr denn je im Kontext der Internationalisierung, genauer: in bezug zur westeuropäischen Integration und zur Triadisierung der Weltwirtschaftsbeziehungen. Die transnationalen Vereinbarungen und institutionellen Netzwerke stellen dabei materielle Verdichtungen verschiedener - teils konkurrierender, teils komplementärer - nationaler und transnationaler politischer und ökonomischer Strategien, zivilgesellschaftlicher Allianzen und hegemonialer Projekte dar; zugleich

wirken die institutionellen Netzwerke konstitutiv und regulativ auf den Internationalisierungsprozeß zurück (Röttger 1993: 20f; siehe dazu auch seinen Beitrag in diesem Arbeitspapier). Der Stellenwert und die veränderte Funktionsweise der trans- und supranationalen Institutionen ergeben sich dabei wesentlich aus der Dynamik des gesellschaftlichen Formationsbruchs.

3. Internationalisierung und Integration Westeuropas

3.1. Integration im fordistischen Zeitalter

Von ausschlaggebender Bedeutung für die westeuropäische Integration war das weltwirtschaftliche und weltpolitische Umfeld nach dem Zweiten Weltkrieg, in erster Linie der "Kalte Krieg" und die US-Hegemonie (Deppe 1991; Bonder u.a. 1992). In der Gründungsphase prägten und stabilisierten drei strategische Zielsetzungen die EG-Integration: erstens die "Abwehr der kommunistischen Bedrohung"; zweitens die Etablierung friedlicher zwischenstaatlicher Beziehungen innerhalb Westeuropas, zuvorderst die politische Einbindung und Kontrolle der Bundesrepublik; und drittens das Bemühen, durch die Erweiterung der Märkte die Modernisierung der Produktionsstrukturen zu forcieren, um damit die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Ökonomien auf dem Weltmarkt zu verbessern (George 1990: 17ff; Statz 1989: 13ff). Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden unter Führung der USA wichtige Voraussetzungen der westeuropäischen Integration - Marshall-Plan, OEEC, Europäische Zahlungsunion (EZU) - geschaffen (Cox 1987: 214ff), bevor dann die später zur EG vereinigten Gemeinschaften - Montanunion, EWG und EURATOM - gegründet werden. Der vornehmliche Zweck der Integration bestand darin, eine Zollunion, d.h. einen gemeinsamen europäischen Markt zu schaffen, über den der ökonomische Wettbewerb und die Kooperation intensiviert sowie "economies of scale", eine Voraussetzung der fordistischen Massenproduktion, gefördert werden sollten. Es ging also darum, unter den Bedingungen der US-Hegemonie - d.h. der Überlegenheit der US-amerikanischen Technologien, der Produktions- und Arbeitsorganisation sowie der Internationalisierung des US-Kapitals - den Konkurrenz- und Modernisierungsdruck produktiv aufzunehmen (Hübner 1991: 246; Röttger 1993: 20). Hierzu mußten dem in Westeuropa operierenden Kapital adäquate gesellschaftliche und politisch-institutionelle Grundlagen bereitgestellt werden. Die Erweiterung der nationalen Binnenmärkte, ansatzweise die Koordination einiger wirtschaftspolitischer Bereiche und die EG-Institutionen - primär Kommission und Ministerrat - förderten dieses Vorhaben. Auch wenn die EG-Integration keiner gemeinsamen oder gar einheitlichen wirtschaftlichen Konzeption folgte - hinter den erzielten Kompromissen verbarg sich der mühsame Ausgleich konkurrierender Interessen -, vermochte sie es doch immerhin, die national begrenzten ökonomischen und politischen Handlungsspielräume zu erweitern: "Die regionale Integration im Rahmen des EG-Systems läßt sich somit als relative Lösung des Widerspruchs zwischen der Internationalisierung der Kapitalverwertung (Handel, Investitionen, Finanzbeziehungen) und der Enge nationaler Märkte und der Schranken des Nationalstaats begreifen" (Statz 1989: 16). Die Kluft und das Machtungleichgewicht zwischen den hegemonialen Kräften der Pax Americana - einschließlich den unter ihrer Dominanz errichteten internationalen Institutionen (Bretton Woods, IWF, Weltbank, GATT, NATO etc.) - auf der einen sowie den europäischen Gesellschaften auf der anderen Seite konnte durch die ökonomische Verflechtung und partielle Vergemeinschaftung von politischen Aufgabenbereichen innerhalb der EG zumindest abgemildert werden.

Begleitet wurde die Europäisierung von Ökonomie und Politik durch innergesellschaftliche und politisch-institutionelle Wandlungsprozesse. Schon bei Gramsci (1967: 386) ist nachzulesen: "Die Amerikanisierung erfordert ein bestimmtes Milieu, eine bestimmte Gesellschaftsstruktur (oder den entschiedenen Willen, sie zu schaffen) und einen gewissen Staatstypus." Daher ver-

änderten sich mit der Adaption der fordistischen Entwicklungsweise nicht nur die Technologien (Fließband), die Arbeits- und Produktionsorganisation (Massenproduktion per Taylorismus) sowie die Kapitalstrukturen (im Vordergrund standen die Automobil-, Chemie-, Elektro- und Maschinenbauindustrien), es bildeten sich ebenso neue Konsumformen (Massenkonsum), veränderte politisch-soziale Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit (korporatistische Regime) und neue Formen der politischen Regulation heraus. Mit dem keynesianischen Wohlfahrtsstaat - den Systemen sozialer Sicherheit und dem Ausbau der Infrastruktur - etablierte sich, allerdings mit beträchtlichen nationalen Unterschieden (Esping-Andersen 1990), ein relativ dichtes institutionelles Netzwerk, das die fordistische Akkumulationsdynamik wirtschafts- und sozialpolitisch sowie durch den allgemeinen Fortschrittskonsens auch ideologisch absichern konnte (Cox 1993: 265f; Hirsch/Roth 1986: 64ff). Die fordistischen Gesellschaftsformationen - vor allem in Westeuropa - unterscheiden sich demzufolge von den vorangegangenen durch die staatlich regulierte Einbettung der Ökonomie in die Gesellschaft. Die keynesianischen Wohlfahrtsstaaten beschränkten sich nicht nur auf ordnungspolitische Aufgaben, sondern erbrachten weitreichende regulative Leistungen, waren also tief in den kapitalistischen Reproduktionszusammenhang eingegliedert (Delorme 1992: 173ff).

Für den wohlfahrtsstaatlich gestützten nachfrage- und infrastrukturpolitischen Rahmen, der die Akkumulation gesellschaftlich förderte, war von maßgeblicher Bedeutung, daß sozialpolitisch orientierte Kräfte - vornehmlich die Arbeiterbewegung - ihren Einfluß auf die institutionelle Reorganisation und Ausgestaltung des Lohnverhältnisses, d.h. auf die Organisation von Arbeitsmärkten und die Aushandlung tariflicher Übereinkünfte geltend machen konnten. Überdies etablierte sich ein internationales System der Waren- und Geldzirkulation sowie der Kreditvergabe - im System von Bretton Woods fungierte der US-Dollar als internationales Zirkulations- und Zahlungsmittel und damit auch als Reservewährung -, das lange Zeit im Einklang mit der internationalen Arbeitsteilung und den Zahlungsbilanzen stand (Aglietta 1982: 7ff; Altvater 1991: 131ff). Komplementär hierzu bewegte sich die Geldpolitik der westeuropäischen Zentralbanken - Geldemission und die Allokation von Geldkapital - innerhalb eines politisch kontrollierten institutionellen Rahmens, der sich zuvorderst an den Erfordernissen der Akkumulation und sozio-ökonomischen Modernisierung orientierte. Gestützt auf die politische Regulation der Steuer- und Kreditsysteme, betrieben die westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten eine keynesianisch inspirierte expansive Wissenschafts-, Bildungs- und Technologiepolitik, erweiterten die Infrastruktur und modernisierten die Branchen und Kapitalstrukturen (Hirsch/Roth 1986: 64f). Zugleich waren die Prozesse der sozialen Desintegration aufgrund der Wachstumsdynamik relativ unbedeutend, denn Personen, die sich nicht direkt über das Lohnverhältnis reproduzierten - Kinder, Alte, Kranke, Arbeitslose etc. -, blieben angesichts der finanzpolitischen Spielräume durch die Zuweisung monetärer Transferleistungen gesellschaftlich integriert (Jessop 1986: 7f). Tragend für die fordistischen Formationen war somit ein umfassender Modus wohlfahrtsstaatlicher bzw. monopolistischer Regulation. International wurde dieser durch die Institutionen der US-Hegemonie sowie die intensive ökonomische Verflechtung innerhalb Westeuropas abgesichert.

Obwohl die internationale Regulation den Welthandel liberalisierte, nachfolgend die Internationalisierung des produktiven Kapitals vorantrieb und eine vergleichsweise dynamische Akkumulation ermöglichte, schritt die westeuropäische Integration, zumal die innergesellschaftlichen Verhältnisse relativ spannungsarm waren, nicht derart stetig voran, wie es die "Spill-Over-Effekte" der neo-funktionalistischen Theorie nahelegen. Im wesentlichen ist dies darin begründet, daß trotz aller gemeinsamen Interessen (Antikommunismus, Einbindung Deutschlands und die fordistische, weltmarktorientierte Modernisierung), die Entscheidungen des EG-Systems von den Nationalstaaten weitgehend abhängig blieben. Nationalstaatliche Divergenzen in Gestalt konkurrierender wirtschafts- und machtpolitischer Strategien - Frankreich war z.B. primär bestrebt, seine nationale Weltgeltung durch die europäische Integration aufrecht zu erhalten (Zieburá 1992: 485f) - schlugen sich demzufolge häufig unmittelbar in Stockungen des Inte-

grationsprozesses nieder. Fortschritte erfolgten eher diskontinuierlich, vornehmlich über das Muster sektoraler Komplementarität. Während Frankreich stärker agrarpolitische Interessen thematisierte und seine "technokratische `Staats-Bourgeoisie'" (Holman/Van der Pijl 1992: 8f) sich bemühte, die Wettbewerbsnachteile in der kapitalistischen Konkurrenz - ausgedrückt in anhaltenden Zahlungsbilanzdefiziten - wirtschafts- und währungspolitisch auszugleichen, forcierten Deutschland, die BeNeLux-Länder und später auch Italien den Abbau innereuropäischer Zölle, um die Konkurrenzvorteile - die deutschen lagen hauptsächlich im Investitionsgüterbereich - zur Geltung zu bringen (Statz 1975: 164ff; Statz 1989: 18ff). In der Konsequenz stand die EG-Integration ganz im Zeichen eines "Zweckverbands" (Ipsen), in dem die Intensivierung der sektoral komplementären Verflechtung, die Realisierung der Zollunion und eine umfangreiche agrarpolitische Regulierung deutlich dominierten.

3.2. Fordismuskrisis und Eurosklerose

In den 60er Jahren verlief, nimmt man die Marktintegration (die Realisierung der Zollunion) und weltweite Konkurrenzfähigkeit zum Maßstab, der Integrationsprozeß recht erfolgreich (Busch 1992: 16ff). Stockungen, wie Mitte des Jahrzehnts de Gaulles Politik des "leeren Stuhls", blieben angesichts der Wirtschafts- und Wohlstandseffekte eher Marginalien. Im nachfolgenden Jahrzehnt, als mit dem "Werner-Plan" der ehrgeizige Versuch der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) scheiterte, schlitterte die EG-Integration trotz der Beitritte Großbritanniens, Irlands und Dänemarks jedoch in eine Stagnationskrise, oft als "Eurosklerose" bezeichnet. Die Gründe hierfür liegen nicht zuletzt im kapitalistischen Formationswandel, d.h. in den Veränderungen internationaler und gesellschaftlicher Regulationsmodi. Diese resultieren zum einen aus der gewandelten Rolle der USA in der Weltwirtschaft. War sie in den Nachkriegsjahrzehnten noch die treibende Kraft der Internationalisierung des Waren-, produktiven und Finanzkapitals sowie der Errichtung von internationalen politischen Institutionen, insbesondere des Währungs- und Kreditsystems (Altvater 1987: 210ff; Bonder u.a. 1992: 28f), büßte sie aufgrund der technologischen Fortschritte in Westeuropa und Japan jedoch zusehends ihren Konkurrenzvorsprung ein (Hirsch 1993: 208). Mit der erfolgreichen Internationalisierung - besser Triadisierung - fordistischer Akkumulationsregimes erodierte nicht nur die ökonomischen Grundlagen der US-Hegemonie, auch der Mechanismus der Weltmarktregulation wurde funktionsunfähig. Infolge eines politisch nicht mehr kontrollierten privaten Geldmarktes (Euro-Dollar-Markt), wachsender Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen und der Schwächung des Dollars als Leitwährung löste sich zu Anfang der 70er Jahre das "System von Bretton Woods" sukzessive auf (Aglietta 1982: 23ff).

Gleichzeitig zersetzten sich zum anderen auch innergesellschaftlich die tragenden Strukturen der fordistischen Formationen. Das relativ starre Muster tayloristischer Rationalisierung enthielt kaum noch Produktivitätsreserven (Lipietz 1992a: 15ff). Angesichts erhöhter Kapitalintensitäten, zunehmender Transport- und Liegezeiten, der Ausdehnung verwaltungstechnischer Beschäftigungsbereiche, der technischen Störanfälligkeit der Produktion, verringerter Kalkulationshorizonte und der verschärften Weltmarktkonkurrenz wurde die fordistische Arbeits- und Produktionsorganisation zusehends ineffektiv. Unübersehbar, die verringerten Produktivitätssteigerungen, wirtschaftlichen Wachstumsraten und synchronisierten Krisenzyklen in der OECD verdeutlichen dies, war der alte Modus der Durchkapitalisierung - die fortwährende Erschließung nichtkapitalistischer Sphären - an seine Grenzen geraten. In der Folge löst sich in allen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften die Kohärenz von Akkumulationsregime und Regulationsweise auf. Die wohlfahrtsstaatlich geprägten Regulationszusammenhänge geraten von drei Seiten aus unter Druck:

1. Aufgrund der Internationalisierungsschübe - vor allem des Finanzkapitals - und der Auflösung des Bretton-Woods-Systems verschärft sich der Wettbewerb innerhalb destabili-

sierter Weltmarktbeziehungen. Da die Akkumulation und die Exportchancen davon nachhaltig beeinträchtigt werden können, steigen seitens der Exportindustrie und des Geldkapitals die infrastrukturellen sowie industrie- und währungspolitischen Anforderungen an die nationalstaatliche Regulation. Zudem verlangt das auf die nationalen Binnenmärkte orientierte Kapital nach staatlichen Förder- und Schutzmaßnahmen. Vielfach mündet dieser doppelte Druck in eine rigorose Wettbewerbs- und "Standort-Politik" (Altvater 1994; Hirsch 1995; Narr/Schubert 1994).

2. Gleichzeitig verringern sich in der Wachstumskrise die regulativen Ressourcen, die den Nationalstaaten zur Verfügung stehen. Da schwindende Steuereinnahmen nur vorübergehend durch Kredite überbrückt werden können, intensivieren sich die Konflikte über die redistributive öffentliche Verteilungsmasse. Letztlich schränken die Nationalstaaten verstärkt diejenigen finanziellen Leistungen ein, die nicht im Dienst der intensivierten Weltmarktoffensive stehen: sozial, ökologisch und entwicklungspolitisch orientierte Aufgaben.
3. Neben der Transnationalisierung und den wirtschaftlichen Krisenprozessen üben innergesellschaftlich soziale Kräfte - unter anderem Gewerkschaften, diverse Interessenverbände, Studenten etc. - Druck auf die politisch-institutionelle Regulation aus. Die in der fordistischen Expansionslogik angelegten Lohnsteigerungen, Forderungen nach gesellschaftlicher Partizipation sowie die Bewältigung sozialer ökologischer und friedenspolitischer Probleme führen zusehends zur Überforderung und damit auch zu Legitimationskrisen des institutionellen Regulationszusammenhangs (Habermas 1973; Offe 1972).

Zunächst förderte dieser Druck Anfang der 70er Jahre in den westeuropäischen Gesellschaften eine tendenziell linksgerichtete Renationalisierung der Politik (Holman/Van der Pijl 1992: 10); der etablierte wohlfahrtsstaatliche Regulationszusammenhang sollte aufrechterhalten, eher noch ausgebaut werden. In den Folgejahren wurde jedoch immer deutlicher, daß die zunehmenden Prozesse sozialer Desintegration unter den gegebenen Bedingungen nur noch unzureichend aufzufangen waren. Die Erosion der fordistischen Formation war angesichts der strukturellen Beschäftigungskrise, der Triadisierung und Destabilisierung der Weltökonomie und der wachsenden Macht der transnationalen Konzerne nicht abzuwenden (Esser 1993; Picciotto 1993). Bis heute stehen die Formen und Spielräume der politischen Regulierung unter einem anhaltenden Anpassungsdruck. Der Nationalstaat kann seine zentralen Aufgaben - extern die Förderung der Weltmarkt Konkurrenz und intern die Gewährung sozialer Kohäsion - kaum noch miteinander vermitteln (Ziebur 1992: 474).

Der ambitionierte Versuch, die EG in den 70er Jahren über den Charakter eines bloßen "Zweckverbands" hinauszuführen und eine umfassendere politische Vergemeinschaftung einzuleiten, ließ sich innerhalb eines krisengeschüttelten gesellschaftlichen und internationalen Umfelds und renationalisierter politischer Strategien zunächst nicht realisieren. Recht schnell scheiterte das Unterfangen, nach dem Ende des Bretton Woods Systems den verstärkten Schwankungen und Ungleichgewichten im internationalen Währungssystem auf europäischer Ebene durch eine verbindliche geld- und fiskalpolitische Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken entgegenzuwirken (Busch 1992: 20ff). Zwar wurde der erreichte Grad der ökonomischen Verflechtung und politischen Integration aufgrund des immer noch tragenden gemeinsamen Interessenbestands - nicht zurückgeschraubt, weitere politische Integrationschritte erfolgten jedoch nur sporadisch. Gleichwohl wurden mit der partiellen Ausweitung des Aufgaben- und Aktivitätsspektrums - Nord- und Süd-Erweiterungen, eigene Einnahmen zum EG-Haushalt, Gründung des Europäischen Währungssystems (EWS), Regional-, Umweltpolitik sowie Forschungs- und Technologiepolitik, Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) - sowie der Differenzierung des Entscheidungssystems - Direktwahl des EP, Europäischer Rat, Ausschuß der Ständigen Vertreter, beratende Ausschüsse, ein umfangreiches Verbands- und Lobbysystem - einige Voraussetzungen geschaffen, aufgrund derer in der zweiten Hälfte der 80er

Jahre ein neuer Integrationsschub möglich wurde (Keohane/Hoffmann 1990: 285f; Morgan 1993).

3.3. Gesellschaftlicher Formationswandel, neoliberale Hegemonie und institutionelle Transformationen in Westeuropa

Bis Mitte der 80er Jahre reiften die Voraussetzungen für einen neuen Integrationsschub heran. Der schleppende politisch-institutionelle Wandel des EG-Systems spielt dabei jedoch eher eine geringere Rolle als die grundlegende, bis heute unabgeschlossene Transformation des internationalen, europäischen und nationalen Vergesellschaftungsmodus. In allen fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften, so auch in Westeuropa, forcierten Modernisierungskoalitionen aus Industrie- und Geldkapital (TNKs), Staat, Wissenschaft und Teilen der Gewerkschaften - gestützt auf die Kernbelegschaften weltmarktorientierter Unternehmen sowie die modernen, gutbezahlten Dienstleister und Angestellten - Prozesse der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Reorganisation. Nach Jessop (1992: 245ff) sind es vier dominante Trends, die den Entwicklungspfad ab Mitte der 70er Jahre maßgeblich prägten: Erstens kommt es auf der Grundlage neuer kapital- und wissensintensiver Technologien wie der Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnik, Optoelektronik, Robotertechnik, Bio- und Gentechnologie etc. zu einer intensivierten internationalen technologischen Konkurrenz. Zweitens werden die economies of scale zusehends von dezentralen und flexibilisierten Formen der Arbeits- und Produktionsorganisation - economies of flexibility - abgelöst. In diesem Kontext deregulierten und flexibilisierten sich zusehends die nationalen Systeme der Arbeitsbeziehungen. Drittens beschleunigte sich die Globalisierung (Triadisierung) des Finanzkapitals; zum einen in Form ausländischer Direktinvestitionen Transnationaler Konzerne (Esser 1993; Röttger 1993: 27f) und zum anderen durch die "Aufblähung" der internationalen Finanzmärkte, deren Geld-, Kredit- und Devisentransaktionen sich nach der Auflösung des Fix-Kurs-Systems von der produktiven Akkumulation partiell entkoppeln und vorrangig den kurzfristigen Profitkalkülen der privaten Banken und FinanzspekulantInnen unterliegen (Hübner 1993). Und viertens ist die Regionalisierung der Weltökonomie, d.h. die Triade-Konkurrenz zwischen Nordamerika (USA), Südostasien (Japan) und Westeuropa der Ausdruck und die internationale Verlaufsform des eingeschlagenen neuen Entwicklungspfades.

Der Integrationsschub der 80er Jahre wurzelt im wesentlichen in diesen strukturellen Umbrüchen des kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus sowie in der Erfahrung, daß Westeuropa in der ersten Hälfte des Jahrzehnts in der Triade-Konkurrenz zurückfiel. Das wirtschaftliche Wachstum, die Beschäftigung, Investitionen und technologische Innovationen hielten mit den Entwicklungen in den USA und Japan nicht Schritt (Busch 1992: 26ff). Mit der Transformation des Akkumulationsregimes verlagerten sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten des Kapitals: Da die flexiblen und dezentral ausgerichteten Produktionssysteme in transnationale Reproduktionszusammenhänge integriert sind, intensiviert sich die grenzüberschreitende Vernetzung des Kapitals, während es für die abhängig Beschäftigten auf segmentierten Arbeitsmärkten - nicht zuletzt im Dienstleistungsbereich - schwerer wird, untereinander Formen der solidarischen Kooperation und Verhandlungsmacht aufrecht zu erhalten (Cox 1993: 261; Hirst/Thompson 1992: 363). So konnten sich neoliberale Modernisierungskoalitionen durchsetzen (Lipietz 1991a: 82ff), die auf einen neuen Integrationsschub drängten und mit der Marktöffnung die Kapitalverflechtung intensivierten. Das westeuropäische Industrie- und Finanzkapital stärkte erheblich seine außen- und innengerichtete Machtposition (Holman/Van der Pijl 1992: 16ff).

Nahezu allerorts erfolgte Anfang der 80er Jahre der Übergang zu monetaristisch inspirierten wirtschaftspolitischen Strategien, d.h. einer markt- und stabilitätsorientierten Wirtschafts-, Fiskal- und Geldpolitik. Während beschäftigungs- und sozialpolitische Zielsetzungen in den

Hintergrund rückten, wurden die Arbeits- und Sozialsysteme dereguliert und die Privatisierung öffentlicher Unternehmen forciert (Deppe/Weiner 1991; Bieling 1995). Dem Europäischen Währungssystem (EWS) kamen dabei zentrale Funktionen zu: zum einen begründete es in Europa eine Zone geld- und währungspolitischer Stabilität (Hirst/Thompson 1992: 364f) und machte den EG-internen Export von den Dollarschwankungen unabhängig; zum anderen bildete es - aufgrund der bestimmenden Rolle von D-Mark und Bundesbank, spätestens nach dem Scheitern der französischen Linkskoalition und der anschließenden austeritätspolitischen Wende - den Referenzrahmen für neoliberale Politikstrategien (Drainville 1992: 11ff). Es schuf somit die institutionellen und politisch-ideologischen Voraussetzungen für das Binnenmarktprojekt. Nach Holman und Van der Pijl (1992: 21f) beeinflusste der European Round Table of Industrialists (ERT) maßgeblich die in der EEA festgeschriebenen Ziele und Maßnahmen: die vollständige Realisierung der vier "Freiheiten" durch den Wegfall nicht-tarifärer Handelshemmnisse, d.h. ungehinderter Warentausch, freies Dienstleistungsangebot, ein offener Kapitalmarkt und die freie Wahl des Arbeitsplatzes. In Vernetzung mit weitverzweigten finanzkapitalistischen Kommunikationsstrukturen stellt der ERT gleichsam ein informelles Koordinationszentrum dar.

Im triadeorientierten Integrationspfad, der namentlich durch das EWS, die EEA und den Vertrag über die Europäische Union eingeschlagen wurde, lassen sich die strukturellen Vorgaben, zuallererst die des deutschen Finanzkapitals (Holman 1992: 7ff; Schlupp 1992) - monetäre Stabilität, Zentralisation des Kapitals, Vertiefung der westeuropäischen Arbeitsteilung, den Abbau von nationalen Regulationsformen, die den Kapitalverkehr beschränken - eindeutig wiedererkennen. Zum einen gelingt es dem Finanzkapital, die politischen Akteure, die Administration und andere gesellschaftliche Gruppen - Ingenieure, Angestellte, industrielle Kernbelegschaften, insbesondere die führenden Kapitalfraktionen der europäischen Peripherie etc. - materiell und ideologisch in den westeuropäischen hegemonialen Block einzubinden (Holman 1993; Drainville 1992: 11; Gill/Law 1989: 487ff). Auf europäischer Ebene bringen dies die komplexen "package deals" und Strukturfonds (Agrar-, Sozial-, Regional- und Kohäsionsfonds), innerhalb der nationalen Gesellschaften selektiv-korporatistische Verteilungskonkordien zum Ausdruck. Zum anderen festigt sich der hegemoniale Block dadurch, daß der potentielle Sprengstoff, den die zunehmenden sozialen und regionalen Polarisierungs- und Desintegrationsprozesse erzeugen, durch die Fragmentierung und Entpolitisierung ausgegrenzter und subalternen Klassen entschärft wird (Röttger 1993a).

Der Nationalstaat unterliegt seit den 70er Jahren einem fundamentalen Funktionswandel. Das umfassende regulative Netzwerk des fordistischen Wohlfahrtsstaats wird den wachsenden Anforderungen des Triadekapitalismus nicht mehr gerecht. In der Folge verändert sich die staatliche Stellung in der gesellschaftlichen Akkumulationsstruktur (Gill/Law 1989: 479ff). Im "schumpeterianischen Leistungsstaat" (Jessop 1992: 250ff) oder "Wettbewerbsstaat" (Hirsch 1995, Altvater 1994) zielt die staatliche Regulation primär auf die Errichtung innovations- und wettbewerbsorientierter sozialer und politischer Bedingungen sowie auf die funktionale, selektiv-flexible Einpassung von sozial- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen in die Marktdynamik. Der Übergang zur neuen Wettbewerbsregulation schlägt sich demzufolge in einer umfassenden Neuordnung des politisch-institutionellen Regulationsgefüges nieder. Dabei lassen sich folgende Dimensionen unterscheiden: Erstens verschieben sich die Gewichte innerhalb des Systems der Staatsapparate, indem die Funktionsweise der einzelnen Institutionen unter Effizienzkriterien neu aufeinander abgestimmt wird. Während die eng auf den Weltmarkt orientierten Ministerien - z.B. für Wirtschaft, Finanzen, Forschung und Technologie, Verkehr etc. - die politischen Prioritäten definieren, verlieren die Regierungsinstitutionen mit innergesellschaftlicher Perspektive - Arbeit, Bildung, soziale Absicherung, Kultur etc. - an Eigenständigkeit und Gestaltungskraft (Cox 1987, 285ff.; Panitch 1994). Zugleich durchdringt der politisch-institutionelle Wandel das zivilgesellschaftliche Gefüge. Demokratisch schwach legitimierte Apparate - Zentralbank, Gerichte, Polizei, Medien etc. - werden aufgewertet. Potentiell sozialintegrative

Organisationen - Parlamente, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften etc. - verlieren hingegen an sozialem Rückhalt, so daß ihre politische Gestaltungskraft weiter schwindet. Zweitens stützt sich die neue Wettbewerbsregulation auch auf veränderte Formen der staatlichen Intervention, die aufgrund ihrer marktanalogen Ausrichtung (Jessop 1995) zunächst als sehr flexibel erscheinen. Die Tatsache, daß sie durch stärker repressive und ideologische Regulationsmodi ergänzt und abgesichert werden, streicht jedoch ihren sozialen Charakter heraus. Vor allem arbeiten sie - z.B. über sog. "public-private-partnerships" - der wachsenden Macht privatwirtschaftlicher Akteure zu. Und drittens fördert das neue "Staatsprojekt" (Jessop 1994) auch den Umbau im System der politischen Repräsentation. Indem diejenigen zivilgesellschaftlichen bzw. intermediären Organisationen, über die soziale Bedürfnisse und Interessen zum Ausdruck gebracht, politische Konflikte ausgetragen sowie solidarische Kooperationsformen gesichert werden, an Bedeutung verlieren, verkehrt sich der politische Informationsfluß und die Richtung der Interessenartikulation. Zentrale politische Vorgaben durch die Zentral- und Großbanken sowie TNCs werden als "externe Sachzwänge" nicht mehr hinterfragt und entziehen sich zudem der öffentlichen Prüfung und demokratischen Einflußnahme (Gill 1992). Dadurch erodiert tendenziell das zivilgesellschaftliche Fundament der liberalen Demokratie, selbst wenn die tradierten demokratischen Institutionen und Mechanismen - vor allem Parlament und Gewaltenteilung - formell noch intakt bleiben. Insgesamt wird infolge der aggressiven "standort"-politischen Strategien die verschärfte internationale Konkurrenz und soziale Desintegration zum Charakteristikum des heraufziehenden internationalen Vergesellschaftungsmodus (Gill/Law 1989: 493f; Hirsch 1995).

Aber nicht nur die inhaltliche Ausrichtung der staatlichen Politik, auch die Gewichtung und Verknüpfung der politischen Regulationsebenen transformiert sich. Während auf der einen Seite entsprechend den ökonomischen Restrukturierungstendenzen die mikro-regionale bzw. lokale Ebene aufgewertet wird (Mayer 1991), verdichten sich auf der anderen Seite zugleich die makro-regionalen Regulationsformen (Cox 1993: 263). In Westeuropa ist die Regionalisierung der Staatsformen, d.h. die Tendenz zur supranationalen Koordination von Politikfeldern besonders ausgeprägt. Durch die zwar sektoral-selektive, aber gleichwohl zunehmende Vergemeinschaftung von Aufgabenbereichen und die expansive Einbeziehung diverser Organisationen und gesellschaftlicher, hauptsächlich privatwirtschaftlicher Akteure hat sich innerhalb eines verflochtenen Mehrebenen-Systems (EG, Nationalstaat, Regionen) ein neuer marktanaloger Regulationsmodus herausgebildet (Tömmel 1992; Felder 1993: 70ff; Jessop 1995). Das EU-System, in vorderster Reihe die Kommission, übernimmt - bei fortwirkender Begrenzung durch nationalstaatliche Machtbefugnisse - die Rolle eines Policy-Makers: erstens redistributiv, indem es die verschiedenen Strukturfonds als Mittel der Wettbewerbsförderung einsetzt; zweitens administrativ bzw. direktiv-reglementierend, indem es durch Verordnungen und Richtlinien der nationalstaatlichen Politik Umsetzungs- und Gestaltungsaufträge gibt; und drittens schließlich politisch-konzeptiv, indem es Integrationsvorhaben wie z.B. das EWS, das Binnenmarkt-Projekt oder die EWWU lanciert und den nationalen Regulationsmodus zur Anpassung drängt. Dies deutet darauf hin, daß sich mittlerweile eine transnationale "Fusionsbürokratie" bzw. ein weitgehend entdemokratisiertes - primär instrumentell legitimiertes - "technokratisches Regime" konstituiert hat (Bach 1993), das die markt- und innovationsgerichtete Integration politisch regulativ ankurbelt. Im Vergleich zur Integrationsphase der 50er und 60er Jahre, in der die EG als "Zweckverband" die wohlfahrtsstaatliche Regulationsweise komplementär absicherte, bildet sich nach der Krisen- und Stagnationsperiode in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ein neuer, stärker europäisierter Integrationsmodus heraus: die innovativ-selektive "Wettbewerbsregulation" innerhalb einer technokratisch-marktliberalen Stabilitätsgemeinschaft.

Der Vertrag über die Europäische Union, der angestoßen durch den Zusammenbruch des "Realsozialismus" die weitere Vertiefung der westeuropäischen Integration vorantreiben will, liegt ebenso auf dieser Linie wie das von der Kommission herausgegebene Weißbuch zu

"Wettbewerb, Wachstum und Beschäftigung in Europa" und die EU-Beiträge der meisten EFTA-Staaten. Ersterer verankert mit seinem Kernstück - der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) - den stabilitätspolitischen Kurs auf der supranationalen Ebene, der vorher von der Bundesbank über das EWS vorgegeben wurde und europäisiert mit der wirtschaftspolitischen "Gleichrichtung" der nationalen Modernisierungsstrategien die Ausgestaltung daran angebundener Aufgabenfelder (Bonder u.a. 1992: 92ff). Das Weißbuch setzt leicht andere Akzente, indem es versucht, den Modernisierungsprozeß industriepolitisch und infrastrukturell (durch die Bildung "europäischer Netzwerke", d.h. den Ausbau von Kommunikations- und Verkehrsstrukturen) zu ergänzen. Es stellt gewissermaßen eine erste Reaktion auf die "Schattenseiten", die desintegrativen Effekte der weltmarktorientierten Integrationsstrategie (regionale Disparitäten, soziale Polarisierungen, Massenarbeitslosigkeit) dar, ohne jedoch verbindliche Vorgaben zu machen oder gar zu einer umfassenden politischen Regulation auf europäischer Ebene überzuleiten. Dies gilt um so mehr, als in den nachfolgenden Diskussionen über die Umsetzung des Weißbuchs, das Hauptaugenmerk weniger der infrastrukturellen Modernisierung (Coates/Holland 1995) als vielmehr den Vorschlägen zur weiteren Flexibilisierung der Arbeitsmärkte galt.

Die Probleme sozialer und regionaler Kohäsion (Altvater/Mahnkopf 1993: 72ff; Lipietz 1991a: 95ff) innerhalb Westeuropas machen bereits deutlich, daß trotz der forcierten Reorganisation von Akkumulation und Regulation kein kohärenter und dauerhaft tragfähiger Entwicklungspfad eingeschlagen wurde. Armut, Massenarbeitslosigkeit (Kronauer 1993), die rasante Verschuldung öffentlicher und privater Haushalte, finanzielle Instabilitäten sowie schwache Investitionsraten und Produktivitätssteigerungen (Glyn 1992) verweisen auf anhaltende Widersprüche und Bruchstellen in der westeuropäischen Vergesellschaftung. Deren Regulation ist aufgrund der mangelnden Kohärenz von Akkumulationsregimes und Regulationsweisen keineswegs gesichert, sondern eher prekär (Lee 1994: 41ff). Bislang läßt die gesellschaftliche Antwort auf die desintegrativen Konsequenzen der globalisierten Ökonomie mangels kohärenter Alternativen auf sich warten (Cox 1992: 145). Die zukünftige Entwicklung der Integration wird nicht zuletzt davon abhängen, ob und - wenn ja - wie sich die angelegten "Sprengsätze" politisch artikulieren und verdichten: nationalistisch und aggressiv-wohlstandschauvinistisch oder transnational-sozialintegrativ und demokratisch.

3.4. Hegemoniale Strukturen im EU-System

Der Versuch, die Regulationstheorie für die Analyse der westeuropäischen Integration fruchtbar zu machen, steht vor keiner leichteren Aufgabe, als die Vermittlung von transnationalen ökonomischen, sozialen und politisch-institutionellen Verflechtungsprozessen konzeptionell zu erfassen. Hierzu reicht es - obwohl die Kritik am "Institutionalismus" durchaus berechtigt ist (Bonder u.a. 1993; Junne 1990; Scherrer 1994) - nicht aus, die akkumulationstheoretischen Grundlagen des Institution-building zu betonen. Sicherlich liefert die Struktur und Dynamik der ökonomischen Akkumulation die wesentlichen Voraussetzungen transnationaler und europäischer Regulationsformen. Deren konkrete Ausprägung erklärt sich letztlich aber nur, wenn das Handeln sozialer Akteure, d.h. soziale Auseinandersetzungen und der Formierungsprozeß hegemonialer Projekte berücksichtigt wird.

Im Unterschied zum (Neo-)realismus, der internationale Hegemonie im Sinn von wirtschaftlicher wie militärischer Macht und Dominanz überlegener Nationalstaaten begreift, analysiert die neogramscianische Regulationstheorie hegemoniale Strukturen und Ordnungen im Kontext nationaler und internationaler Vergesellschaftungsdynamiken: "Hegemony at the international level is thus not merely an order among states. It is an order within a world economy with a dominant mode of production which penetrates into all countries and links into other subordinate modes of production. It is also a complex of international social relationships which

connect the social classes of the different countries. World hegemony is describable as a social structure, an economic structure, and a political structure; and it cannot be simply one of these things but must be all three. World economy, furthermore, is expressed in universal norms, institutions and mechanisms which lay down general rules of behaviour for states and for those forces of civil society that cross national boundaries - rules which support the dominant mode of production" (Cox 1983: 172f). Obwohl diese Definition auf die Struktur der Weltordnung zielt, ist sie auf zweierlei Weise für die EG-Integration von Relevanz. Erstens verdeutlicht sie, daß die westeuropäische Integration durch das internationale System, seine hegemonialen Strukturen und deren Auflösung, überdeterminiert wird. Demnach stand die Integrationsphase bis Anfang der 70er Jahre im Zeichen der US-Hegemonie, während die nachfolgende Periode durch den Übergang zur triadisierten Weltökonomie geprägt wird. Und zweitens kann mit Hilfe der Definition auch in Betracht gezogen werden, ob und inwiefern sich auf der makro-regionalen Ebene hegemoniale Strukturen bzw. Projekte formieren, d.h. in welcher Weise soziale Kräfte strukturierend auf die Integration Einfluß nehmen, so daß sich deren Interessen in ihr ideologisch verallgemeinert niederschlagen. Aus regulationstheoretischer Perspektive ist die Beantwortung dieser Frage aufschlußreich, weil dadurch zum einen der Charakter der Integration erhellt wird, und zum anderen die Ursachen von Widerspruchspotentialen und mögliche Bruchstellen benannt werden können.

Hegemoniale Strukturen können sich also innerhalb von Reproduktionsräumen mit unterschiedlicher Reichweite (lokal, mikro-regional, national, makro-regional und global) herausbilden. Im Zentrum der hegemonietheoretischen Betrachtung steht dabei allgemein die zivilgesellschaftliche Vermittlung, durch die es sozialen Kräften gelingt, die in den Akkumulationsregimes und Regulationsformen angelegten Dynamiken, Werte und Identitäten politisch-ideologisch zu einem hegemonialen Block zusammenzuschweißen. Mit anderen Worten: Hegemonie gründet sich stets auf die Fähigkeit sozialer Kräfte, ihre Interessen im Sinne von Akkumulations- und Regulationsstrategien durch politische Projekte - d.h. die allgemeine Akzeptanz und Universalisierung von Normen, Regeln und Institutionen - zur Geltung zu bringen. Hegemonie beruht damit nicht nur auf Zwang, sondern jederzeit auch auf Konsens, der durch materielle Konzessionen und die ideologische Einbeziehung subalternen Klassen aufrechterhalten wird. Folglich sind in hegemoniale Ordnungen fortwährend Konflikte eingelagert. In welcher Form und Intensität sie zum Ausdruck kommen, hängt wesentlich von der Kohärenz des Blocks und den verfügbaren regulativen Ressourcen ab.

Röttger (1993: 50f) sieht im Mehrebenensystem der EU bereits die politische Form, in der sich das "metropolitane Herrschaftsprojekt" eines solchen Blocks institutionell manifestiert: "Zentraler Bestandteil dieses Herrschaftsprojekts ist die Herausbildung neuer Staatsformen und -funktionen, insbesondere die Politikverflechtung zwischen supranationaler, nationalstaatlicher und regionaler Regulationsebene. Durch dieses Politikmodell können inter-gouvernementale und gesellschaftlich-transnationale, föderale und konföderale Prinzipien bisheriger Integrationspolitik in ein neues Integrationsprojekt überführt und in ein neues 'Gleichgewicht' gebracht werden." Die "transnationale Interessensynthese der Akkumulation" und "kohärente transnationale Regulation" tendieren allerdings "nicht zur Bildung eines europäischen Zentralstaats". Bestimmend "ist vielmehr ein Zusammenspiel von regionaler, nationalstaatlicher und supranationaler Regulationsebene sowie von Markt und Staat, das in der Lage ist, qualitativ neue Regulationsformen auszubilden und sie auf allen Ebenen zu einer kohärenten Regulationsweise zu bündeln." Allerdings kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß der hegemoniale Vergesellschaftungs- und Integrationsstyp, der sich im letzten Jahrzehnt in Westeuropa entfaltete, von Instabilitätsmomenten und Bruchstellen durchzogen ist. Diese resultieren nicht zuletzt aus der staatlichen Vermittlung internationaler hegemonialer Ordnungen. Denn trotz aller Reorganisationsprozesse bleibt der Nationalstaat noch immer der wichtigste Kampfplatz konkurrierender sozialer Kräfte und eine zentrale Instanz der politischen Regulation (Jessop 1995). Da die Effekte sozialer Desintegration, materielle Verteilungskämpfe, politische Legitimationskrisen

und gesellschaftliche Identitäten vorwiegend auf seiner Ebene politisch artikuliert werden, können sie z.B. in Form populistischer oder nationalistischer Bewegungen die Integration blockieren.

Wenn die im Nationalstaat verdichteten Machtverhältnisse wesentlich die Formierung transnationaler hegemonialer Blöcke strukturieren, heißt dies also nicht, daß das institutionelle Netzwerk Westeuropas allein das Resultat von Bargaining-Prozessen zwischen nationalen Machtblöcken und dem transnationalen Kapital ist. In der Entstehung und Funktionsweise europäischer Institutionen artikulieren sich vielmehr eine Vielzahl politischer Akteure und Organisationen (Kohler-Koch 1994). Selbst soziale Bewegungen, die über keinerlei festgefügte Organisationsstrukturen verfügen (z.B. feministische, ökologie- und friedenspolitische Bewegungen), haben sich ansatzweise kommunikativ vernetzt (Cox 1992: 144) und können dem dominierenden Integrationsmodus zumindest partiell Widerstand entgegensetzen. Von der Formierung eines konkurrierenden gegen-hegemonialen Blocks mit alternativen Strategien und Inhalten sind sie jedoch weit entfernt. Zwar existiert die soziale Basis eines alternativen Blocks, die Lipietz (1992a: 62) als "rainbow coalition of trade unionists favouring self-management, feminists, ecologists and social innovators" beschreibt. Bislang artikuliert er jedoch weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene ein alternatives politisches Projekt.

Die Artikulation von politischen Alternativen unterliegt auf europäischer Ebene erheblichen Einschränkungen: Erstens sind die nicht-verwertungsorientierten Interessen, anders als auf der Ebene des Nationalstaats, nicht in einer europäischen Zivilgesellschaft verankert, d.h. es fehlt ihnen eine breite gemeinsame Kooperations- und Handlungsbasis; und zweitens verfügen sie - trotz mancher Ansätze: z.B. bei Gewerkschaften, politischen Parteien und diversen NGOs - daher auch über kein mit den nationalen Koordinationsmöglichkeiten vergleichbares organisatorisches Netzwerk. Infolge der mangelnden europäischen Kommunikation und Organisation bleibt ihnen vielfach nur der Weg, sich über den Prozeß der nationalstaatlichen Politikformierung Geltung zu verschaffen. Damit sind ihre Handlungs-, Einfluß- und Kooperationsmöglichkeiten deutlich fragmentierter als die der gesellschaftlich hegemonialen Machtblöcke; zudem werden ihre Interessen - sofern sie sich auf den europäischen Integrationsprozeß richten - herrschaftsstrategisch nochmals gefiltert. Dennoch bleiben die gesellschaftlichen Probleme und politischen Aufgaben, die von alternativen Kräften thematisiert werden, nicht gänzlich ohne Wirkung auf den Integrationsmodus. Denn die Aufrechterhaltung von Hegemonie benötigt immer auch die Kleinarbeitung und Integration von Widerspruchspotentialen; sonst degeneriert sie zur bloßen Zwangsherrschaft.

Für die nationalstaatlichen Institutionen hat die Regulationstheorie herausgearbeitet, daß diese die Form für die "Regulierbarkeit" von strukturellen Dynamiken und Konflikten sowie von sozialen Antagonismen bilden (Hirsch 1993: 204). Auch auf der Ebene der westeuropäischen Regulation geht es letztlich um die Aushandlung, Festschreibung und Institutionalisierung von oftmals asymmetrischen Kompromissen, die eine relativ eigenständige Wirkung entfalten, und dazu beitragen können, die Austragung von Widersprüchen und Konflikten innerhalb eines Netzwerks von Regulationsformen zu kanalisieren. Nach Cox (1983: 172) prägen fünf Merkmale die Entstehung und Funktionsweise hegemonialer internationaler Institutionen:

1. legen diese die Regeln fest, die die hegemoniale Expansion erleichtern;
2. sind die Institutionen selbst das Resultat hegemonialer Ordnungen;
3. legitimieren sie ideologisch deren Normen;
4. kooptieren sie die Eliten der Peripherie; und
5. absorbieren sie gegen-hegemoniale Ideen und Motive.

Mit einer Ausnahme treffen die aufgeführten Merkmale auf die institutionelle Regulation des EG-Systems zu. Allein das zweite Merkmal ist problematisch, da den Institutionen keine ein-

deutig an einen Nationalstaat gekoppelte westeuropäische Hegemonialordnung zugrunde liegt. Der Prozeß des Institution-Building stützt sich statt dessen eher auf mittelfristige Projekte, die von transnational orientierten sozialen Kräften, politischen Organisationen und den nationalstaatlichen Akteuren ausgehandelt werden. Eine führende Rolle kommt dabei dem "Power-Tandem" Frankreich und Bundesrepublik zu. Den Integrationsprozeß trägt somit eine transnational kooperative, nationalstaatlich fragmentierte hegemoniale Struktur mit einem Set komplexer, sich überlappender Netzwerke (Keohane/Hoffmann 1990: 281f). Die nationale Brechung der europäischen Regulationsformen wirkt sich dabei ambivalent auf deren Bestandsfähigkeit aus. Zum einen beruht die europäische Regulation nämlich auf unterschiedlichen, national geprägten ökonomischen, sozialen und institutionellen Bedingungen. Innere Konflikte, die durch Rivalitäten zwischen den Nationalstaaten überlagert, möglicherweise verstärkt werden können, transformieren sich daher häufig auf die europäische Ebene. Zum anderen kann die europäische Regulation aber auch, indem sie die gesellschaftlichen Reorganisationsprozesse vorantreibt, eine Stabilisierung der Herrschaftsstrukturen ermöglichen (Felder 1993: 63; Röttger: 1993a).

Die transnationale ökonomische Verflechtung und die supranationale institutionelle Integration sind, indem sie die national geprägten Akkumulationsregimes und Regulationsweisen durchdringen und gestalten, der Regulation der westeuropäischen Gesellschaften keineswegs äußerlich. Die konstitutive Bedeutung, die die EU-Ebene hinsichtlich der Formierung von Akkumulations- und Regulationsstrategien einnimmt, schlägt sich nachweislich in der konkreten Ausgestaltung einer Reihe wichtiger Politikfelder nieder. So hat das EG-System, besonders die Kommission, gleichsam als Policy-Maker (Tömmel 1992: 199ff) durch die konzeptive Vorbereitung und praktische Umsetzung von Integrationsprojekten einen relativ "offenen" und flexiblen Rahmen für marktnahe Formen der Regulation geschaffen, den die nationalstaatlichen, regionalen und sonstigen wirtschaftspolitischen Akteure annehmen und nachfolgend ausfüllen. Trotz des supranationalen Einflusses, bleibt jedoch der gesellschaftliche Prozeß, über den sich integrationspolitische Strategien formieren, grundlegend: Stets werden die Kompetenzen von EU-Institutionen und die grundsätzliche Ausrichtung der europäischen Integration von einflußreichen sozialen Kräften, politischen Akteuren und Nationalstaaten abgesteckt. Letztere sind im europäischen Integrationsprozeß nicht einfach bedeutungslos geworden, zumal in vielen Bereichen - der Sicherheits-, Militär-, Innen-, Sozial-, Infrastrukturpolitik etc. - der Grad der Vergemeinschaftung eher gering ist.

Obwohl die Nationalstaaten die zentralen politischen Vermittlungsinstanzen im Integrationsprozeß bleiben, sind sie aus Sicht der Regulationstheorie nicht dessen Motor. Diese bestimmt den Charakter und die Entwicklung der institutionell vermittelten Regulation in Westeuropa umfassender durch den Rückgriff auf die kapitalistische Vergesellschaftungsdynamik. Die Schlüsselfrage der Integrationstheorie, wie die "zusätzlichen" europäischen Regulationsdimensionen - die Internationalisierung, hier Europäisierung des Staats (Cox 1987; Holmann 1993) -, und damit das Verhältnis von Nationalstaat, Region, EU und globalem Kapitalismus zu begreifen sind, wird demnach in einen ökonomie-, gesellschafts- und staatstheoretischen Kontext gestellt. Hierdurch wird es möglich, die Ansätze und Ergebnisse der eher institutionalistisch ausgerichteten Integrationsforschung über internationale Regulation, (post-)hegemoniale Strukturen, institutionellen Wandel, Bargaining- und Entscheidungsprozesse sowie package deals (Keohane 1984: 133ff; Keohane/Hoffmann 1990; Scharpf 1985; Wessels 1992) materiell zu fundieren und zu reformulieren. Die Regulationstheorie analysiert also den Prozeß und die Transformation der internationalen und europäischen Regulation immer mit Bezug auf ihre ökonomischen Grundlagen und ihren sozialen Gehalt, d.h. die tragenden Akteure sowie deren Interessen und Machtpotentiale. Dadurch richtet sie den Blick nicht nur auf die Kohärenz der Regulation, insbesondere auf die reziproke Beziehung und Komplementarität von nationalen und europäischen Kompetenzbereichen; zugleich spürt sie, indem sie die Transformationsdynamik der ökonomischen und sozialen Restrukturierung im Auge behält, immer auch diejeni-

gen Potentiale auf (Spaltungs- und Polarisierungstendenzen), die die gesellschaftliche Kohäsion in Frage stellen und sich zu politisch-ideologischen Konflikten verdichten können.

4. Forschungsperspektiven und Integrationspfade

Der regulationstheoretische Ansatz erhebt nicht den Anspruch, jenseits der gängigen Forschungspraxis neue - gleichsam spektakuläre - Arbeitsfelder zu eröffnen. Seine kritische Intention liegt vielmehr darin, der "Überspezialisierung" entgegenzuwirken und die ökonomie- sowie gesellschafts- und staatstheoretischen Grundfragen der europäischen Integration nicht zu verdrängen (Röttger 1993: 66ff). Bisher liegen nur wenige regulationstheoretische Arbeiten zur europäischen Integration vor. Daher kann derzeit kaum ein fest umrissenes Forschungsprogramm präsentiert werden. Dennoch seien einige Eckpunkte, Fragestellungen und Prioritäten für die weitere Forschungspraxis benannt:

1. Im Bereich der empirisch ausgerichteten Forschung scheinen vor allem diejenigen Bereiche von Interesse, in denen die theoretische Hypothesenbildung relativ weit vorangeschritten ist. Das gilt vor allem für die - sozio-ökonomische und politisch-institutionelle - Reproduktion und Reorganisation hegemonialer Strukturen im europäischen Integrationsprozeß.
 - a) Dies betrifft zuerst die sozialen Grundlagen der Policy-Prozesse - häufig verkürzt als "soziale Dimension" bezeichnet -, die sich über das politisch-institutionelle System hinaus auf den Bereich der materiellen Reproduktion erstrecken. Unter anderem wäre zu analysieren, ob und wie sich die europäische Integration auf die Entwicklung der Arbeitsmärkte und des Beschäftigungssystems (Arbeitslosigkeit) (Kronauer 1993) sowie auf die Arbeitsbeziehungen (Deppe/Weiner 1991) und die Transformation der sozialpolitischen Regulierung (Bieling 1995) auswirkt, und wie die eingeschlagenen Entwicklungspfade - nicht zuletzt die soziale Desintegration und Polarisierung - den Fortgang des europäischen Integrationsprozesses - als Vernetzung von Regulierungsebenen - beeinflussen. Die jüngsten Entwicklungen weisen hinsichtlich des Wohlfahrtsstaats bislang die darauf hin, daß die Regime-Typologie von Esping-Andersen (1990) - hiernach können ein sozialdemokratisches Regime in Skandinavien, ein konservatives in Kontinentaleuropa, ein liberales im angelsächsischen Raum und ein "postautoritäres" in der südeuropäischen Peripherie (Lessenich 1994) unterschieden werden - modifiziert werden muß. Denn zum einen vollzieht sich - vor allem infolge der Vorherrschaft neoliberaler Politikstrategien und der europäischen Integrationsdynamik - ein länderübergreifender Konvergenzprozeß, so daß sich die wohlfahrtsstaatlichen Regimes tendenziell gleichgerichtet reorganisieren. Zum anderen bricht sich die strategische Annäherung jedoch zugleich an den tradierten institutionellen Regulierungsmustern, die sich keinesfalls einfach auflösen. Insofern verbleibt die Transformation vorerst weitgehend innerhalb der nationalen regulativen Strukturmerkmale, die ihrerseits dafür sorgen, daß die übergreifende strategische Orientierung mit einer Vielfalt konkreter arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Maßnahmen einhergeht. Weitgehend unerforscht ist dabei jedoch noch, wie sich dieser Prozeß zwischen den unterschiedlichen Regulierungsebenen vermittelt. Nicht zuletzt stellt sich die Frage, über welche Organisationen die Interessen und Optionen sozialer Klassen strategisch gebündelt und europapolitisch eingebracht werden können bzw. wie sich die Vorteile, der Nutzen und die Probleme der europäischen Integration im Kontext des Formationsbruchs gesellschaftlich verteilen. Der Zusammenhang zwischen den marktgesteuerten Transnationalisierungsprozessen und den Krisen nationalstaatlicher Wohlfahrtssysteme - einschließlich sozialpolitischer Kräftekonstellationen und Konflikte, die deren funktionale und territoriale Reorganisation zum Gegenstand haben - bedarf sozialwissenschaftlich und praktisch-politisch (z.B. im Hinblick auf die strategischen Optionen von Interessen-

verbänden, unter anderem der Gewerkschaften und der Arbeitgebervereinigungen) weiterer Klärung.

- b) Eng verbunden mit der sozialstrukturellen ist zweitens die politisch-institutionelle Dimension der Macht- und Herrschaftsanalyse. In das Institutionensystem der EU sind Formen struktureller und relationaler bzw. direkter Macht (Strange 1988) eingeschrieben. Über die politischen Mechanismen (Bargaining-Prozesse) und Akteure (politische Organisationen und Vertretungen, Ausschüsse etc.) artikulieren sich konfligierende soziale Interessen. Konkret geht es dabei darum, den Einfluß sozialer Interessenlagen und Machtansprüche im Hinblick auf die politisch-institutionelle Verarbeitung von gesellschaftlichen und europäischen Umbrüchen zu untersuchen. Hegemonietheoretisch sollte dabei davon ausgegangen werden, daß sich hegemoniale Konstellationen in der EU nicht allein entlang der Achsen nationalstaatlicher Macht oder auch einer Bündnisachse zwischen Deutschland und Frankreich bilden. Sie gehen vielmehr - wie auch Deubner (1995) betont - mit der "Errichtung wirtschaftlicher und anderer nichtgouvernementaler Netzwerke zwischen den EU-Staaten" einher. Zwei Merkmale zeichnen solche Netzwerke aus: Machtkomplexe dieser Art wirken transnational (und sind nicht an die Dominanz eines einzelnen Nationalstaats und seiner politisch-militärischen Macht gebunden) und konstituieren sich darüber hinaus als Informations-, Kommunikations- und Aushandlungsarenen, in denen der Einfluß von Nicht-Regierungs-Akteuren (vor allem der TNKS) erheblich ist. Zudem weist auch die Aufwertung der EU als "Policy-Maker" und der Kompetenzzuwachs der regionalen und lokalen Politikebenen darauf hin, daß gerade hinsichtlich der hegemonialen Vernetzung von sozialen und politischen Akteuren auf unterschiedlichen Handlungsebenen empirischer und theoretischer Forschungsbedarf angesagt ist. Für eine kritische Überprüfung traditionaler Hegemonietheorien stellt die europäische Integration daher aufschlußreiches Material bereit.
- c) Eine dritte Dimension empirischer Forschung ist gleichsam zwischen den Sphären von Ökonomie und Politik bzw. Markt und Staat zu verorten. Sie betrifft das weite Feld der zivilgesellschaftlichen Vermittlung politischer Orientierungen. Transnationale Kommunikationsstrukturen gewinnen auch im europäischen Integrationsprozeß - wie die Privatisierung- und Deregulierung der Telekommunikationsindustrien, die transnationalen Medienkonzerne sowie die Visionen von "Multimedia" und Datenautobahnen illustrieren - zunehmend an Bedeutung. Sicherlich steht das Projekt einer europäischen "Informationsgesellschaft" bislang noch auf wackligen Beinen. Doch bereits jetzt wäre es alles andere als belanglos, zu überprüfen, inwiefern der europäische Integrationsprozeß zum einen über europäisierte Öffentlichkeiten - z.B. Medien (Fernsehen, Bücher, Zeitschriften) Kirchen, Schulen, Konsummuster, Lebensweisen etc.-, zum anderen durch informelle, aber relativ bestandsfähige politische Kommunikations- und Kooperationsformen (Netzwerkanalyse) gleichsam "flexibel" abgestützt wird. Zugleich ist damit die Frage aufgeworfen, welchen Kräften es möglich ist, auch jenseits des nationalen und supranationalen politischen Systems auf politische Steuerung Einfluß zu nehmen, während anderen der Zugang verwehrt oder zumindest erschwert wird. Der Charakter und die Dynamik des "Mehrebenensystems" könnte dadurch präziser bestimmt, seine hegemoniale Bestandsfähigkeit genauer gefaßt werden.
2. Der theoretische und politische Forschungsbedarf konzentriert sich umfassender auf die Strukturen und Ziele eines zukünftigen "europäischen Gesellschaftsmodells" (z.B. Kaelble 1987; Albert 1992; Thurow 1992).
- a) Zentrale theoretische Fragen stößt nicht zuletzt der Diskurs über postnationale und europäische Identitäten an (Dewandre/Lenoble 1994; Lepsius 1991; Münch 1993). Häufig legt sich dieser jedoch keinerlei Rechenschaft über den Referenzrahmen, mögliche alternative Entwicklungspfade sowie über die normativen Maßstäbe ab. Wenn der Identitäts-

Diskurs jedoch gesellschaftstheoretisch fundiert und die Funktionsweise sozialintegrativer und identitätsstiftender Institutionen wie Ressourcen genauer bestimmt wird, rücken oft vernachlässigte Aspekte in den Vordergrund, die gerade hinsichtlich der Kohärenz und Stabilität weiterer Integrationsschritte von Bedeutung sind: die "organische Solidarität" der Arbeitsgesellschaft, die soziale Sicherheit des Wohlfahrtsstaats, die kommunikative Kohäsion der zivilen Öffentlichkeit und die legitimierende Kraft der parlamentarischen Demokratie.

- b) Die politische Relevanz derartiger Fragestellungen liegt auf der Hand; denn mit den Umbrüchen seit den 70er Jahren hat sich die Konstellation des "Blockes" transnationaler, gemeinschaftlicher Interessen, die das EWG/EG-Projekt seit der Gründerphase prägte und trug, grundlegend gewandelt:
- Mit dem Ende des Kalten Krieges hat der antikommunistische Grundkonsens die Funktion als "ideologischer Zement" (in der Europapolitik) verloren;
 - die Tendenz zu einer Multipolarisierung der Weltpolitik und zu einer "Triadisierung" des Weltmarktes hat die Bedeutung der "atlantischen Beziehungen", damit auch das Gewicht der USA, für die Europapolitik deutlich abgeschwächt;
 - die Globalisierung der Weltwirtschaftsbeziehungen - mit den Transnationalen Konzernen und insbesondere dem Finanz- und Dienstleistungskapital als den Hauptakteuren - tendiert zu einer Auflösung der (fordistischen) Kompatibilität von nationalem Keynesianismus und internationalem Freihandelsregime; der "Sachzwang Weltmarkt" unterminiert nicht allein die Souveränität des Nationalstaates, sondern greift direkt in die Organisation der Produktion ("Toyotismus", "lean production"), der Arbeitsbeziehungen sowie in die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen ein ("Standortdebatte");
 - die (fordistische) Wachstumskonstellation des "Golden Age of Capitalism" (Marglin/Schnor 1990) scheint sich erschöpft zu haben; zugleich verursacht industriekapitalistisches Wachstum Kosten und Risiken, die ihrerseits die Anforderungen an politisches Handeln (von der Ebene der lokalen Politik bis hin zu internationalen Regimen) grundlegend verändert haben.

Der Maastrichter EU-Vertrag gibt für die 90er Jahre eine Perspektive für den weiteren Gang der ökonomischen, monetären und politischen Integration vor. Die Unsicherheit darüber hält an, ob in Maastricht realistische Zielvorgaben gesetzt wurden (Deppe 1993). Skepsis resultiert nicht allein aus den Legitimationsverlusten, die das "Projekt Europa" im Zuge der Ratifizierung von Maastricht, aber auch in den Jahren der Weltwirtschaftskrise 1992/93 in der politischen Öffentlichkeit zu verzeichnen hatte. Die europapolitische Debatte tendiert - nicht allein in Deutschland - offenkundig zu einer stärkeren Betonung der nationalen Interessen sowie des Prinzips der Intergouvernementalität zu Lasten der Perspektive der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Politischen Union. Während der - durch den Beitritt der EFTA-Staaten - erweiterte Binnenmarkt als unverzichtbar akzeptiert wird, erscheint die Perspektive einer supranationalen oder auch föderal verfaßten EU als nicht mehr realistisch und mehrheitsfähig. Dem Bericht der "Weidenfeld-Kommission" zufolge gilt es demnach "die europäische Handlungsfähigkeit unter den Bedingungen fortdauernder nationalstaatlicher Binnengliederung zu organisieren ... Spätestens mit dem Maastrichter Vertrag ist ein Punkt erreicht, an dem das föderale Gleichgewicht zwischen den politischen Ebenen durch extensive Kompetenzübertragungen an die Union gefährdet wird. An die Stelle einer weiteren Extensivierung der europäischen Kompetenzen muß daher künftig eine Intensivierung der Kernzuständigkeiten der Europäischen Union treten" (Weidenfeld 1995: 14). In dem Bericht wird demzufolge für eine klare Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Brüssel und den Nationalstaaten plädiert

("Kompetenzkatalog"). Das Subsidiaritätsprinzip müsse konsequenter angewandt werden und die Währungsunion erneut auf den Prüfstand. Kooperationsbedarf bestehe dagegen in den Bereichen der Außen-, Sicherheits- und Innenpolitik, d.h. auf Feldern, auf denen es - so der Vertrag über die Europäische Union (Titel V und VI) - nicht um gemeinschaftliche Politik, sondern um intergouvernementale Vereinbarungen von souveränen Staaten geht.

Der Primat der Außen- und Sicherheitspolitik, der nunmehr für die Europapolitik eingefordert wird, verdrängt nicht allein die sog. "weichen" Politikfelder - wie z.B. die Sozial- und Ökologiepolitik sowie Fragen der weiteren Demokratisierung und Gleichstellung der Geschlechter, sondern impliziert (und intendiert) in der europäischen Politik eine Aufwertung der nationalstaatlichen Politik- und Kooperationsebene. Die "realistischen" Positionen in der deutschen Politikberatung unterbreiten im Hinblick auf die anstehende Erweiterung der EU - gleichsam zwischen den alten bundesstaatlichen Konzepten und der Perspektive einer großen Freihandelsunion, die im wesentlichen der Logik der Balance of Powers folgt - die Option einer "differenzierten Integration": "Die 'List von Maastricht' kann darin gesehen werden, daß sich der Unionsvertrag (mit seinen hohen Hürden für den Beitritt zur Währungsunion, mit seinen drei Abstufungen bei der Integration der Umweltpolitik und seinen Opting-out-Regelungen) an diesem Prinzip der Differenzierung orientiert und daß seine Implementierung in praxi auf eine variable Geometrie hinauslaufen würde, ohne daß dies im Vertrag oder von den Regierungen ausdrücklich gesagt wird. Der Entwurf für eine Kerngruppe in einem erweiterten Europa, der von der CDU/CSU-Fraktion mit dem Schäuble-Lamers-Papier (1994) unterbreitet wurde, macht diese Tendenz nur explizit" (Link 1995: 479f). Unabhängig davon, wie die differenzierten Projekte im einzelnen auch bezeichnet werden - ob als géometrie variable, als Europa der konzentrischen Kreise, als Kerneuropa oder als Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten - , im Mittelpunkt der deutschen Überlegungen steht dabei stets die Überlegung, die Achse Bonn-Paris als politischen Stabilitätsanker zu erhalten bzw. zu stärken; nicht zuletzt, um die Bildung von transnationalen Bündniskoalitionen (in der EU, in Gesamteuropa sowie in den atlantischen Beziehungen), die gegen Deutschland gerichtet sind, zu verhindern.

Gegenüber solchen neorealistischen Optionen (Schwarz 1994), die dahin tendieren, die EU als Form eines erweiterten Gemeinsamen Marktes (als System der Marktfreiheiten), der durch nationale Machtpolitik, zwischenstaatliche Bündniskonstellationen und das Prinzip des intergouvernementalen Bargaining politisch-institutionell abgesichert wird, zu betrachten, sehen wir die Vorzüge einer regulationstheoretisch geleiteten Analyse transnationaler Vergesellschaftung und Integration vor allem darin, daß sie den Beziehungszusammenhang zwischen ökonomischen und sozialen Prozessen und den Formen der politisch-rechtlichen Institutionalisierung in bezug auf die Bildung und Auflösung "historischer Blöcke" - d.h. eine Konfiguration sozialer Kräfte, ihrer ökonomischen Basis, ihrer ideologischen Artikulation und ihrer politischen Formen (Cox 1993: 259) - thematisiert. Das kritische Potential dieses Ansatzes - auch für die Analyse der europäischen Integration und der Integrationspolitik - erschließt sich hauptsächlich daraus, daß sie die Brüche und Widersprüche, die "Schattenseiten" der weltmarktorientierten Modernisierung, ins Blickfeld rückt.

Die These von Michael Zürn, "daß das Aufkommen nationalistischer Gegenbewegungen eine Reaktion auf eine Situation darstellt, in der den gesellschaftlichen Internationalisierungsprozessen nur unzureichend durch eine erhöhte und demokratisch kontrollierte politische Steuerungsfähigkeit begegnet wird" (Zürn 1992: 510), wäre daher um die These zu ergänzen, daß diese Gegenbewegungen selbst noch auf dem Boden jener sozialen Desintegrationsprozesse (in Gestalt der chronischen Massenarbeitslosigkeit, der anwachsenden Armut sowie der Krise der sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Apparate) erwachsen, die durch das neue Akkumulationsregime sowie durch die in den westlichen Metropolen vorherrschende Politik der Deregulierung und Privatisierung reproduziert werden. Die Bedeutung der Regulationstheorie für die Integra-

tionsforschung besteht eben auch darin, daß sie die Frage nach der Zukunft eines "europäischen Gesellschaftsmodells" in den Mittelpunkt stellt.

Literatur

- Aglietta, Michel 1979: A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience, London; französische Fassung 1976.
- Aglietta, Michel 1979a: Die gegenwärtigen Grundzüge der Internationalisierung des Kapitals. Die Wertproblematik; in: Deubner, Christian; Rehfeldt, Udo; Schlupp Frieder; Ziebura, Gilbert: Die Internationalisierung des Kapitals. Neue Theorien in der internationalen Diskussion, Frankfurt/New York, S. 70-124.
- Aglietta, Michel 1982: World Capitalism in the Eighties; in: New Left Review 136, S. 5-41.
- Albert, Michel 1992: Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt/New York.
- Altwater, Elmar 1987: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien, Hamburg.
- Altwater, Elmar 1991: Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des "real existierenden Sozialismus", Münster.
- Altwater, Elmar 1994: Operationsfeld Weltmarkt oder: Die Transformation des souveränen Nationalstaats in den nationalen Wettbewerbsstaat; in: Prokla, 24 Jg., Heft 97, S. 517-547.
- Altwater, Elmar; Mahnkopf, Birgit 1993: Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht, Münster.
- Bach, Maurizio 1993: Vom Zweckverband zum technokratischen Regime: Politische Legitimation und institutionelle Verselbständigung in der Europäischen Gemeinschaft; in: Winkler, Heinrich August; Kaelble, Hartmut (Hg.), Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität, Stuttgart, S. 288-308.
- Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M..
- Beck, Ulrich 1993, Die Erfindung des Politischen, Frankfurt a.M..
- Becker, Uwe 1989: Akkumulation, Regulation und Hegemonie. Logische Korrespondenz oder historische Konstellation?; in: Politische Vierteljahresschrift, 30. Jg., Heft 2, S. 230-253.
- Bieling, Hans-Jürgen (Hg.) 1995: Arbeitslosigkeit in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich (FEG-Studie Nr. 7), Marburg.
- Bonder, Michael; Röttger, Bernd; Ziebura, Gilbert 1992: Deutschland in einer neuen Weltära. Die unbewältigte Herausforderung, Opladen.
- Bonder, Michael; Röttger, Bernd; Ziebura, Gilbert 1993: Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft. Kritik des globalen Institutionalismus; in: Prokla, 23. Jg., Heft 91, S. 327-341.
- Busch, Klaus 1992: Umbruch in Europa. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Perspektiven des einheitlichen Binnenmarktes; 2. erweiterte Auflage, Köln.
- Cox, Robert W. 1983: Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method; in: Journal of International Studies: Millenium, Vol. 12, No. 2, S. 162-175.
- Cox, Robert W. 1987: Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History, New York.
- Cox, Robert W. 1992: Towards a post-hegemonic conceptualization of world order: policy convergence and bases of governance in the international economic order; in: Rosenau, James N.; Czempiel, Ernst-Otto (Hg.), Governance without government: order and change in world politics, Cambridge, S.132-159.
- Cox, Robert W. 1993: Structural Issues of Global Governance: Implications for Europe; in: Gill, Stephen (Hg.), Gramsci, historical materialism and international relations, Cambridge, S. 259-289.
- Coates, Ken; Holland, Stuart 1995: Full Employment For Europe. The Commission, the Council and the Debate on Employment in the European Parliament 1994-95, Nottingham.

- Delorme, Robert 1992: Staat und ökonomische Entwicklung; in: Demirovic, Alex; Krebs, Hans-Peter; Sablowski (Hg.), Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß, Münster, S. 158-181.
- Deppe, Frank 1991: Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung, Marburg.
- Deppe, Frank 1993: Von der Europhorie zur Erosion - Anmerkungen zur Post-Maastricht-Krise der EG; in: ders.; Felder, Michael, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), (FEG-Arbeitspapier Nr. 10), Marburg, S. 7-62.
- Deppe, Frank/Weiner, Klaus-Peter (Hg.) 1991: Binnenmarkt '92. Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Europa, Hamburg.
- Deubner, Christian 1995: Deutsche Europapolitik: Von Maastricht nach Kerneuropa? Baden-Baden.
- Dewandre, Nicole/Lenoble, Jaques (Hg.) 1994, Projekt Europa: Postnationale Idenität, Grundlage für eine europäische Demokratie, Berlin.
- Drainville, André C. 1992: International Political Economy in the Age of Open Marxism, Working Paper No. 27, Amsterdam.
- Esping-Andersen, Gosta 1990: The three worlds of welfare capitalism, Princeton.
- Esser, Josef 1993: Die Suche nach dem Primat der Politik; in: Unseld, Siegfried (Hg.), Politik ohne Projekt? Nachdenken über Deutschland, Frankfurt a.M., S. 409-430.
- Felder, Michael 1993: Die Krise des EG-Systems und Perspektiven seiner Weiterentwicklung in den neunziger Jahren; in: Deppe, Frank; Felder Michael, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG); FEG-Arbeitspapier Nr. 10, Marburg, S. 63-82.
- George, Stephen 1990: The European Community: A Structuralist Perspective, Sheffield Papers in International Studies, Sheffield.
- Giddens, Anthony 1990: The Consequences of Modernity, Stanford.
- Gill, Stephen 1992: The Emerging World Order and European Change: The Political Economy of European Union; in: Miliband, Ralph; Panitch, Leo (Hg.), New World Order? Socialist Register 1992, London, S. 157-196.
- Gill, Stephen R. (Hg.) 1993: Gramsci, historical materialism and international relations, Cambridge.
- Gill, Stephen R.; Law, David 1989: Global Hegemony and the Structural Power of Capital; in: International Studies Quaterly 33, S. 475-499.
- Glyn, Andrew 1992: The Costs of Stability: The Advanced Capitalist Countries in the 1980s; in: New Left Review 195, S. 71-95.
- Görg, Christoph 1994: Der Institutionenbegriff in der "Theorie der Strukturierung"; in: Esser, Josef; Görg, Christoph; Hirsch, Joachim (Hg.), Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg, S. 31-84.
- Gramsci, Antonio 1967: Philosophie der Praxis; hrsg. von Christian Riechers, Frankfurt a.M..
- Habermas, Jürgen 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt a.M..
- Hamilton, Daniel 1994: Jenseits von Bonn - Amerika und die Berliner Republik. Eine Studie des Carnegie Endowment for International Peace; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1994, S. 366-373.
- Hirsch, Joachim; Roth, Roland 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus, Hamburg.
- Hirsch, Joachim 1990: Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute, Hamburg.
- Hirsch, Joachim 1993: Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus; in: Das Argument 198, S. 195-222.
- Hirsch, Joachim 1994: Politische Form, politische Institutionen und Staat; in: Esser, Josef; Görg, Christoph; Hirsch, Joachim (Hg.), Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg, S. 157-212.

- Hirsch, Joachim 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin.
- Hirst, Paul; Zeitlin, Jonathan 1991: Flexible specialisation versus post-Fordism: theory, evidence and policy implications; in: *Economy and Society*, Vol. 20, No. 1, S. 1-56.
- Hirst, Paul; Thompson, Grahame 1992: The problem of "globalisation": international economic relations, national economic management and the formation of trading blocks; in: *Economy and Society*, Vol. 21, No. 4, S. 357-396.
- Holman, Otto 1992: Transnational Class Strategy and the New Europe; in: *International Journal Of Political Economy*, Spring, S. 3-22.
- Holman, Otto 1993: Integrating Southern Europe. EC expansion and the Transnationalisation of Spain, Amsterdam.
- Holman, Otto; Van der Pijl, Kees 1992: Restructuring the Ruling Class and European Unification, Working Paper No. 28, Amsterdam.
- Hübner, Kurt 1988: Die Krisentheorie der Regulationisten; in: Mahnkopf, Birgit (Hg.) *Der gewendete Kapitalismus: Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation*, Münster, S. 29-73.
- Hübner, Kurt 1990: Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomiem, Berlin.
- Hübner, Kurt 1991: Europas Ökonomien im Umbruch. Einige Arbeitshypothesen; in: *Initial*, Heft 3, S. 244-250.
- Hübner, Kurt 1993: Strukturveränderung des Kapitalismus und Internationalisierung des Kapitals; in: *links*, Heft 7/8, S. 34-36.
- Jacobitz, Robin 1991: Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, FEG-Arbeitspapier Nr. 5, Marburg.
- Jessop, Bob 1986: Der Wohlfahrtsstaat im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus; in: *Prokla*, 16. Jg., Heft 65, S. 4-33.
- Jessop, Bob 1990: Regulation theories in retrospect and prospect; in: *Economy and Society*, Vol. 19, No. 2, S. 153-216.
- Jessop, Bob 1992: Regulation und Politik. Integrale Ökonomie und integraler Staat; in: Demirovic, Alex; Krebs, Hans-Peter; Sablowski (Hg.), *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*, Münster, S. 232-262.
- Jessop, Bob 1994: Veränderte Staatlichkeit. Veränderungen von Staatlichkeit und Staatsprojekten; in: Grimm, Dieter (Hg.), *Staatsaufgaben*, Baden-Baden, S. 43-73.
- Jessop, Bob 1995: Die Zukunft des Nationalstaats: Erosion oder Reorganisation? - Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa; in: *Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven* (FEG-Studie Nr. 5), Marburg, S. 9-47.
- Junne, Gerd 1990: Theorien über Konflikte und Kooperation zwischen kapitalistischen Industrieländern; in: Rittberger, Volker (Hg.), *Theorien der internationalen Beziehungen*, PVS-Sonderheft 21 Opladen, S. 353-371.
- Kaelble, Hartmut 1987, *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft*, München.
- Kebir, Sabine 1991: *Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik*, Hamburg.
- Kennedy, Paul 1987: *The Rise and the Fall of the Great Powers*, New York.
- Keohane, Robert O. 1984: *After Hegemony. Cooperation and Dicord in the World Political Economy*, Princeton.
- Keohane, Robert O.; Hoffmann, Stanley 1990: Conclusions: Community politics and institutional change; in: Wallace, William (Hg.), *The Dynamics of European Integration*, London, S. 276-300.
- Kohler-Koch, Beate 1994: Changing Pattern of Interest Intermediation in the European Union; in: *Government and Opposition*, Vol. 18, No. 2, S. 166-180.
- Kronauer, Martin (Hg.) 1993: Unemployment in Western Europe. *International Journal of Political Economy*, No. 3.

- Lee, Ho-Geun 1994: Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG, FEG-Arbeitspapier Nr. 11, Marburg.
- Lepsius, Rainer M. 1991: Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der europäischen Gemeinschaft; in: Wildenmann, Rudolf (Hg.), Staatswerdung Europas, Baden-Baden, S. 19-40.
- Lessenich, Stefan 1994: Three Worlds of Welfare Capitalism - oder vier? Strukturwandel arbeits- und sozialpolitischer Regulierungsmuster in Spanien; in: Politische Vierteljahresschrift, 35. Jg., Heft 2, S. 224-244.
- Link, Werner 1995: Ordnungsentwürfe für Europa; in: Kaiser, Karl; Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die neue Weltpolitik, Bonn, S. 471ff.
- Lipietz, Alain 1985: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff "Regulation"; in: Prokla, 15. Jg, Heft 58, S. 109-137.
- Lipietz, Alain 1986: Behind the Crisis: The Exhaustion of a Regime of Accumulation. A "Regulation School" Perspective on some French Empirical Works; in: Review of Radical Political Economics, Vol. 18, No. 1-2, S. 13-32.
- Lipietz, Alain 1991: Demokratie nach dem Fordismus; in: Das Argument 189, S. 677-695.
- Lipietz, Alain 1991a: Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit am Vorabend des 21. Jahrhunderts; in: Leviathan, Heft 1, S. 78-101.
- Lipietz, Alain 1992: Vom Althusserismus zur "Theorie der Regulation"; in: Demirovic, Alex; Krebs, Hans-Peter; Sablowski (Hg.), Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß, Münster, S. 9-54.
- Lipietz, Alain 1992a: Towards a New Economic Order. Postfordism, Ecology and Democracy, Cambridge.
- Lutz, Burkart 1984: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt; New York.
- Mahnkopf, Birgit 1988: Soziale Grenzen "fordistischer Regulation"; in: Mahnkopf, Birgit (Hg.), Der gewendete Kapitalismus: Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster, S. 99-143
- Marglin, Stephen A.; Schor, Juliet B. (Hg.) 1991: The Golden Age of Capitalism. Reinterpreting the Postwar Experience, Oxford.
- Mayer, Margit 1991: "Postfordismus" und "lokaler Staat"; in: Heinelt, Hubert; Wollmann, Hellmut (Hg.), Brennpunkt Stadt: Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren, Basel; Boston; Berlin, S. 31-51.
- Morgan, Roger 1993: Die Entwicklung der Institutionen der Europäischen Gemeinschaft: der Fall der Einheitlichen Europäischen Akte; in: Winkler, Heinrich August; Kaelble, Hartmut (Hg.), Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität, Stuttgart, S. 207-223.
- Münch, Richard 1993: Das Projekt Europa - Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft, Frankfurt a.M..
- Narr, Wolf-Dieter; Schubert, Alexander 1994: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt a.M..
- Offe, Claus: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt a.M..
- Van der Pijl, Kees 1984: The Making of an Atlantic Ruling Class, London.
- Panitch, Leo 1994: Globalisation and the state; in: Miliband, Ralph; Panitch, Leo (Hg.), Between Globalism and Nationalism. Socialist Register 1994, London, S. 60-93.
- Picciotto, Sol 1993: Die Krise des internationalen Staates; in: Prokla, 23. Jg., Heft 90, S. 34-49.
- Poulantzas, Nicos 1978: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, Hamburg.
- Röttger, Bernd 1993: Akkumulation und Regulation in der EG-metropolitanen Integration. Zur Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung in Europa, IIP Arbeitspapier Nr. 22, Berlin.
- Röttger, Bernd 1993a: EG-metropolitane Integration und die Krise linker Wirtschaftspolitik; in: Prokla, 23. Jg. Heft 92, S. 473-490.
- Scharpf, Fritz W. 1985: Die Politikverflechtungs-Fälle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich; in: Politische Vierteljahresschrift, 26. Jg., Heft 4, S. 323-356.

- Scherrer, Christoph 1994: Critical International Relations. Kritik am neorealistischen Paradigma der Internationalen Beziehungen; in: Prokla, 24. Jg., Heft 95, S. 303-323.
- Schlupp, Frieder 1992: Change and Internationalization in Industry: Towards a Sectoral Interpretation of West German Politics; in: Graf, William D. (Hg.), The Internationalization of the German Political Economy. Evolution of a Hegemonic Project, London, S. 307-345.
- Schneider, Heinrich 1992: Europäische Integration: die Leitbilder und die Politik; in: Kreile, Michael (Hg.), Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen, S. 3-35.
- Schneider, Volker; Werle, Raymond 1989: Vom Regime zum korporativen Akteur. Zur institutionellen Dynamik der Europäischen Gemeinschaft; in: Beate Kohler-Koch (Hg.), Regime in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden, S. 409-434.
- Schwarz, Hans-Peter 1994: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin.
- Senghaas, Dieter 1990: Europa 2000. Ein Friedensplan, Frankfurt a.M..
- Statz, Albert 1975: Zur Geschichte der westeuropäischen Integration bis zur Gründung der EWG; in: Deppe, Frank (Hg.), Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zur politischen Ökonomie der westeuropäischen Integration, Reinbeck bei Hamburg, S. 110-174.
- Statz, Albert 1989: Die Entwicklung der westeuropäischen Integration - ein Problemaufriß; in: Deppe, Frank; Huffschmid, Jörg; Weiner, Klaus-Peter (Hg.), 1992 - Projekt Europa. Politik und Ökonomie in der Europäischen Gemeinschaft, Köln, S. 13-38.
- Strange, Susan 1988: States and Markets. An Introduction to International Political Economy, London.
- Théret, Bruno 1994: To have or to be: on the problem of the interaction between State and economy and its "solidarist" mode of regulation; in: Economy and Society, Vol. 23, No. 1, S. 1-46.
- Thurow, Lester 1992: Head to head. The coming economic battle among Japan, Europe and America, New York.
- Tömmel, Ingeborg 1992: Systementwicklung und Politikgestaltung in der Europäischen Gemeinschaft am Beispiel der Regionalpolitik; in: Kreile, Michael (Hg.), Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen, S. 185-208.
- Unsel, Siegfried (Hg.) 1993: Politik ohne Projekt? Nachdenken über Deutschland, Frankfurt a.M..
- Weidenfeld, Werner 1992: Zur Rolle der Europäischen Gemeinschaft in der Transformation Europas; in: Kreile, Michael (Hg.), Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen, S. 321-334.
- Weidenfeld, Werner (Hg.) 1995: Reform der Europäischen Union. Materialien zur Revision des Maastrichter Vertrages, Gütersloh.
- Wessels, Wolfgang 1992: Staat und (westeuropäische) Integration. Die Fusionsthese; in: Kreile, Michael (Hg.), Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23, Opladen, S. 36-61.
- Ziebur, Gilbert 1992: Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration: Der Fall Frankreich; in: Leviathan, Heft 4, S. 467-489.
- Zürn, Michael 1992: Jenseits der Staatlichkeit: Über die Folgen der gleichzeitigen Denationalisierung; in: Leviathan, 4/1992, S. 490-513.

FEG Studien

Nr. 1: Michael Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung,

(September 1992) UKB 20 DM (vergriffen)

Nr. 2: Hans-Jürgen Bieling, Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" - Gewerkschaften vor der Zerreißprobe,

(September 1993) UKB 25 DM

Nr. 3: Eva Lavon, Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA): Weltmarktorientierte Entwicklung gegen die Gewerkschaften?,

(Juni 1994) UKB 20 DM

Nr. 4: Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hrsg.), Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus,

(August 1994) UKB 25 DM

Nr. 5: Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven. Mit Beiträgen von Bob Jessop, Ingeborg Tömmel, Bernd Röttger, Anja Bultemeier/Frank Deppe, Thorsten Schulten, Nikos Kotzias und Hans-Jürgen Bieling,

(April 1995) UKB 25 DM

Nr. 6: Robin Jacobitz, Der Niedergang institutionalisierter Kooperation. Die Auswirkungen von Machtvernderungen zwischen den USA, Japan und Deutschland 1945 bis 1990 auf das GATT- und das IWF-Regime,

(Juli 1995) UKB 30 DM

Nr. 7: Hans-Jürgen Bieling (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich,

(November 1995) UKB 40 DM